

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinserate werden nicht angenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Soham. Druck und Verlag von H. Handmann & Co., Soham, Wilmannsstraße 22-23. Telefon-Nr.: Vorstand 28, Expedition 29. Telegramm-Adresse: Silberbach Soham.

Weckruf.

Erwache, Knapp, und wende dein Geschick;
So früh und grau,
Erwache, Knapp, und schärfe deinen Blick
Fürs Recht genau.

Vergleiche, was man zahlet dir an Lohn;
Und was du schaffst. —
Wie schwer und lebenskurzend deine Fron;
Wie du erschlaufft. —

Wie oft, wenn andern noch die Jugend blüht,
Srißt dich die Grust!
Die Lebenslampe dein verqualmt, verglüht
In schlechter Luft. —

Und ob du klagst und jammerst deine Not
Auch noch so sehr,
Man reicht dir Steine immerdar statt Brot,
Und drückt dich mehr. —

Und ändern wird sich dann nur dein Geschick;
So früh und grau,
Wenn du dich aufriffst und mit hellem Blick
Auch schaffst am Bau. —

Am großen Bau, an einem Machtverband
In Ost und West,
In Nord und Süd, der jedem Sturm hält Stand,
Fiebt, wetterfest. —

Sie thronen an goldenen Tischen!

Auf dem öffentlichen Leben Deutschlands lastet der schwere Druck der im Zentralverband der Industriellen maßgebenden Großkapitalisten und der den Bund der Landwirte dirigierenden junkerlichen Großagrarier. So unerträglich ist dieser Zustand geworden, daß selbst Organe, die sonst in Ehrfurcht vor den Industriekönigen erstarben, einer ingrimmigen Erbitterung Ausdruck geben. Der Hansabund, obgleich ihn sein Direktorium neuerdings nochmals als eine Organisation auch gegen die Sozialdemokratie bezeichnet hat, ist den Herren von der großen Bergwerks- und Hüttenindustrie noch nicht fortschrittsfeindlich genug. Unsere Kameraden werden in der Tagespresse gelesen haben, daß die bekanntesten Bergwerks- und Hüttenbesitzer in Rheinland-Westfalen und ihre Vereinigungen demonstrativ den Hansabund verlassen haben, nur weil dieser auch die agrarische Sozialpolitik bekämpfen will. Obgleich die Herren vom Zentralverband der Industriellen wissen, wie sehr diese Zöllner die Ernährung der Arbeiter verheert, insofern durch die Lohnerhöhungen mehr als weit gemacht hat — der Pfeffer- und Fleischkonsum steigt! — treten die großen Bechen- und Hüttenherren doch an die Seite der Ueberagrarier, helfen diesen nun gegen den Hansabund. Das geschieht einmal, weil die Agrarhölzer den Industriellen mindestens die Aufrechterhaltung, wenn nicht die Erhöhung der für die Stärkung der Macht der industriellen Syndikate bedeutungsvollen Industriezölle versprechen, sodann weil die Partei der konservativen Junker mit dem Zentralverband der Industriellen für rücksichtslose Unterwerfung der „unteren Volksklasse“ eintritt! Es ist der Bund der Zöllner und der Scharfmacher, der in Deutschland ein freies Aufatmen der unbefriedigten Einwohner nicht dulden will. Deutschland soll den Großgrundbesitzern und den Großindustriellen untertan sein und bleiben. In ihrem Auftrag sollen Reichskanzler und Minister antworten; wer sich nicht fügt, den lassen die wahren Herren Deutschlands fliegen, bis der Minister kommt, der sich widerspruchslos den Befehlen der Großgrundherren und der Großindustriellen fügt. Die Konferenz der großindustriellen Ministerführer im Berliner Palasthotel 1908 hat in dieser Hinsicht volle Auffklärung gebracht.

Unertürlich ist dieser Zustand geworden. Das empfindet selbst ein so zahmes Organ wie die „National-Zeitung“, das in Berlin erscheinende nationalliberale Parteiorgan. Sogar diesem sehr befähigten Blatte ist es zu arg geworden und es schreibt empört über die Bundesgenossen der ostelbischen Junker:

„Die industriellen Magnaten am Rheinhain und in Westfalen denken an Handelsverträge, an Arbeiterlöhne und an ihre sozialpolitischen Lasten. Wer will es ihnen verbieten? Ideale und hohe Ziele liegen ihnen, die auf ihren Schwestern und in ihren Jagdrevieren längst gewohnt sind, Monarchen zu empfangen (wie etwa die Fürstenberg und Bentzel), meist unendlich fern. Sie thronen an goldenen Tischen, sind mit ihren Söhnen in den Garderegimentern und Ministerien, mit ihren Schwiegerjüngern aus dem Gotha (Uradel) sozial saturiert. Den gemeinsamen Interessen des Kaufmanns gegenüber bleiben sie ebenso kühl bis ans Herz hinan, wie es in den bürgerlichen Kämpfen längst entschwindender Zeit die Fugger und Welser gewesen sind.“

In den „Schlößern und Jagdrevieren“ wird man das als eine Sprache von Hekern und Aufwieglern empfinden. Wie schwer muß aber der Druck der Magnaten sein, daß selbst ein nationalliberales Blatt solche „hekerischen“ Sätze veröffentlicht!

Wenn schon ein Hauptblatt der nationalliberalen Partei, zu der sich die Industriemagnaten vielfach, wenigstens dem Namen nach, rechnen, die frag materielle Bestimmung der an goldenen Tischen thronenden Werksherren geißelt, wie viel mehr Ursache zur Empörung haben da erit die arbeitenden „Untertanen“ der unnahbar stolzen Industriefürsten!

Unsere Kameraden im deutschen Braunkohlenbergbau flehen schon seit Anfang Mai in einem Kampf um ein durchwegs beachtendes Existenzminimum. Ehe der Streik begann, als noch keine Skundigung eingereicht war, da bemühten sich die Arbeiter-

vertreter um eine Aussprache mit den Werksverwaltungen. In der Tat waren da mehrere Grubenleiter zu einer Aussprache bereit, sie hätte sicher zu einer schließlich-friedlichen Verständigung geführt. Aber auf einmal ließen auch diese Werksvertreter unseren Kameraden wissen, daß es keine Verhandlung gäbe! Woher dieser plötzliche Umschwung?

Aus Unterredungen mit zur Verständigung geneigten Grubenvertretern gewannen unsere Kameraden den Eindruck, daß von außen her auf die mitteldeutschen Werksbesitzer ein Druck dahin ausgeübt wird, nicht mit den Arbeitern zu verhandeln!!! Woher der Druck kommt, läßt folgende Aeußerung eines Herrn, der die Stimmung in Werksbesitzerkreisen sehr genau kennt, un schwer ahnen. Dieser Herr sagte zu einem Arbeitervertreter:

„Schaffen Sie Tarifverträge im Ruhrrevier (III) und Sie haben dieselben im Braunkohlenrevier ohne Kampf!“

Also vom Ruhrgebiet, vom Sitz der Hauptmächte im Zentralverband der industriellen Scharfmacher werden die Braunkohlenwerksbesitzer veranlaßt, den Arbeitern keinen Schritt entgegen zu kommen! Nur diesen Sinn kann die Aeußerung des betr. Herrn haben. Die an goldenen Tischen thronenden rheinisch-westfälischen Industriemagnaten wollen den Arbeiter nicht als gleichberechtigten Arbeitsvertragspartner anerkennen und wachen darüber, daß in diesem Herrenmenschenystem nirgendwo Breche gelegt wird. Unsere Kameraden im Braunkohlenbergbau kämpfen also eigentlich gegen das rheinisch-westfälische Industrieherrtentum, welches im Verein mit dem ostelbischen Junkertum rücksichtslos darauf ausgeht, die Arbeiter noch mehr zu entrechten.

Herr Imbusch hat auf der General-Versammlung des Zentrumsvereins verucht, durch lebhafte Betonung der „gemeinsamen Interessen von Arbeit und Kapital“ bei den Werksherren eine wohlwollende Stimmung zu erwecken. Wie wenig sich die Herren an solche Ausführungen stören, hat Herr Imbusch inzwischen abermals aus der Reichspresse erfahren können. Die „Bergwerkszeitung“ (Nr. 165) antwortet ihm nämlich:

„Gleichberechtigung besteht auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens. Wenn aber Herr Imbusch die Gleichberechtigung dahin versteht, daß die Organisation der Bechenbesitzer . . . sich mit den Organisationen der Arbeiter am runden Tisch zusammensetzen soll, um durch Verträge und Tarife alle technischen und sozialen Fragen mit gleicher Berechtigung der Stimmen zu erledigen, so versteht er sie falsch.“

Diese Antwort ist nicht mißzuverstehen. Sie besagt, daß unsere Bechenherren sich auch nicht durch noch so schöne Worte über die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ von ihrem Herrenstandpunkt abbringen lassen. Das sollte nachgerade jeder mit der Bergarbeiterbewegung vertraute wissen.

Sie thronen an goldenen Tischen, fühlen sich himmelhoch erhaben über dem „niederem Volk“ der schweren Arbeit. Deutschland erscheint ihnen als das von der Vorsehung bestimmte Paradies der Großgrundherren und der Großkapitalisten. Was nicht zu dieser Klasse gehört, Arbeiter, Beamte, Kleinbürger, Kleinbauern, das soll verpflichtet sein zu tanzen, wie jene pfeifen.

Solche Machtbewußten lassen sich nur durch gleiches Machtbewußtsein, hinter dem eine gleichwertige Macht steht, imponieren. Nicht durch schöne Reden und sorgfältig stilisierte Resolutionen.

Erlangt ihr die Macht, dann habt ihr euer Recht! Kameraden, Bergarbeiter, täuscht euch nicht über die Unwürdigkeit eurer Stellung. „Den Fuß in dem Nacken des niederen Volkes!“ — So soll es nach dem Willen der an goldenen Tischen thronenden Herren sein. Daher kämpfen sie grimmig und rücksichtslos gegen die Arbeiterorganisation an, suchen ihr Niederlagen beizubringen in der Hoffnung, dann vollkommen triumphieren zu können. Gerade die Bergarbeiterorganisation steht im Nahkampf mit dem rücksichtslossten Scharfmachertum. Sie hat jetzt die stärksten Stöße abzuwehren. Das ist vor allen Dingen im Auge zu behalten.

Kameraden, der Sieg wird schließlich doch unser sein. Auch weite Kreise des Bürgertums empfinden mit wachsender Erbitterung den Druck der Industriemagnaten. Sie haben den Bogen zu stark gespannt. Darauf muß der Fall kommen.

Seid einig, Bergarbeiter! Darin allein liegt die Macht des Proletariats. Hunderttausende Bergarbeiter haben das noch nicht erkannt. Aber sie müssen es einschauen lernen. Stört sie aus ihren Träumen auf! Gehet von Haus zu Haus, überall hin, wo Arbeitshäuser wohnen, und holt sie heran zur Verstärkung der Organisation. Gehet hinaus als fleißige Säelente, streut aus den guten Samen und es werden gute Früchte reifen. Vorwärts, Verbändlern, vorwärts muß unsere Fahrt gehen!

Die Abschaffung der Feiertage

durch den päpstlichen Erlaß vom 2. Juli d. J. wird von den Arbeitern doch nicht so ruhig hingenommen, wie die Ratgeber des Papstes jedenfalls vorausgesetzt haben. Uns sind mehrere Zuschriften von katholischen Kameraden zugegangen, die darauf schließen lassen, daß die Feiertagsfrage innerhalb der Bergarbeiterschaft lebhaft diskutiert wird. Falsch ist auch die Annahme, die evangelischen Arbeiter ständen der Feiertagsabschaffung gleichmütig gegenüber. In den Bezirken mit konfessionell gemischter Bevölkerung profitieren auch die evangelischen Arbeiter von der Arbeitsruhe an den betreffenden katholischen Feiertagen. Sie hat keinem Arbeiter geschadet, aber zukünftig sollen allen die Werkeltage um einige vermehrt, d. h. es soll die Ruhezeit verkürzt werden. Das ist der springende Punkt, woeben können konfessionelle Eifersüchteleien nicht auskommen.

Aus den uns zugegangenen Zuschriften ersehen wir, daß die Einsender nicht wissen, welche Feiertage zukünftig fortfallen sollen. Uns wird weiter mitgeteilt, ein katholischer Kamerad habe im „Bergamt“ verständig, die Arbeitsruhe am Fronleichnamstage bleibe bestehen. Das ist aber ein Irrtum des Kameraden! Das Fronleichnamfest „soll am Sonntag nach dem Fest der allerheiligsten Dreifaltigkeit“ gefeiert werden, heißt es im päpstlichen Erlaß. Er schreibt insgesamt den Fortfall von sieben bisher durch Arbeitsruhe gefeierten Feiertagen vor, respektive: die Feiertage werden auf den Sonntag verlegt!

Diese Verringerung der Ruhetage begründet der päpstliche Erlaß u. a. mit folgenden Worten:

„Endlich verlangt die ständige Steigerung der Lebensmittelpreise, daß die werktätige Arbeit nicht so oft von jenen unterbrochen wird, die sich durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.“

Damit gesteht auch der Papst eine ständige Steigerung der Lebensmittelpreise ein! Vistet man aber die Zentrums- und Junterpresse, so will es scheinen, als ob die Zöllner, die Grenzsperrern, die Skandalöse „Finanzreform“ die Lage der Arbeiter eher verbessert als verschlechtert hätte. Der Erlaß des Papstes stützt auch den Arbeiter förmlich mit der Nase auf die harte Tatsache, daß Zoll- und Steuerfragen auch gewerkschaftliche Angelegenheiten sind. Wir sehen es ja nun; damit die ständig steigenden Lebensmittelpreise bezahlt werden können, sollen die Arbeiter sich weniger Ruhetage gönnen.

Wir wiederholen ausdrücklich: der Papst war falsch beraten, als er verkündete, durch weniger Feiertage würde die Arbeiterkraft ihre wirtschaftliche Lage gebessert. Das Gegenteil ist richtig! Zum Beweis dafür wollen wir einen Mann sprechen lassen, dessen Verdienste die katholischen Sozialpolitiker in diesen Jahre besonders feiern, den Bischof von Metzler. Kein geringerer als dieser berühmte Bischof von Mainz erklärte in seiner „Arbeiterpredigt“ vom 25. Juli 1899:

„Die Weltmacht hat die Forderung der Kirche nach Ruhetagen als eine inhumane Beeinträchtigung der armen Volksklasse hingestellt. Wie oft hat sie deshalb mit emsiger Sorgfalt die Sonntags- und Feiertage zusammengezogen und mit süßlicher Miene berechnet, wieviel Lohn alle diese Tage abwerfen würden, wenn sie zur Arbeit verwendet würden. Daraus ergab sich dann ein überaus großer Wohlstandsgewinn dieser Geldherren, die dem Volke diesen Gewinn so gerne zuwenden wollten, und die grausame Scharhärigkeit der Kirche, welche dem Volke diesen großen Gewinn entzieht. Darauf haben die Organe der Arbeiterpartei geantwortet, daß es noch ein anderes Mittel gebe, den Arbeitern diesen Gewinn zuzuwenden, ohne ihn durch Arbeit totzuqualen. Dieses Mittel besteht aber darin, daß man ihm für sechs Tage Arbeit einen so hohen Lohn gebe, wie man bisher für sieben Tage gegeben. Dann bleibe der Gewinn für den Arbeiter derselbe, der Arbeiter behalte aber seine menschenwürdige Existenz. Wer kann die Wahrheit dieser Aufsaugung und den Lug und Trug jener Auffassung der Weltmänner, die sich noch in den letzten Jahren in Baden und Bayern so vielfach kundgegeben, verkennen? Wenn sie recht hätten, dann wäre es ja eine Unmenschlichkeit, die Arbeiter noch schlaafen zu lassen.“

Diese Bischofsworte kann jeder ehrliche Gewerkschafter, auch wenn er sonst nicht mit Metzler übereinstimmt, unterschreiben. So muß sich jeder zu der Feiertagsfrage stellen, wer nicht konfessionell verbohrt ist und die kapitalistischen Trugworte durchsicht hat. Offenheit stellen sich die katholischen Arbeiter in ihren Vereinen entschieden auf den humanen Standpunkt Metzlers und appellieren an die kirchlichen Behörden weds zur Rückziehung des päpstlichen Erlasses vom 2. Juli 1911.

Für die Bergarbeiter aber ist die beabsichtigte Feiertagsbeschränkung von ganz besonderer Bedeutung im Hinblick auf den Bergarbeiterstreik am Wiesberg 1898. Den Wiesberger Bergleuten sollten mit einem Schläge sieben altüberbrachte katholische Feiertage in Arbeitstage umgewandelt werden. Deswegen entbrannte der Kampf, der leider mit einer Niederlage der Kameraden endete. Aber sie ließen sich doch nicht gutwillig ihre Feiertage rauben.

Hören wir nun, was der „Bergknappe“, dessen damaliger Leiter Br u ft den Streik am Wiesberg führte, am 15. März 1898 über die Feiertagsfrage schrieb:

„Die Arbeiter haben wahrlich nicht zu viel Feiertage und Ruhetage, an denen sie sich von ihren Strapazen erholen können. Kom religiösen, wie auch vom hygienischen wie volkswirtschaftlichen Standpunkte ist die Einschränkung der Feiertage vollständig zu verwerfen. Es ist für die Arbeiter eine Wohlthat, daß neben den gewöhnlichen Sonntagen noch hin und wieder ein Feiertag ist, der zum Ausruhen und zur Erholung von den schweren körperlichen Arbeiten benutzt werden kann. Früh genug sind die Kräfte der Arbeiter und vielfach noch in jungen Jahren schon verbraucht. Anstatt Verlängerung der Arbeitszeit oder Vermehrung der Arbeitsstage und -Schichten, sollte man lieber auf eine Verkürzung derselben hinarbeiten, wie es in allen Gewerbebetrieben und auch mit Recht geschieht. Die Arbeitskraft sollte den Arbeitern, sowohl im eigenen, als auch im Interesse der Gesamtheit, so lange wie eben möglich erhalten und nicht frühzeitig vermindert werden.“

Wort für Wort richtig! Wort für Wort trifft auch zu auf den päpstlichen Erlaß vom 2. Juli 1911, durch die einzig und allein die vom Bischof von Metzler hinreichend gekennzeichnete Weltmacht getroffen wird.

Es kommt noch hinzu, daß inzwischen eine fast ständige Ueberproduktion an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigfabrikaten eingetreten ist, wodurch die Arbeitslosigkeit erhöht, im Bergbau die Zahl der erzwingenen Feiertage vermehrt worden ist. Nicht Vermehrung der Arbeitstage, sondern Vermehrung der Ruhetage, Verkürzung der Arbeitszeiten liegt im Arbeiterinteresse. Wir dürfen wohl annehmen, daß der „Bergknappe“ heute noch wie 1898 die Abschaffung der Feiertage energig bekämpft, was nicht ohne Eindruck auf die kirchlichen Behörden bleiben würde.

Feudalherrliche Beseitigung der Knappschaftsrechte.

Die mittelalterliche Feudalherrschaft (Lehnsherrschaft) und ihre Begleiterscheinungen, die Hörigkeit und Leibeigenschaft, sind längst verschwunden; nur in den rückständigsten Gegenden, den Ost- und Westpreußen, ...

Von Freiheit der Arbeiter (von einem freien Arbeitsvertrag kann aber in den Domänen des Industrieherrentums überhaupt nicht geredet werden. Hier ist ein neues Feudalsystem herangekehrt; die Arbeiter sind nur noch Untertanen, die fast wie Hörige, wie Leibeigene behandelt werden.

In besonders rücksichtsloser Weise tritt dieses moderne Feudalregiment im Bergbau in Erscheinung. Die Bergherren scheuen selbst vor dem Mißbrauch der Knappschaftskassen nicht zurück, um die Bergarbeiter in ein noch größeres Abhängigkeitsverhältnis zu zwingen.

Nach jahrzehntelangem Kampfe ist es unserem Verbandsgeleitigen, im Allgemeinen Knappschaftsvereine zu Bochum die Mehrheit der Knappschaftsältesten und sämtliche Arbeitervertreterposten im Vorstande mit Verhandlungskameraden zu besetzen.

Ein besonders krasses Beispiel dafür ist das Verfahren bei der Abstimmung über den Wirtschaftsplän für 1911. Bis dahin war stets über den gesamten Wirtschaftsplän abgestimmt worden. Gatte man auch diesmal den Wirtschaftsplän zur Abstimmung gestellt und die Arbeitervertreter hätten geschlossen dagegen gestimmt, war derselbe abgelehnt.

Die Arbeitervertreter wurden auf diese feudalherrliche Weise völlig ausgeschlossen. Allerdings wurde ihnen gesagt, sie könnten ja Änderungsanträge zum Wirtschaftsplän stellen. Aber das hätte keinen Zweck gehabt, denn die Werksvertreter hätten geschlossen dagegen gestimmt und sie waren abgelehnt.

Man hatte dieses neue Verfahren, wodurch die Arbeitervertreter ausgeschlossen wurden, angewandt, ohne diese vorher auch nur um ihre Meinung zu fragen. Trotzdem hat das Oberbergamt und der Minister für Handel und Gewerbe die Beschwerde der Arbeitervertreter gegen diese ihre sachungswidrige Ausschaltung als „unbegründet“ abgewiesen.

Den Grubenfeudalherren ist der Arbeiter nur eine Maschine, die munterbrochen tätig sein soll, die keiner Erholung bedarf.

Feiert der Arbeiter einmal eine Schicht, so ist das ein „toddeswürdiges Verbrechen“, das gerochen werden muß. Hierzu sollte auch die Knappschaftskasse dienen und es klappte anfänglich auch ziemlich gut. Man hatte allerdings die Rechnung ohne den Bergarbeiterverband gemacht, dessen Aufgabe es ist, die Rechte und Interessen seiner Mitglieder zu wahren.

Sehon Anfang 1909 gingen vier Beschwerden der Arbeiter zu, daß sie, wenn sie am Anfang der Woche auch nur eine Schicht gefeiert hätten, ein neues ärztliches Anlegatell beibringen müßten, bevor sie wieder aufbrechen durften. Auch wurden von der Besatzung für kürzere Zeit beurlaubte Mitglieder und solche, welche eine militärische Lebung machen müßten, vor der Wiederankunft zur Weibringung eines ärztlichen Gesundheitsattestes gezwungen. Es ist sogar vorgekommen, daß ein Mitglied, welches eine Schicht gefeiert hatte und im gleichen Monat zu einer militärischen Lebung eingezogen wurde, zwei Gesundheitsatteste beibringen und dafür 8 Mk. zahlen mußte.

Alle diese Fälle verließen gegen die Satzungen, welche besagen, daß Knappschaftsmitglieder, welche wegen Krankheit erwerbsunfähig waren, desgleichen solche, welche länger als vier Kalenderwochen gefeiert haben, bei Wiederaufnahme der Arbeit „eine von einem Knappschaftsarzt ausgestellte, nicht über eine Woche alte Bescheinigung, daß sie gesund und arbeitsfähig sind“, beibringen müssen.

Diese Bestimmungen sind doch so klar, daß sie jede Mißdeutung ausschließen. Wir glaubten daher zunächst auch, daß es sich um Mißgriffe einzelner der in Frage kommenden Beamten handelte. Als sich aber die Beschwerden häuften, nahmen wir in einem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 26. Juni 1909 dazu Stellung. Trotzdem häuften sich die Beschwerden weiter. Zuletzt konnten wir sogar in einer größeren Anzahl von Fällen feststellen, daß Mitglieder, welche Samstag noch gearbeitet hatten, sich Montags einen Krankenschein nahmen, Diensttags aber erst zum Arzt gegangen waren, als aus der Kasse ausgeschieden behandelt wurden und nur die gesetzlichen Mindestleistungen gemäß § 12 der Satzungen erhielten.

Wir hatten uns inzwischen schon in einer Anzahl von Artikeln mit der sachungswidrigen Anwendung der Satzungen beschäftigt, aber ohne Erfolg, so daß wir gezwungen waren, nicht mehr im Professorenton, sondern in derber Kampfsprache Kritik an der Verwaltung zu üben. Darauf schien diese jedoch nur gewartet zu haben, um den Staatsanwalt gegen uns mobil machen zu können. Dieser lehnte zunächst das Verfahren gegen uns ab, leitete es auf erhobene Beschwerde dann doch ein. Und die Knappschaftsverwaltung hatte den „Triumph“, daß unser Redakteur Wagner zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Fast zu gleicher Zeit erhielten die Vorstandsältesten des Zentrums-Gewerkschafts Schärer und Kasse einen Orden für ihre glänzenden Verdienste.

Wir haben keine Ursache, sie darum zu beneiden; und wie die denkende Bergarbeiterschaft diese Ordensverleihung würdige, hat der Ausfall der letzten Knappschaftsältestenwahlen bewiesen. Auch die Knappschaftsdirektion hat in diesem Prozeß keine Sekunde gesponnen. Was wir in dem inkriminierten und auch in den früheren Artikeln behauptet hatten — und noch manches andere — wurde bewiesen. Alle Schuld wälzte aber das Direktorium auf untergeordnete Beamte ab, für deren Handlungen es nicht verantwortlich gemacht werden könne. Dieses Verfahren ist, sagen wir einmal, recht bequem. Am 13. Juni 1910 erging das nach Lage der Verhältnisse viel zu harte Urteil. Fast zwei Monate zuvor, am 20. April 1910, war aber ein Urteil des Oberchiedsgerichts für Knappschaftsangelegenheiten ergangen, welches den Standpunkt der „Bergarbeiter-Zeitung“ glänzend rechtfertigte. Dieses Urteil besagt, daß ein Ausscheiden aus

der Arbeit erst vorliege, wenn das Arbeitsverhältnis tatsächlich gelöst sei. In dem Urteil war u. a. ausgeführt:

Der Kläger war von der Zechenverwaltung für die Zeit vom 4. bis einschließl. 15. September 1909 aus der Beschäftigung beurlaubt und hierauf von Knappschaftsvorstand als Mitglied abgelöst worden. Bei der Rückkehr zur Arbeit wurde er von Knappschaftsvorstand als neu eintretende Person behandelt und seine Wiederaufnahme in die Pensionskasse mit Bescheid vom 27. September 1909 abgelehnt, weil er das 40. Lebensjahr überschritten habe.

Dieses Urteil wurde im „Ansbach“ vom 20. Juni 1910 veröffentlicht und gelangte dadurch zu unserer Kenntnis. War es den Herren des Direktoriums aber schon vor dem Urteilsspruch gegen unseren Redakteur bekannt? Das muß nach Lage der Verhältnisse als sicher angenommen werden. Sie erwähnten davon in der Verhandlung aber kein Wort! Warum nicht? War es nicht am Platze, einzugehen, die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat sachlich Recht, das Oberchiedsgericht hat sich durchaus auf ihren Standpunkt gestellt, sie hat nur formell die juristischen Grenzen zu wenig beachtet. Über das Knappschaftsdirektorium hinweg!

Das Urteil des Oberchiedsgerichts, welches mit Hilfe des Rechtsanwaltes, den unsere Mitglieder unentgeltlich zum Verbands erhalten, erstritten wurde, ist den Grubenfeudalherren anscheinend höchlich unbehagen und sie wissen es auch zu umgehen, wie folgendes Dokument beweist:

„Verhandlung über Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis unter Nachlaß des Einhaltens der Kündigungsfrist und der Vereinbarung eines neuen Arbeitsvertrages für eine spätere Zeit. Nachdem sich der Arbeiter ... verpflichtet hat, nach Ablauf einer Frist von ... also mit dem ... die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls für allen der Zechenverwaltung aus der Nichterfüllung seiner Verpflichtung entstehenden Schäden aufzukommen, habe ich den Genannten unter Verzicht auf Einhaltung der Kündigungsfrist heute aus seinem bisherigen Arbeitsverhältnis entlassen und verpflichte mich namens der von mir vertretenen Zechenverwaltung, ihn von oben genanntem Tage ab neu zur Arbeit zuzulassen.“

Beide - Schacht ... den ...

Unterstützt des Betriebsführers. Durch diesen Vertrag wird das alte Arbeitsverhältnis aufgehoben und ein neues für eine spätere Zeit eingegangen. Es liegt damit ein Ausscheiden aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung gemäß § 10, Absatz 1a und § 26a der Satzungen vor und die Mitgliedschaft geht für diejenigen Mitglieder verloren, welche ein Dienstalter von weniger als fünf Jahren haben und sich darum ihre Rechte nicht durch Zahlung von Feiertagsentgelt sichern können. Bei einem Dienstalter von wenigstens fünf Jahren sind die Mitglieder berechtigt, sich gemäß § 27 der Satzungen ihre bis dahin erworbenen Rechte auf die Pensionskassenleistungen durch Zahlung einer Anerkennungsgeld (Feiertagsentgelt) von wöchentlich 15 Pf. zu erhalten. Wer aber noch keine fünf Dienstjahre hat, ist nicht berechtigt, sich seine erworbenen Rechte durch Zahlung von Feiertagsentgelt zu sichern und geht durch obigen Vertrag seine Rechte verlor.

Das Widerspruchsvolte an der ganzen Sache aber ist, daß im Gegensatz zu diesem Verfahren Mitglieder aus anderen preussischen Knappschaftsvereinen gemäß § 21, Absatz 1 und 2, übernommen werden müssen, sofern sie erstmalig Pensionskassenmitglied geworden, bevor sie das 40. Lebensjahr überschritten hatten und sofern sie zur Berufsaufnahme nicht bereits unfähig sind, und wenn „zwischen dem Ausscheiden aus der Mitgliedschaft in dem bisherigen Vereine begründenden Beschäftigung und der Uebnahme der Beschäftigung im Vereinsbezirk ein Zeitraum von nicht mehr als drei Monaten“ liegt. Aber auch wenn diese Frist verstrichen ist, muß die Uebnahme noch erfolgen, wenn ein ärztliches Attest beigebracht wird, daß das Mitglied gesund und arbeitsfähig ist. Daraus ergibt sich, daß die eigenen Mitglieder schlechter behandelt werden, wie die Mitglieder anderer preussischer Knappschaftsvereine. Durch die früher geübte Praxis wurden die

Technische Rundschau.

Was der Bergarbeiter von der Pferdestärke (HP) wissen muß.

In der Technik des modernen Bergwerkes, und damit zugleich auch in der Berufstätigkeit des modernen Bergarbeiters, gleichviel welcher technischen Stufe er angehört, mag, spielt der Begriff der „Pferdestärke“ die allergrößte Rolle. Denn nach Pferdestärken werden bekanntlich Leistungen und Leistungsfähigkeit der in den modernen Industrien zur Verwendung kommenden Maschinen, gleichviel welcher Art, bemessen, und da der Bergbau zu denjenigen Gewerbezweigen gehört, in denen die maschinelle Arbeitsweise die allerweiteste Anwendung gefunden hat und da die gesamte Bergbautechnik völlig auf der Anwendung von Maschinen beruht, so ist die „Pferdestärke“ zu einem der wichtigsten und meistgebrauchtesten Begriffe und Ausdrücke in der technischen Sprachschicht eines jeden im Bergbau tätigen Arbeiters, gleichviel welcher Stellung er angehört, geworden.

Man hat dieses neue Verfahren, wodurch die Arbeitervertreter ausgeschlossen wurden, angewandt, ohne diese vorher auch nur um ihre Meinung zu fragen. Trotzdem hat das Oberbergamt und der Minister für Handel und Gewerbe die Beschwerde der Arbeitervertreter gegen diese ihre sachungswidrige Ausschaltung als „unbegründet“ abgewiesen. Ist es da ein Wunder, wenn der Uebermut dieser Grubenfeudalherren immer üppiger ins Kraut schießt und sie zu immer neuen Streichen gegen die Arbeiter ausholten?

Den Grubenfeudalherren ist der Arbeiter nur eine Maschine, die munterbrochen tätig sein soll, die keiner Erholung bedarf.

bestimmten Zeit nur um eine ganz bestimmte Strecke weit ziehen können, deren Länge im wesentlichen abhängig ist von der Kraft des Pferdes und der Größe bzw. dem Gewicht der Ladung. Je größer jene und je kleiner das letztere ist, um so schneller wird das Pferd ziehen können, um so mehr Kilometer wird es mit dem Wagen in einer Stunde zurücklegen. Ebenso auch, wenn ich das Pferd an ein Göpel- oder Pumpwerk spanne, um damit Wasser aus einer gewissen Tiefe an die Oberfläche zu fördern, je stärker das Pferd ist, um so größer wird die Wassermenge sein, die es in einer Stunde zu fördern imstande ist. In diesem wie in jenem Falle leistet also das Pferd in einem bestimmten Zeitraum, etwa in einer Stunde, eine ganz bestimmte und im großen und ganzen gleichbleibende Arbeitsleistung, deren Größe im wesentlichen von der Stärke oder Kraft des verwendeten Pferdes abhängig ist. Ein großes starkes Pferd wird mit dem Wagen in einer Stunde erheblich mehr Kilometer zurücklegen oder aber bei gleicher Geschwindigkeit eine viel größere Last transportieren können, oder aber es wird, an das Pumpwerk gekoppelt, imstande sein, eine viel größere Menge Wasser in einer Stunde zu fördern als ein kleineres und schwächeres Pferd. Nehmen wir nun an, wir haben ein normales Durchschnittspferd an ein Pumpwerk gespannt, an welchem es Wasser aus einer Tiefe von 10 Metern an die Oberfläche fördern soll, so werden wir nach einer Stunde feststellen können, daß das Pferd in dieser Zeit eine Menge von etwa 18 000 Liter = 18 000 Kg. oder 360 Zentner Wasser nach oben befördert hat. Pro Minute hat es demnach 300 Kg. und pro Sekunde 5 Kg. Wasser nach oben befördert. Das Pferd war also imstande, in einer Sekunde 5 Kg. um 10 Meter zu heben, und in dieser Arbeitsleistung haben wir ein Maß für die Kraft und Leistungsfähigkeit eines Pferdes überhaupt.

Es ist einleuchtend, daß in diesem Falle die Menge des beförderten Wassers außer von der Kraft des Pferdes auch zugleich abhängig war von der Tiefe der Förderstrecke, die in dem angeführten Falle 10 Meter betrug. Wäre die Tiefe nur ein Meter gewesen, so hätte das Pferd in einer Sekunde natürlich bedeutend mehr und zwar genau zehnmal mehr Wasser an die Oberfläche befördert. Dann hätte es in einer Stunde also 1 800 000 Liter oder Kilogramm, in einer Minute 30 000 Kg. und pro Sekunde mithin gerade 50 Kg. Wasser aus der Tiefe von einem Meter an die Oberfläche befördert. Diese Leistung, nämlich 50 Kg. in einer Sekunde um einen Meter zu heben, ist die Normalleistung und damit zugleich das Maß für die Leistungsfähigkeit des Pferdes, entspricht der Kraft eines Pferdes im normalen Arbeitsbetriebe.

Die berechnete Arbeitsleistung wird das Pferd bei normaler Arbeitsweise und im Durchschnitt erzielen. Wenn das Pferd sich jedoch mehr anstrengt oder durch Weichheitsreize zu großer Anstrengung gezwungen wird, so kann es für eine kurze Zeit eine erheblich größere Arbeitsleistung erzielen. Im Moment des Anziehens des Wagens leistet das Pferd beispielsweise eine bedeutend größere Arbeit als während der Fahrt, denn es ist bedeutend schwerer und erfordert viel mehr Kraft, einen ruhenden Körper in Bewegung zu setzen, als einen schon in Bewegung befindlichen Körper in Bewegung zu erhalten. Ebenso kann das Pferd auch an dem Pumpwerk, wenn es sich sehr anstrengt, während kurzer Zeit erheblich mehr Wasser pro Sekunde aus der Tiefe von einem Meter an die Oberfläche befördern, als es in dem oben angenommenen Beispiele der Fall war. Es vermag in diesem Falle bis zu 75 Kilogramm Wasser pro Sekunde um einen Meter zu heben, kann diese gesteigerte Arbeitsleistung allerdings nur kurze Zeit fortsetzen.

Die berechnete Arbeitsleistung wird das Pferd bei normaler Arbeitsweise und im Durchschnitt erzielen. Wenn das Pferd sich jedoch mehr anstrengt oder durch Weichheitsreize zu großer Anstrengung gezwungen wird, so kann es für eine kurze Zeit eine erheblich größere Arbeitsleistung erzielen. Im Moment des Anziehens des Wagens leistet das Pferd beispielsweise eine bedeutend größere Arbeit als während der Fahrt, denn es ist bedeutend schwerer und erfordert viel mehr Kraft, einen ruhenden Körper in Bewegung zu setzen, als einen schon in Bewegung befindlichen Körper in Bewegung zu erhalten. Ebenso kann das Pferd auch an dem Pumpwerk, wenn es sich sehr anstrengt, während kurzer Zeit erheblich mehr Wasser pro Sekunde aus der Tiefe von einem Meter an die Oberfläche befördern, als es in dem oben angenommenen Beispiele der Fall war. Es vermag in diesem Falle bis zu 75 Kilogramm Wasser pro Sekunde um einen Meter zu heben, kann diese gesteigerte Arbeitsleistung allerdings nur kurze Zeit fortsetzen.

Die berechnete Arbeitsleistung wird das Pferd bei normaler Arbeitsweise und im Durchschnitt erzielen. Wenn das Pferd sich jedoch mehr anstrengt oder durch Weichheitsreize zu großer Anstrengung gezwungen wird, so kann es für eine kurze Zeit eine erheblich größere Arbeitsleistung erzielen. Im Moment des Anziehens des Wagens leistet das Pferd beispielsweise eine bedeutend größere Arbeit als während der Fahrt, denn es ist bedeutend schwerer und erfordert viel mehr Kraft, einen ruhenden Körper in Bewegung zu setzen, als einen schon in Bewegung befindlichen Körper in Bewegung zu erhalten. Ebenso kann das Pferd auch an dem Pumpwerk, wenn es sich sehr anstrengt, während kurzer Zeit erheblich mehr Wasser pro Sekunde aus der Tiefe von einem Meter an die Oberfläche befördern, als es in dem oben angenommenen Beispiele der Fall war. Es vermag in diesem Falle bis zu 75 Kilogramm Wasser pro Sekunde um einen Meter zu heben, kann diese gesteigerte Arbeitsleistung allerdings nur kurze Zeit fortsetzen.

Eine solche durch größte Anstrengung eines Pferdes bedeutend gesteigerte Arbeitsleistung desselben war es nun auch, welche man einzumals auch zum Maß der technischen und maschinellen Arbeit erhob und dadurch zur Grundlage einer „Pferdestärke“ im technischen Sinne machte. Der Vorgang, durch welchen dieses geschah, ist für die Geschichte der Technik von größter Wichtigkeit. Und zwar war es James Watt, zwar nicht der Erfinder, wohl aber der hochberühmte Verbesserer der Dampfmaschine und Erfinder zahlreicher technischer Einzelorgane derselben, der das Kraft- und Arbeitsmaß der Pferdestärke in technischem Sinne einführt. Watt hatte von einem Brauereibesitzer in Edinburgh den Auftrag zur Aufstellung einer Dampfmaschine, die damals in den Arbeitsbetrieben der Industrie noch zu den allergrößten Seltenheiten gehörte, erhalten. Die in Aussicht genommene Dampfmaschine sollte eine Wasserpumpe treiben, die bisher von einem Pferde betrieben wurde, und der Brauer machte es sich zur Bedingung, daß die Dampfmaschine zum mindesten dieselbe Leistungsfähigkeit wie das Pferd erzielen müsse; worauf sich Watt gern einließ. Dem Brauer lag aber daran, bei dem Geschäft noch etwas mehr herauszuschlagen, als vereinbart war, und zu dem ausbedungenen Preise mohnigich eine Maschine zu erhalten, die noch leistungsfähiger als der bis dahin verwandte Göpelgaul war. Um das zu erreichen, ließ er sein allerstärkstes Pferd acht Stunden hindurch an dem Pumpwerk arbeiten, indem er es zugleich mit der Weichheit zu unblätiger größter Anstrengung antrieb. Auf diese Weise erzielte das Pferd tatsächlich eine ganz bedeutend größere Arbeitsleistung als sonst und förderte während der acht Stunden rund 2 Millionen Kilogramm Wasser; auf die Sekunde kam mithin eine Arbeitsleistung von etwa 70 Kilogramm, was ein volles Drittel mehr als die Normalleistung eines Pferdes ist. Der Brauer stellte also Watt die Bedingung, daß die Maschine eine Mindestleistung von 70 Kilogramm pro Sekunde haben müsse. Watt ging nicht nur auf diese Bedingung ein, sondern erhöhte sogar, um ein rundes Maß zu erhalten, mit dem sich leichter rechnen ließ, die Leistungsfähigkeit der Maschine freiwillig auf ein Maß von 75 Kilogramm pro Sekunde. Dieses Arbeitsmaß, also die Leistung, 75 Kilogramm pro Sekunde um einen Meter zu heben, wurde seitdem Pferdestärke genannt und gleichzeitig als dauerndes Maß für die Kraftleistung der Maschinen angenommen.

In England, dem Mutterland der Maschinenindustrie, wo auch die Anwendung der Pferdestärke als maschinelles Arbeitsmaß am ehesten erfolgte und sich bald allgemein einbürgerte, wurde dann die Bezeichnung „horse-power“, das englische Wort für Pferdestärke, eingeführt in das bekannte Zeichen HP, das seitdem das Symbol der maschinellen Kraft- und Arbeitsmaße der Techniker der ganzen Welt geworden ist; in den deutsch sprechenden Ländern ist dafür jetzt meistens das Zeichen PS, die Abkürzung für „Pferdestärke“, getreten. Eine PS ist also die Kraft, die 75 Kilogramm in einer Sekunde einen Meter hochzuheben vermag und eine Dampf- oder sonstige Kraftmaschine von 100 PS muß imstande sein, wenn sie an ein Pumpwerk angeschlossen wird, das Hundertfache dieser Arbeit zu leisten, also pro Sekunde 7 500 Kilogramm Wasser aus einer Tiefe von einem Meter zu fördern. Dieselbe Kraftleistung wird die Dampfmaschine natürlich auch entfalten, wenn sie nicht dazu dient, Wasser zu fördern, sondern vermittelt eines Kolleganges Geleite zu germachen oder eine Spinnmaschine anzutreiben oder irgend eine andere Arbeit zu leisten. Allgemein kann auf diese Weise die Leistung jeder Kraftmaschine und auch jeder durch eine Kraftmaschine angetriebene Arbeits- oder Wertmaschine auf Pferdestärken als das Maß ihrer Leistungsfähigkeit zurückgeführt werden. (Schluß folgt)

eigenen Mitglieder gegenüber den fremden in sahrungswidriger Weise benachteiligt; nachdem das Urteil des Oberstchiesgerichts dem ein Ziel gesetzt, umgeht man dasselbe und setzt die frühere Praxis fort durch obigen Vertrag.

Der Zweck dieser Übung ist — das liegt klar auf der Hand — die Bergarbeiter von jedem Urlaub auszuschließen. Nimmt ein Bergarbeiter für acht oder mehr Tage Urlaub und geht auf obigen Vertrag ein, verliert er seine Knappschaftsrechte, sofern er noch keine fünf Dienstjahre hat und sich keine Pensionskassenrechte durch Zahlung von Feiertagsentgelt sichern kann.

Allerdings leben die alten Rechte, gemäß § 28, Absatz 2 der Satzungen, nach einjähriger neuer Mitgliedschaft wieder auf. Aber diese neue Mitgliedschaft kann nur erworben werden, wenn der Arzt das nötige Gesundheitsattest ausstellt. Wer z. B. vier Jahre und 41 Wochen Mitglied war, dann plötzlich einen Urlaub nehmen und obigen Vertrag eingehen muß und damit seine Mitgliedschaft verliert, kann dieselbe nicht wieder erlangen, wenn der Arzt nach seiner Rückkehr, wie in obigem Fall, „Etwas im Urin und Blatte“ konstatiert oder wenn er inzwischen 40 Jahre alt geworden ist. Es bleibt den Bergarbeitern also in solchen Fällen nichts anderes übrig, als auf jeden Urlaub zu verzichten, da ihnen im anderen Falle die erworbenen Knappschaftsrechte in feudalherlicher Weise genommen werden.

Dieses Verfahren fordert den schärfsten Protest der Bergarbeiter heraus. Der Arbeiter geht dadurch nicht nur seiner Knappschaftsrechte verlustig, sondern übernimmt auch die Verpflichtung, für allen Schaden aufzukommen, der der Besche aus der Nichterfüllung entsteht. Ein solches Verfahren verstößt zweifellos gegen den Sinn der gesetzlichen Bestimmungen über Anfang und Ende des Arbeitsverhältnisses. Es stimmt aber auch mit der durch das Urteil des Oberstchiesgerichts befestigten früheren sahrungswidrigen Praxis in seiner Wirkung überein und zeigt die Uebereinstimmung zwischen Knappschaftsverwaltung und Werksherren.

Sehr lebhaft kommt uns da unwillkürlich eine Episode aus dem Kabbobprozess in Erinnerung. Der Verteidiger Seine hatte in der Verhandlung vom 19. bis 28. Oktober 1910 behauptet, auch die Knappschaftsverwaltung sei vor den Beschenherren ins Wankeloch getroffen; sie habe durch ihr Verhalten die Einführung des Ministerverzeichnisses, das bei den Aufwärtigungsarbeiten auf Kabbob Arbeitervertreter gezogen werden sollten, unmöglich gemacht. Darauf ließ der Staatsanwaltsekretär Hartmann den Knappschaftsdirektor Köhne als Zeugen laden. Dieser sollte bekunden, daß die Knappschaftsverwaltung nicht vor den Beschenherren ins Wankeloch getroffen sei. Herr Köhne aber mußte bekunden, daß Herr Direktor Kansen von Kabbob an die Knappschaftsverwaltung ein Schreiben gerichtet, worin die Entsendung der Knappschaftsältesten Dehter und Schäfer zu den Bergungsarbeiten auf Kabbob montiert wurde und daß er außerdem noch ein Telefongespräch mit Kansen gehabt, worin sich dieser mißbilligend über die Entsendung ausgesprochen habe. Köhne gab zuletzt auch zu, daß das als Beeinflussung aufzufassen sei, das heißt, daß die Knappschaftsverwaltung in der Tat vor den Beschenherren ins Wankeloch getroffen ist. Der Verteidiger Seine stellte aber noch folgenden Beweis an:

„Ich beantrage, Herrn Sanitätsrat Lindemann darüber zu vernehmen, daß der Zeuge Köhne ihm gegenüber Versicherungen getan hat, die er nachher im Gegenatz zu den Tatsachen abgestritten hat.

Ferner, daß Herr Köhne Herrn Lindemann zu zwingen versucht hat, sein Gutachten über die Wundenfreiheit, dessen Erstellung das Oberverbot gefordert hatte, zu ändern, weil es nach Annahme der Verwaltung der Knappschaft den Werksbestimmern nicht angenehm sein würde.

Endlich, daß Zeuge Köhne eine Erklärung des Falles in der Knappschaftsbestandsitzung vom 11. Februar 1909 abgelesen hat.“

Leider lehnte das Gericht diesen Verweisantrag, und zwar nach der Entscheidung des Reichsgerichts vom 10. Februar 1911, unbedingterweise ab, obgleich Sanitätsrat Dr. Lindemann (Oberarzt des Knappschaftsvereins) geladen und erschienen war. Dadurch wurde die Klarstellung des Verhältnisses zwischen Knappschaftsverwaltung und Werksherren nach der angegebenen Richtung verhindert, was im Interesse der Bergarbeiter sehr zu bedauern ist.

Die Praxis, in feudalherlicher Weise, wie wir es geschildert, die Knappschaftsrechte der Mitglieder zu beseitigen, ist nach jeder jungen Datum. So etwas konnte man früher nicht. Bergarbeiter, die wochenlang beurlaubt oder arbeitslos waren, traten sofort wieder in ihre Knappschaftsrechte ein, wenn sie die Beschäftigung auf der Grube wieder ausnahmen. Und es ging auch! Warum soll es jetzt nicht mehr gehen? Das jetzige Verfahren der Bergbeschenherren ist darum nicht nur unbedingert, sondern es bedeutet auf Umwegen einen gewalttätigen Eingriff in die Knappschaftsrechte der Bergarbeiter. Auf Umwegen wird so die Höflichkeit eingeführt! Und so lange wird es in der Weise weiter gehen, als noch Hunderttausende Sammeliger und Gleichgültiger unter den Bergarbeitern sich dieses unerhörten Spiel mit ihren Interessen gefallen lassen, ohne sich zur Abwehr dem Bergarbeiterverbände anzuschließen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Steigender Nahrungsmittelaufwand.

Der Monat Juni hat eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise gebracht, die zur Folge hat, daß der Nahrungsmittelaufwand nunmehr wieder über das Niveau des Vorjahres hinausgeht. Zu Beginn des laufenden Jahres bestand noch eine starke Minusdifferenz gegen 1910, die fortschreitend abnahm und im Juni in ein empfindliches Plus umschlug. Wenn auch die berechnete Verteuerung für die Durchschnittsfamilie nur 24 Pf. die Woche beträgt, so fällt dieses Plus doch ganz gewaltig für den gesamten Volkswirtschaftler ins Gewicht. Es handelt sich insgesamt um eine Summe von mindestens 4 bis 5 Mill. M., die bei gleichbleibenden Konsummengen pro Woche mehr für die Ernährung ausgegeben werden muß. Die Standardziffer für den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand betrug im Durchschnitt von 55 deutschen Pfennigen (in Mark):

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1910	24,19	24,17	24,18	24,12	23,84	23,65
1911	23,53	23,61	23,59	23,72	23,68	23,89

Differenz - 0,66 - 0,56 - 0,59 - 0,40 - 0,16 + 0,24
Im Vorjahr war die Bewegung fallend, im laufenden Jahre ist die gegenteilige Tendenz vorherrschend.

Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen.

Die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen betragen im Juni 1911 nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht für alle Bahnen aus dem Personenverkehr 85 392 128 M., (gegen Juni 1910 mehr 16 857 084 M.), Güterverkehr 140 878 576 M. (mehr 5 044 495 M.). Die Einnahmen des Monats Juni verglichen sich mit den Einnahmen der Vormonate wie folgt:

	aus Personenverkehr		aus Güterverkehr	
	1910 M.	1911 M.	1910 M.	1911 M.
Januar	50 050 932	52 511 134	126 107 550	136 697 404
Februar	45 089 620	46 285 715	126 665 034	137 173 895
März	62 735 721	57 925 008	138 947 562	150 125 486
April	58 227 383	71 208 499	140 677 069	148 688 575
Mai	76 722 491	66 762 574	132 732 173	152 979 044
Juni	68 735 042	85 392 128	135 231 081	140 878 576

Bei den Mehrerinnahmen aus dem Personenverkehr kommt in Betracht, daß Pfingsten 1911 in den Juni und 1910 in den Mai fiel. Inwiefern zeigen auch diese Zahlen, daß die Geschäftslage eine verhältnismäßig gute ist.

Die Entwicklung des Welthandels.

Die Umsätze im Welthandel illustriert die folgende Zusammenstellung nach einem Aufsatz von Dr. Krenztam im letzten Heft der „Welt des Kaufmanns“:

Jahr	Wert der gesamten Umsätze		Wert der gesamten Umsätze
	Einfuhr M.	Ausfuhr M.	
1867	23 314 000 000	20 900 000 000	44 214 000 000
1877	26 457 000 000	27 108 000 000	53 565 000 000
1880	34 282 000 000	29 561 000 000	63 843 000 000
1885	32 879 000 000	28 814 000 000	61 693 000 000
1890	39 787 000 000	34 458 000 000	74 245 000 000
1895	38 170 000 000	38 889 000 000	77 059 000 000
1900	48 480 000 000	41 887 000 000	90 367 000 000
1905	59 419 000 000	53 055 000 000	112 474 000 000
1908	64 445 000 000	68 409 000 000	132 854 000 000

Der Abwärtswert aller dieser Umsätze entfällt natürlich auf Europa; er machte im Jahre 1908: 77 955 800 000 M., aus (und zwar 48 417 000 000 M. in der Einfuhr und 34 538 800 000 in der Ausfuhr). Der Restbogen nach kommen zunächst Nord- und Südamerika mit 23 733 700 000 M. (und zwar in der Einfuhr mit 10 792 400 000 M., in der Ausfuhr mit 12 941 300 000 M.). Dann folgt Asien mit 13 200 000 000 M. (Einfuhr 6 458 000 000 M., Ausfuhr 6 742 000 000 M.), weiter Afrika mit 4 874 100 000 M. (Einfuhr 2 482 000 000 M., Ausfuhr 2 392 100 000 M.), Australien mit 2 000 500 000 M. (Einfuhr 1 200 300 000 M., Ausfuhr 800 200 000 M.). Was die Umsätze Amerikas betrifft, so entfällt der größere Teil auf die Vereinigten Staaten von America, nämlich 12 992 000 000 M. (Einfuhr 5 547 000 000 M., Ausfuhr 7 445 000 000 M.).

Aus den Bergwerbergerichten.

Müssen die Beschen den von Verbeagenten versprochenen Lohn zahlen?

Ueber diese Frage hatte am 11. Juli d. J. das Bergwerbergericht Dortmund, Spruchkammer Witten, zu entscheiden. Es lagte der Bergmann S. gegen die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks-Gesellschaft, Abteilung Besche Bruchstraße, auf Zahlung von 40 M. zu wenig erhaltenen Lohn. Die Klage war eine Folge der neuerdings bei der Stinnesgesellschaft wieder mehr in Anwendung gekommenen Leute täuschenden Umverordnungspraktiken.

Die größeren im südlichen Ruhrkohlengebiet liegenden Beschen sind heute fast alle Eigentum der Stinnesgesellschaft. Auf diesen Gruben bezug in den betreffenden Bergwerbern werden nach der amtlichen Statistik die niedrigsten Löhne gezahlt. Darum und weil die Stinnes-Gruben als Mächtigster verschleiert sind, werden sie von den Bergleuten immer mehr gemieden. Stinnes muß auswärts Zuwachs und Ersatz suchen.

Das Umwerben der Leute geschieht heute nicht mehr durch Beschenbeamte. Davon sind die Beschen abgetrennt. Man hält sich die angeseheneren und verbeagelten Arbeiter am besten vom Hause, wenn man sie durch nicht direkt im Dienste der Beschen stehende Agenten anwerben läßt. Wie diese Agenten arbeiten, dafür ist nachstehender Vertrag ein Beweis:

Arbeitsanweisung für Landwirtschaft, Forst und Industrie

von Arnold Ottawa, Stellenvermittler.

Moskowitz C.-S., Modrzejewer, 10.-12.

Verpflichtungsschein für inländische Grubenarbeiter.

§ 1. Die Unterzeichneten treten vom 22. April 1911 auf zunächst drei Monate bei der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum, Besche Bruchstraße, Station Langendreez, als Schleppler bezug. Kohlenfüller bezug. Dauer in Arbeit und verpflichten sich zur Verrichtung aller ihnen zur Ausführung übertragenen Arbeiten. Nach Ablauf der kontraktlichen Verpflichtungsgzeit steht beiden Teilen eine vierwöchentliche Kündigungsfrist an.

§ 2. Ein jeder der Unterzeichneten erklärt hierdurch, sich der bestehenden Arbeitsordnung zu unterwerfen, von welcher ihm bei seinem Arbeitsantritt ein Exemplar ausgeschrieben wird. Ferner erklärt ein jeder der Unterzeichneten, körperlich vollständig gesund und ohne jedes die Arbeit hindernde Gebrechense zu sein. Im dies nachzuweisen, muß er sich vor Eintritt in die Arbeit der vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung durch den zuständigen Knappschaftsarzt unterziehen. Hält ihn dieser für zur Werksarbeit gesundheitlich untauglich, so kann seine Aufnahme als Arbeiter der Grube nicht erfolgen. Das Vertragsverhältnis beginnt daher erst nach erfolgter Gefunderklärung durch den Knappschaftsarzt.

§ 3. Die tägliche reine Arbeitszeit ist nach der Arbeitsordnung geregelt. Außer an den Sonntagen und den hohen Feiertagen: Ostern, Pfingsten und Weihnachten; haben die Unterzeichneten ein Recht zu feiern: 1. Januar (Neujahr), 8. Januar (heilige drei Könige), 2. Februar (Maria Lichtmess), 25. März (Maria Verkündigung), Charfreitag, Christi Himmelfahrt, Fronleichnamfest, 20. Juni (Peter und Paul), 1. November (Allerheiligen), 18. November (Wei- und Niklas), 4. Dezember (St. Barbara), 8. Dezember (St. Maria Empfängnis). An anderen Tagen haben die Leute keinen Anspruch zu feiern.

§ 4. Diejenigen Grubenarbeiter, welche als Schleppler angelegt werden, arbeiten im Schichtlohn und verdienen pro Schicht 4-5 M., diejenigen, welche als Kohlenfüller angelegt werden, arbeiten im Akkord und verdienen pro Schicht 6-7 M. Das Aussehen geschieht am 25. eines jeden Monats. Vorschüsse auf die verdienten Arbeitsschichten werden am 10. eines jeden Monats gezahlt.

§ 5. Güte und reichliche Kost und Logis wird den Arbeitern in den Schlafhäusern zu billigen Preisen verabfolgt.

§ 6. Bezüglich der Arbeitsgeräte, Bekleidung, Entlassung, Kranken- und Invaliditätsversicherung wird auf die diesbezüglichen Paragraphen der erhaltenen Arbeitsordnung hingewiesen.

§ 7. Sofern die Unterzeichneten mittellose sind und die Eisenbahnfahrt nicht selbst bezahlen können, wird ihnen dieselbe vorzugsweise herausgelassen und sind die Unterzeichneten verpflichtet, sich diesen Vorzug vom Lohne in Abzug bringen zu lassen.

Im Auftrage: Arnold Ottawa.

In diesem Vertrage ist besonders hervorzuheben, daß für die ersten drei Monate den Leuten keine Kündigung zulässig soll, ferner die ich in der hiefigen Angabe der Löhne und daß, um Dumme zu fangen, der Vertrag schriftlich gemacht und „Im Auftrage“ unterzeichnet ist. Mit diesen Schwindelverträgen hat der Agent Ottawa auch sehr viele Leute ins Gabel gelockt und der Stinnesgesellschaft maßenhaft Arbeiter zuzuhängen können. Daß das ein profitables Geschäft ist, kann man annehmen, denn der Vorsitzende der Witterer Spruchkammer gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Ottawa vielmehr ein reicher Mann sei.

Nachdem die Arbeiter einige Schichten auf den Stinnesgruben verfahren hatten, — so lange ließ man sie, um das Weglaufen zu verhindern, klugerweise im unklaren — erhielten sie durch den Markenkontrollleur der Besche eine Karte folgenden Inhalts:

Moskowitz, den 28. 4. 1911.

Bei Ihrer kontraktlichen Verpflichtung ist mir, wie ich erst jetzt nachträglich gewahr wurde, ein Irrtum bei § 4 unterlaufen. Es soll nicht heißen, daß Schleppler 4 bis 5 M., Sauer 6 bis 7 M. verdienen, sondern so:

§ 4. Diejenigen Grubenarbeiter, welche als Schleppler angelegt werden, arbeiten im Schichtlohn und verdienen pro Schicht bis 4 M., diejenigen, welche als Sauer angelegt werden, arbeiten im Akkord und verdienen pro Schicht bis 6 M.

Sie bitte Sie hiermit, von obigem Kenntnis zu nehmen und meinen Irrtum zu entschuldigen. Glück auf! Arnold Ottawa.

Wiso erst nach allen Regeln der Kunst aus der Heimat gelockt, belagen und betrogen und dann schriftlich, daß sie heringekollert waren. Als die Arbeiter erkannten, daß das Verprechen eitel Dunst war, reichten sie Klage ein. Den ersten Klagen ging die Besche Bruchstraße dadurch aus dem Wege, daß sie den Leuten den nachverlangten Lohn zahlte. Als der Klagen aber mehr wurden, ließ man es auf eine Verhandlung ankommen und sandte zu dieser extra den Juristen aus der Zentralrat der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks-Gesellschaft zur Verhandlung nach Witten.

Im Termin schonte der Gesellschaftsvertreter die Einhaltung der von ihren Hauptagenten gemachten Verpflichtungen ab. Ottawa habe diese Verpflichtungen ohne Wissen und Willen der Deutsch-Lugemburgischen Gesellschaft gemacht. Die Gesellschaft habe dem Agenten sogar im Oktober d. J. weil da schon ähnliche Dinge vorgekommen seien, den wirklichen Stand der Löhne mitgeteilt. Der Beschenvertreter gab also zu, daß der Gesellschaft das ungläubere Treiben des Agenten schon früher bekannt geworden sei, trotzdem hat-

die Gesellschaft die angeworbenen Leute weder vor, noch bei, noch nach der Anlegung aufgeklärt. Die Karte ist keine Aufklärung seitens der Besche. Umkehrerproben ließ der Beschevertreter die Behauptung des Klägers, daß dieser, abgesehen von der Karte, erst dann seinen vollen Lohn empfing, als er das Lohnbuch in der Hand hatte. Auch die Beschebeamten hätten sich um eine klare Verantwortung der Lohnfragen gedrückt. Bei dieser Sachlage ist ein mit i r e n d e s B e r e c h t i g t e n seitens der Besche im juristischen Sinne gegeben.

Das Gericht hat dieses mittellose Versehen aber nicht als ausreichend erachtet, um daraufhin die Besche zu verurteilen. Die Klage wurde wegen Unzuständigkeit abgewiesen. Der Kläger habe sich nicht an die Besche, sondern an den Agenten zu halten.

Der Ausgang des Prozesses — das letzte Wort ist noch nicht gesprochen — lehrt den Bergleuten in auswärtigen Revieren, daß sie gut tun, den Verpflichtungen gewissenloser Agenten auch dann, wenn solche schriftlich gegeben werden, keinen Glauben zu schenken. H. A.

Zur Reform der Berginspektion.

Befugnisse der Sicherheitsmänner.

Die Sicherheitsmänner haben nicht das Recht, über ihre Steigerabteilung hinaus die Sicherheit des Betriebes zu kontrollieren. So lautet der Bescheid auf eine Rekursbeschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe. Die Zeitschrift „Gesundheit“ vom 15. Juli berichtet darüber:

„Für den Umfang der Befugnisse der Sicherheitsmänner sind die Vorschriften des Gesetzes vom 28. Juli 1900, betr. die Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1885/1892 und 14. Juli 1905 (G.-S. E. 877), maßgebend. Von diesen Vorschriften kommt für die vorliegende Rekursbeschwerde nur der § 80g Absatz 1 in Betracht. Nach dieser Vorschrift haben die Sicherheitsmänner die Befugnis, ihre Steigerabteilung, in der sie gemäht sind, zweimal im Monat zu besetzen und sie in Bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu untersuchen. Ueber die Steigerabteilung des Sicherheitsmannes hinaus erstreckt sich also dieses Recht nicht. Demgemäß war der Sicherheitsmann nicht befugt, die Revision der außerhalb seiner Steigerabteilung und über Tage belegenen Fördermaschinen, Seilfahrtsanrichtungen und Wetterlampenbuden vorzunehmen. Der Betriebsführer der Besche handelte deshalb auch nicht gesetzwidrig, als er die Vornahme der Revision dieser Tageseinrichtungen unterlagte.“

Auch aus der Vorschrift des § 80g Abs. 3 a. a. O., wonach der Sicherheitsmann verpflichtet ist, die zu seiner Kenntnis gelangenden Zufälle- und Vorgänge, die geeignet sind, das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter zu gefährden, unverzüglich einem seiner Vorgesetzten zu melden, läßt sich ein weitergehendes Revisionsrecht der Sicherheitsmänner nicht herleiten.“

Diese Entscheidung verkennet völlig die Aufgaben, welche dem Sicherheitsmann zugeordnet sind. Er soll über die Sicherheit des Betriebes wachen, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dieser Aufgabe kann er aber nicht im vollen Umfang gerecht werden, wenn man ihn solche Grenzen setzt. Das widerspricht jeder vernünftigen Logik. Mit demselben Rechte könnte man einem Feuermann sagen, du hast nur über ein bestimmtes Haus zu wachen, es geht dich gar nichts an, wenn die Nachbarhäuser in Flammen aufgehen. Ein Feuermann würde sich jedenfalls für eine solche Rolle bedanken und sagen: Dann hat meine Tätigkeit überhaupt keinen Sinn, denn wenn die Nachbarhäuser in Flammen aufgehen, werden die Flammen auch übergreifen und mich samt dem Hause, das ich überwachen soll, vernichten.“

Nach dralischer aber liegen die Verhältnisse im Bergbau. Oder hat sich jemals eine Schlagwettersplosion auf ein bestimmtes abgegrenztes Steigerrevier beschränkt? Hat sich die Kabbobkatastrophe oder die vielen anderen Katastrophen im Bergbau vielleicht auf ein Steigerrevier beschränkt? Das wird wohl selbst ein preußischer Minister nicht behaupten wollen. Durch die Entscheidung des Ministers wird die Kontrolle durch die Sicherheitsmänner ziemlich wertlos. Was kann es z. B. nützen, wenn in einem Steigerrevier gute Kontrolle geübt, im andern die Kontrolle aber veräußert und dadurch eine Schlagwettersplosion herbeigeführt wird, welche sich über das ganze Grubengebäude ausdehnt und, wie auf Kabbob, alles vernichtet? Kann der preußische Minister dann die Verantwortung tragen, wenn infolge seiner Entscheidung eine solche Katastrophe hereinbricht? Nein, das kann er nicht! Darum ist es auch ein unerantwortliches Beginnen, eine solche Entscheidung zu treffen, durch die der Zweck der Sicherheitsmänner illusorisch gemacht wird.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Lage in der Braunkohlenindustrie.

Den langwierigen Kampf der mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter um eine tarifliche Regelung ihrer durchaus unzulänglichen Arbeitsbedingungen kann nur voll gewürdigt werden, wenn man die Industrieverhältnisse kennt. Die Braunkohlenförderung ist verhältnismäßig stärker als die Steinkohlenförderung gestiegen, noch höher war aber die Steigerung der Bricketfabrikation aus Braunkohle. Dieses Fabrikat macht der Steinkohle immer stärker Konkurrenz und da die Braunkohlenindustrie mit viel geringeren Selbstkosten arbeitet, so verdrängt die billigere Braunkohle bezug. das aus ihr bereitete Bricket die Steinkohle (langsam aber stetig) aus manchen Absatzgebieten!

Die deutsche Braunkohlenförderung betrug 1910 schon über 69 Millionen Tonnen, im 1. Viertel 1911 ist sie um mehr als 2 Mill. Tonnen gegen den gleichen Zeitraum vorigen Jahres auf 18 1/2 Millionen To. gestiegen. An-Braunkohlenbricketts sind 1909 : 14,8 ; 1910 : 15,1 Millionen Tonnen fabriziert worden. In manchen Bezirken wird der weitau größte Teil der Kohle zu Bricketts verarbeitet, z. B. im Revier Rühl-Uttel bei Köln. Wie sich in diesem rasch entwickelnden Revier die Industrieverhältnisse gestalten, hat der dortige Beschenbesitzerverband in folgenden Zahlen, die sich aber nicht auf alle Betriebe beziehen, veranschaulicht:

	1907	1908	1909	1910
	(in Tonnen)			
Förderung an Braunkohlen	11 280 500	12 345 100	12 064 000	12 596 800
Absatz an Kohrbraunkohlen	1 110 100	1 092 400	1 098 300	1 037 700
Selbstverbrauch und Verarbeitung	10 419 200	11 451 200	11 168 400	11 690 000
Fertigung von Braunkohlenbricketts	2 933 400	3 272 100	3 241 400	3 514 500
Gesamtabsatz an Braunkohlenbricketts	2 064 200	3 086 100	3 344 700	3 516 900
Bestand an Braunkohlenbricketts Lagerbestände an Bricketts:	242 100	283 300	301 600	306 400
am Ende des 1. Vierteljahres	1 200	45 900	203 200	212 600
" " " 2. " "	50 600	218 900	293 500	273 900
" " " 3. " "	94 100	282 600	278 600	247 900
" " " 4. " "	50 800	268 800	188 100	174 500
Zahl der beschäftigten Arbeiter	8 280	8 700	8 890	8 510
Summe der gezahlten Löhne (in M.)	9 622 800	10 794 300	10 415 000	10 199 500

Trotz erheblicher Zunahme der Förderung eine Abnahme der Beschäftigung! Darin kommt die verstärkte Ausnutzung der Arbeiterkraft deutlich zum Ausdruck. Auch allgemein ist neben einer Erhöhung der Förderung eine Verminderung der Arbeiterzahl eingetreten. Nach dem Bericht des mitteldeutschen Braunkohlenindustrie-Vereins sind in der Braunkohlenindustrie Deutschlands durchschnittlich beschäftigt worden 1908/10 : 58 680, 1910/11 : 55 775 Arbeiter. Die maschinelle Kohlerzeugung (z. B. durch große Wagger in den umfangreichen Tagesbauten) verdrängt viele Arbeiter. Die verbleibenden Arbeiter jedoch, ausgenutzt, immerfort wird beschloß, die Schichtzeiten noch zu verlängern bei herabgesetzten Gehältern. Das hat dann zu dem noch andauernden Kampf der Braunkohlenarbeiter für die Sicherung eines exträtäglichen Arbeitsverhältnisses geführt.

Eine zeitgemäße Regelung der Arbeiterverhältnisse ist notwendig, weil die Ueberproduktion unter der jetzigen Betriebsweise zunimmt. Der Braunkohlenindustrie-Verein sagt in seinem Bericht pro 1910/11:

„Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fehlte sich im großen und ganzen die Stillstandsperiode, die seit den Jahren der großen Absatzsteigerung bereits im Jahre 1909 eingetreten war, im Jahre 1910 weiter fort. Die Gesamtzahl besserer ist allerdings im Laufe des Jahres nach und nach etwas und gestaffelt sich auch im 1. Vierteljahre 1911, jedenfalls im Vergleich mit dem gleichen Vierteljahre des Vorjahres, im allgemeinen befriedigend. Ein einheitliches Bild bot jedoch der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Bezirken keineswegs. Die noch verständig geklärten Betriebslagen, die

mehr und mehr zunehmende Ueberschneidung, die zum Teil auf die vielen Neugrubnungen, zum Teil auf größere Erweiterungen bereits bestehender Unternehmungen zurückzuführen ist, der Kampf der Kapitalisten mit den Arbeiterparteien und endlich die große Höhe der im letzten Jahre erzielten Gewinne. Diese letzteren deuten jedenfalls darauf hin, daß eine wesentliche Besserung auf dem Kohlenmarkt dem Vorjahre gegenüber wohl kaum Platz greifen wird.

Durch die Einführung des maschinellen Gewinnbetriebs und die Einführung immer neuer Werke ist also eine, die immer mehr und mehr zunehmende Ueberschneidung entstanden. Im rheinischen Braunkohlengbiet (Vrhl.-Walt.) liegen die Verhältnisse auch nicht erheblich günstiger. Während hier, laut obiger Tabelle, im Jahre 1907 bis zu 94 100 T. Weisheits auf Lager genommen werden mußten, lag 1910 der Lagerbestand bis auf 278 000 T. Ausgesprochen ist der Abfall auch in der Braunkohlensindustrie in den Monaten Juni, Juli und August am geringsten.

Wagt es nicht nahe, in jedem Betrage unfürsorgliche Ueberproduktion durch vertragliche Abmachungen mit den Arbeitern möglichst zu beschränken? Ist es nicht vollkommen Unvernunft, daß die Arbeiter in überlanger Schichtzeit weit mehr fördern und fabrizieren als normalerweise verkauft werden kann? Erst schindet sich die Arbeiterklasse ab, dann wird ihr gesagt: "Es ist zuviel gefördert, wir müssen heute entlassen!" Die noch bleiben können, denen werden die Löhne und Gehälter gekürzt, was zu noch stärkerer Schustererei zwingt, bis wieder Arbeiter überflüssig werden. So und nicht anders liegen die Verhältnisse in der deutschen Braunkohlensindustrie. Um wenigstens einigermaßen gesicherte Arbeitsbedingungen zu erhalten, nur deshalb trat die rheinische Braunkohlenindustrie in den Kampf für Tarifverträge ein. Ihr Kampf ist auch für die Interessen der anderen Reviere, auch der Steinkohlenbergarbeiter, geführt, denn über kurz oder lang werden sich die Folgen der Ueberproduktion an Kohlen und Weisheits in der empfindlichsten Weise auch in den Steinkohlenrevieren bemerkbar machen. Der Kampf für Tarifverträge ist also der Kampf um das tägliche Brot des Arbeiters!

Bericht des rhein.-westfälischen Kohlen-Syndikats.
 Es teilt der Öffentlichkeit mit, im ersten Halbjahre 1911 habe bei 148% Arbeitstagen (145% im ersten Halbjahre 1910) die Förderung 34 411 059 T. (32 674 872 T. i. V.), sind arbeitsfähig 294 488 T. (284 377 T.) oder diesjährig 4,51 Prozent mehr. Von der Beteiligung, welche sich befierte auf 38 469 140 T. (37 992 924 T.), sind demnach abgesetzt worden 80,45 Proz. (86,00 Proz.). Es betrug der Gesamtverkauf in Kohlen 28 037 947 T. (26 584 468 T.) gleich diesjährig 5,55 Proz. mehr. In Koks 8 505 438 T. (8 158 894 T.) gleich 4,25 Proz. mehr und in Weisheits 1 896 178 T. (1 594 817 T.) gleich 18,90 Proz. mehr. Der Verkauf für Rechnung des Syndikats betrug in Kohlen 24 224 353 T. (23 028 328 T.), mithin 1911 gegen 1910 + 1 196 027 T. gleich 5,19 Proz., er betrug in Koks 5 385 407 T. (5 201 481 T.), sind + 163 926 T. gleich 3,15 Proz. und er betrug in Weisheits 1 814 485 T. (1 585 261 T.), sind + 229 224 T. gleich 14,49 Prozent; dieser Verkauf für Rechnung des Syndikats ist arbeitsfähig gegen 1910 gestiegen in Kohlen um 4,39, in Koks um 3,15 und in Weisheits um 17,27 Prozent. Die Förderung im ersten Halbjahre betrug 42 859 888 T. (40 449 395 T.) mithin 1911 gegen 1910 + 2 410 493 T. gleich 5,96 Prozent; arbeitsfähig belief sie sich auf 202 059 T., das sind gegen das zweite Halbjahr 1910 mehr 12 129 T. gleich 6,15 Proz. und gegen das erste Halbjahr 1910 mehr 14 205 T. gleich 5,18 Prozent. Die Bahnzufuhr zu den Duisburger-Mühlorten betrug 6 207 298 T. (5 840 804 T.) und die Schiffzufuhr von diesen und den Bredener Häfen 7 940 481 T. (7 188 908 T.), sind diesjährig 10,84 Prozent mehr.

Unverkennbar hat sich die Lage auf dem Kohlen- und Koksmarkt gebessert, wenn auch nicht alle Mengen sofort in den Verbrauch übergegangen sind. Aber auch wenn eine Konjunkturstur eintritt, wird der Arbeitsmann nicht abgewiesen, wenn er weiter träumt. Ihr habt die Macht zur Verbesserung eurer Lage in Händen, Kameraden, wenn ihr nur einig seid.

Aus dem Reiche Stinnes.
 Der Essener Handelskammerbericht bringt eine Uebersicht über die im Essener Bezirke belegenden Familiengehenden der Firma Stinnes. Die Angaben scheitern auch einen lehrreichen Einblick in die Vermögenslage einer Familie, für deren Bereicherung Generationen von Arbeitern tätig waren.

	Victoria Mathias	Mathias Stinnes	Friedrich Ernst	Graf Beust	Carolus Magnus
Förderung					
1906	400 449	041 504	380 746	420 711	262 022
1907	480 732	1 316 572	408 875	480 847	337 420
1908	458 610	1 208 352	342 336	424 466	292 551
1909	436 679	1 084 701	322 788	307 371	285 119
1910	469 578	1 179 817	320 343	420 718	277 788
Kohlproduktion					
1906	193 583	121 494	88 829	67 885	16 007
1907	189 254	142 415	98 441	68 158	89 902
1908	96 710	99 112	78 315	54 900	93 562
1909	74 122	92 935	70 679	56 350	80 852
1910	93 801	136 189	72 578	59 288	86 498
Kerprodukt					
1908	2 669	5 123	4 110	—	2 704
1909	2 209	4 685	3 781	—	2 508
1910	3 134	6 490	3 980	—	2 820
Verfahren					
1906	365 488	949 561	862 843	869 719	259 100
1907	469 886	1 282 158	418 167	416 185	339 672
1908	472 885	1 285 422	405 245	422 464	387 993
1909	441 446	1 136 276	372 246	396 258	327 850
1910	496 810	1 283 184	384 162	414 593	311 445

Ueber die Entwicklung der ober-schlesischen Bergwerks- und Gütenindustrie
 machte der Vorsitzende des dortigen Bergwerksverbandes in seiner Generalversammlung folgende Mitteilungen: Was zunächst die Entwicklung der Montanindustrie in Oberschlesien anbelangt, so hob er hervor, daß in den Jahren 1881 bis 1910 gestiegen ist: die Steinkohlenförderung von 2 658 333 T. auf 34 446 094 T., d. i. um 1195,8 Prozent; die Produktion von Hoheisen von 97 471 T. auf 901 366 T., d. i. um 824,8 Prozent; die Produktion von Roheisen von 42 033 T. auf 1 309 733 T., d. i. um 292,4 Prozent, und die Produktion von Blei und Glätte von 2684 T. auf 46 060 T., d. i. um 1692,0 Prozent. Die Zahl der Arbeiter, welche in der ober-schlesischen Montanindustrie insgesamt beschäftigt waren, betrug in 1881: 31 217, dagegen in 1910: 189 517, hat also um 597,7 Prozent zugenommen. Im Jahre 1879 machte die Lohnsumme insgesamt 30,7 P.-Tonnen Mark aus, im Jahre 1910 dagegen 196,3 Millionen, was allein in den letzten 31 Jahren eine Zunahme um 539,4 Prozent ergibt, gegenüber einer gleichzeitigen Zunahme der Arbeiterzahl um nur 206,7 Prozent. Der durchschnittliche Jahreslohn betrug eines Arbeiters in 1879: 496 S., in 1910: 1034 S., hat sich in den letzten 31 Jahren also weit mehr als verdoppelt. Der Durchschnittslohn für die Löhne ober-schlesischer Kohligang um 4,24. Im Jahre 1870 auf 3,73. Im Jahre 1889 zurück und stieg unter dem Einflusse der Kohlenkonvention in stetiger zum Jahre 1908 auf 8,99. Die öffentlichen Lasten allein des privaten ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues im Jahre 1892 haben 6 454 390 M. betragen; sie sind bis 1909 auf 27 874 196 M. oder um 21 420 196 M. = 331,9 Prozent gestiegen. Derjenige Anteil an ober-schlesischen Steinkohlenförderung, auf welchen sich diese Lasten beziehen, hat in der gleichen Zeit von 11 600 000 T. auf rund 28 500 000 T. oder um nur 145,2 Prozent zugenommen, und die entsprechende Gesamtbeschäftigung von 37 590 Personen auf 97 132 oder um nur 158,5 Prozent. Auf die Löhne Förderung gerechnet, hat sich von 1892 bis 1909 die Gesamtbeschäftigung durch öffentliche Lasten von 58 auf 98 Pfr. oder um 42 Pfr. = 75 Prozent gesteigert, und auf die Person der Gesamtbeschäftigung gerechnet, von 172 auf 287 M. oder um 115 M. = rund 67 Prozent. Bezüglich der Notlage, in der sich die ober-schlesische

Industrie zurzeit befindet, wies Redner darauf hin, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß die wesentlich mit einer Folge der für Ober-schlesien so unglücklichen Ausgestaltung der letzten Handelsverträge mit Österreich und Rußland sei (Folge der Zollrückstellungen nach dem Zolltarifgesetz von 1902). Nach dem "Bergarb.-Blg.", wie sie der Verein wiederholt und rechtzeitig genug, leider aber vergeblich, vorausgesetzt habe. Diese unglückliche Lage ergab sich sowohl in der unglücklichen Entwicklung, die der ober-schlesische Kohlenbergbau im abgelaufenen Jahre genommen hat, als auch in dem Rückgang des Absatzes der ober-schlesischen Eisenindustrie. Zum ersten Male seit langen Jahren hat die Kohlenförderung Oberschlesiens nicht nur nicht zu, sondern um rund 210 000 T. oder 0,6 Prozent abgenommen, und das in demselben Jahre, in welchem das Ruhrrevier seine Förderung um 4 060 000 T. oder 4,9 Prozent steigern konnte. Zu einem sehr erheblichen Teil sei der besagte Produktionsrückgang auf die Abnahme des ober-schlesischen Kohlenabfahres nach Österreich-Ungarn zurückzuführen, indem sich diese Abnahme in 1910 gegenüber dem Vorjahre auf rund 478 000 T. oder 6,9 Prozent belief. Während schon im Jahre 1909 die ober-schlesische Hoheisenproduktion von einer Beteiligung von 7,80 Prozent an der Produktion ganz Deutschlands in 1908 auf 6,59 Prozent zurückgegangen war, hat sich der Rückgang in 1910 auf 6,00 Prozent fortgesetzt. Es ist mit anderen Worten Oberschlesien mit seinem verhältnismäßigen Anteil an der deutschen Hoheisenproduktion allein in den letzten zwei Jahren um nicht weniger als 22 Prozent zurückgegangen, nachdem es von 1890 bis 1908 ebenfalls schon um 20,2 Prozent gesunken war. Auch in absoluten Zahlen betrug seine 1910er Produktion mit 901 000 T. um 38 000 T. oder 4,2 Prozent weniger als in 1907.

Ueber die Produktion und den Verbrauch nachbenannter Metalle

sagt der Jahresbericht der Metallurgischen Gesellschaft, die Besserung der Wirtschaftslage habe 1910 weitere Fortschritte gemacht. Die Welt-erzeugung der vier wichtigsten, hierher gehörigen Metalle beträgt in metrischen Tonnen:

	1906	1907	1908	1909	1910
Eisen	1 078 100	1 086 500	1 078 100	1 085 600	1 182 900
Kupfer	712 000	708 000	744 500	846 700	877 600
Zinn	702 000	788 400	722 100	788 200	816 600
Blei	98 000	97 700	107 500	108 800	111 200

Die durchschnittliche jährliche Zunahme in der Erzeugung betrug in den letzten 10 Jahren bei Eisen 3 Proz., Kupfer 7,3 Proz., Zinn 7 Proz., und Blei 8,8 Proz.

Ueber den Verbrauch der vier Hauptmetalle orientiert die folgende Tabelle. Es verbrauchten:

	1907	1908	1909	1910	
(in Tonnen)					
Vereinigte Staaten	Eisen	300 000	285 000	284 500	287 000
	Kupfer	227 000	208 800	318 800	388 700
	Zinn	217 200	178 000	287 800	245 400
	Blei	39 700	32 800	42 800	40 000
Deutschland	Eisen	189 500	211 800	218 200	208 400
	Kupfer	150 000	180 800	179 400	199 800
	Zinn	174 400	180 200	188 100	191 500
	Blei	14 400	16 700	17 100	18 100
Großbritannien	Eisen	194 500	228 400	202 700	209 800
	Kupfer	103 100	127 000	108 300	148 000
	Zinn	140 700	188 500	185 500	177 800
	Blei	20 200	10 800	17 800	21 100
Frankreich	Eisen	88 700	104 100	102 300	90 600
	Kupfer	65 800	78 700	73 400	80 700
	Zinn	69 600	77 900	66 000	58 200
	Blei	6 700	7 500	7 800	7 800

Die nähere Betrachtung dieser Zahlenreihen zeigt u. a., daß in den Vereinigten Staaten nach der 1909er Erholungsperiode von den Restjahren 1907 und 1908 das abgelaufene Jahr zwar in weit zahlreicheren Jahren verlor, was bekanntlich zum Teil auf die wirtschaftspolitische Unsicherheit zurückzuführen ist, aber trotzdem noch eine Steigerung des Metallverbrauchs brachte. An Stelle des rechnungsmäßigen Metallverbrauchs in Europa dürfte in Wirklichkeit ebenso wie bei den übrigen Metallen ebenfalls eine Steigerung eingetreten sein, da die Vorräte auf den Häfen eine Verminderung erfahren haben, die in den obigen Zahlen nicht berücksichtigt wurde. Zum großen Teil beruht die Zunahme des Verbrauchs auf dem starken Bedarf der Elektroindustrie, die sich diesseits und jenseits des Ozeans eines fröhlichen Aufschwunges erfreut.

Aus den Unternehmerverbänden.

Organisationen der Unternehmer.

Das "Reichs-Arbeitsblatt" bringt eine Zusammenstellung der deutschen Unternehmerverbände Anfangs 1911. Es sind ermittelt worden 93 Reichsverbände, 474 Landes- oder Bezirksverbände und 2 361 Ortsverbände, zusammen also 2 928 Verbände mit 127 424 Mitgliedern und 4 027 440 beschäftigten Arbeitern. Nach dem Bericht des Vorjahres ist das eine Steigerung von 315 Verbänden mit 12 329 Mitgliedern und 172 760 Arbeitern. Nach Berufsgruppen geordnet kamen auf:

Organisation	1909	1910	Zunahme	Abnahme	
Bergarbeiter	81 784	82 855	1 121	—	
Bauarbeiter	35 465	35 947	182	—	
Textilarbeiter	80 451	80 620	169	—	
Wärrische Eisenbahner	28 017	28 067	50	1050	
Metallarbeiter	24 002	23 961	—	41	
Staatl., Gemeinde- u. Verkehrsarb.	13 752	13 800	48	—	
Deutsche Eisenbahnhändl. u. Arb.	11 640	11 654	14	8 014	
Solzarbeiter	11 312	11 407	95	—	
Seimarbeiterinnen	6 476	6 368	—	108	
Tabakarbeiter	6 016	7 849	1 824	—	
Kleinarbeiter	5 096	6 019	923	85	
Lebendarbeiter	4 108	5 107	999	—	
Schneider	3 466	3 063	407	—	
Malier	3 306	3 610	304	—	
Telegraphenarbeiter	3 114	3 207	93	207	
Glättenbergbau	2 931	3 045	114	—	
Graphische Gewerbe	1 462	1 527	65	—	
Kranenpfeleger	1 374	1 378	4	—	
Wärrer	1 220	1 120	—	100	
Nahrungsmittelindustrie	1 202	2 158	956	—	
Gärtner	728	818	90	—	
Württembergische Eisenbahner	1 861	2 542	681	—	
		280 061	316 115	37 410	1 265

Eine erhebliche Zunahme haben zu verzeichnen die Landwirtschaft mit 46 002 Arbeitern, die Textilindustrie mit 19 420 Arbeitern, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 57 554 Arbeitern und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 51 788 Arbeitern. Ein Verlust ziemlich umfangreichen wird vom Baugewerbe berichtet. Es ist dort ein Minus von 75 287 Arbeitern festzustellen. Der Bericht erklärt diesen Rückgang mit dem bekannten, während der vorjährigen Bauarbeiterausperrung erfolgten Austritt der Berliner Bauorganisation aus dem Gesamtverbande. Die Organisationen der Unternehmer haben also im allgemeinen im Berichtsjahre 1910 erheblich an Ausdehnung zugenommen. Sagt der deutsche Arbeiter wird es sein, diesen Zuwachs im Unternehmertum durch intensiver Agitation für die Gewerkschaften zu überbrücken.

Unternehmerterrorismus gegen Kollegen.

Bei dem Streit und der Aussperrung der Steinseker im Regierungsbezirk Merseburg haben sich die in Halle stehenden Schatzmänner in diesem Gewerbe mit gelben Streifen ausgetauscht. In der Provinz wählten die Unternehmer andere Mittel an, um die meist kleinen Meister für die Schatzmänner zu gewinnen. Wie sehr die Meister in die Falle gerieten, beweist ein Schreiben eines dieser Herren an seine Kollegen, das ein günstiger Wind der Leitung der ausgesperrten Arbeiter auf den Tisch geweht hat. Dieses Schreiben lautet (unter Weglassung von Ort und Namen, da wir keine Ursache haben, den Namen der Rache der Schatzmänner auszusprechen):

..... den 1. Juli 1911

Sehr geehrter Herr Kollege!

zu unerhörter Weise hat mich der Arbeitgeberverband resp. die Leitung desselben in meinem Erwerbseben gehindert. Alle Bemühungen, meinen Betrieb auch nur einigermaßen aufrechtzuerhalten zu können, sind durchaus nicht unterstützt worden.

In bezug auf Vermittlung von Arbeitnehmern habe ich von der Leitung Hinweise erhalten, die wie folgt lauten:

Andere Herren Kollegen, die sich in ähnlicher Lage befinden und nothgedungen mit den Arbeitnehmern in Verbindung getreten sind, hat die Leitung unseres Arbeitgeberverbandes mit a u f e r o r d e n t-

lich hohen Strafen (Geldstrafen) bestraft. Also hat Schuß und Unterstützung gegen die Arbeiterklasse usw. hat unsere Zeitung nichts Besseres zu tun, als uns Mitglieder noch extra zu drangsalieren.

Gelehrter Herr Kollege! Nach meiner unmaßgeblichen Meinung kann es Ihr Wille nicht sein, dieses System zu fördern. Unter dieser Voraussetzung gestatte ich mir, Sie, Herr Kollege, zum 4. Juli zu einer vertraulichen Besprechung einzuladen und zwar nach Die Einladungen gehen nur an einen kleinen Kreis solcher Herren Kollegen, die voraussichtlich ein Interesse an der Abwehr einer solchen Behandlung und Geschäftschädigung haben.

Sochadungsauß
 Ihr Steinseker

Das Schreiben liefert zugleich einen sehr interessanten Beleg dafür, wo in wirtschaftlichen Kämpfen der wirkliche und tatsächliche gefährliche Terrorismus zu suchen ist.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Streit zwischen Berlin und M.-Gladbach

lebt immer wieder neu auf, angefaßt durch den erbitterten Kampf zwischen der "modernistischen" Köln-M.-Gladbacher- und der "über-katholischen" Berlin-Köln-Organisation. In nicht uninteressanter Weise legt Herr Josef Becker, Berlin, in der "Katholischen Volkszeitung" dar, wie kräftig die katholischen Fachabteilungen trotz sehr niedriger Beiträge und "Luftüberlagerungen" dem Streit abgeneigt Agitation, abgelehnt haben. Er schreibt: "Die katholischen Fachabteilungen haben an dem allgemeinen Fortschritt der Gewerkschaftsorganisationen im vergangenen Jahre keinen Anteil gehabt; sie haben im Gegenteil Verluste auszuweisen. Genannte Mitgliederzahlen haben sie zwar in 1910 ebenso angegeben wie in früheren Jahren. Aber es gibt Mittel, durch welche die Mitgliederzahlen anußerordentlich richtig zu ermitteln sind. Ich greife da auf eine von mir bereits in 1908 im "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" angewandte Berechnung zurück, die, wie ich ausdrücklich bemerke, unwiderrufen geblieben ist. Der wärrliche Beitrag zu den Fachabteilungen schwankte bis Ende 1910, wo er auf 80 bis 90 Pfr. erhöht wurde, zwischen 15 und 20 Pfr. Bei einem Durchschnitts-Wochenbeitrag von 80 Pfr. und 44 Wochen pro Jahr ergibt das einen durchschnittlichen Jahresbeitrag von 3 520 Mark. Dieser Betrag dürfte eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Wird derselbe geteilt in die Gesamtmitnahme der katholischen Fachabteilungen, so bekommt man deren ungefähren Mitgliederbestand. Wir gewinnen dann folgendes Bild:

	Katholische Fachabteilungen:			
	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Berndgen
	Mark			
1908	18 150	280 888	205 648	122 288
1909	18 590	244 670	260 070	108 587
1910	17 180	229 820	227 026	108 680

	Christliche Gewerkschaften:			
	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Berndgen
	Mark			
1908	260 700	4 394 745	3 550 224	4 513 400
1909	280 000	4 612 920	3 819 304	5 366 388
1910	316 115	5 490 000	4 916 000	6 113 710

Von 17 180 Mitgliedern der katholischen Fachabteilungen fanden also Ende 1910: 316 115 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegenüber. Anzufragen, bis zur Jahresmitte 1911, sind die christlichen Gewerkschaften auf 350 000 Mitglieder angewachsen, während die katholischen Fachabteilungen auch in 1911 nicht nur nicht vorwärts können, sondern im Gegenteil sich weiter in inneren Schwierigkeiten befinden, die auf die zu Weihnachten vergangenen Jahres vorgenommenen Beitragssteigerung und die Reduzierung der Unterstützungen zurückzuführen sind. Der Vermögensbestand der christlichen Gewerkschaften betrug Ende 1910: 6 113 710 Mark, der der katholischen Fachabteilungen dagegen 108 680 Mark.

Mitglieder der Zentrumsgewerksvereine.

Die Hauptzahlen aus der Zentrumsgewerksvereins Statistik teilen wir bereits mit. Nachstehend seien auch die Mitgliederzahlen der einzelnen Vereine angegeben, wobei wir zum Vergleich anführen, daß allein der freigewerkschaftliche Metallarbeiterverband über 500 000 Mitglieder, also über 180 000 mehr hat als sämtliche Zentrumsgewerksvereine zusammen. Aus der nachstehenden Tabelle ist die Stärke der einzelnen Zentrumsgewerksvereine und die Veränderung gegenüber dem Mitgliederstand am Schluß des Jahres 1909 ersichtlich.

Organisation	1909	1910	Zunahme	Abnahme
Bergarbeiter	81 784	82 855	1 121	—
Bauarbeiter	35 465	35 947	182	—
Textilarbeiter	80 451	80 620	169	—
Wärrische Eisenbahner	28 017	28 067	50	1050
Metallarbeiter	24 002	23 961	—	41
Staatl., Gemeinde- u. Verkehrsarb.	13 752	13 800	48	—
Deutsche Eisenbahnhändl. u. Arb.	11 640	11 654	14	8 014
Solzarbeiter	11 312	11 407	95	—
Seimarbeiterinnen	6 476	6 368	—	108
Tabakarbeiter	6 016	7 849	1 824	—
Kleinarbeiter	5 096	6 019	923	85
Lebendarbeiter	4 108	5 107	999	—
Schneider	3 466	3 063	407	—
Malier	3 306	3 610	304	—
Telegraphenarbeiter	3 114	3 207	93	207
Glättenbergbau	2 931	3 045	114	—
Graphische Gewerbe	1 462	1 527	65	—
Kranenpfeleger	1 374	1 378	4	—
Wärrer	1			

So sei hier die bedauerliche Tatsache anzuzeigen, daß nur eine Partei und zwar leider die sozialdemokratische (höst, höst!) entschieden gegen diesen Antrag Front gemacht habe. Die Konsumvereinsmitglieder, soweit sie Anhänger der bürgerlichen Parteien seien, müßten aber endlich entscheiden von den Abgeordneten dieser Parteien fordern, daß sie die berechtigten Interessen der Konsumenten schützen und sich entschließen gegen jede Zangsäuerung der Selbsthilfebestrebungen, im besonderen der Konsumvereine wenden. Trotzdem der Verband selbstbeständiger Konsumvereine politisch und religiös neutral sei (Z. M.), so seien seine Anhänger es doch schuldig, daß sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl denjenigen Abgeordneten, dem sie ihre Stimme geben wollen, fragen, wie er sich zu der Konsumvereinsfrage stelle. Die Detailisten hätten diesen Weg gewählt und die Konsumenten, die mehr Wähler in die Wagschale zu werfen hätten, würden den selben Weg gehen.

Man nahm schließlich die nachstehende Entschließung einstimmig an:

Die heute vom Rheinisch-Westfälischen Konsumvereine „Wohlfahrt“ Offen, einberufene von mehr als 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen den von der verstärkten Handels- und Gewerbe-Kommission des Abgeordnetenhauses angenommenen Antrag, wonach die von den Konsumvereinen in jeder Form gewährten Rabatte als Einkommen versteuert werden sollen.

Die Versammlung verurteilt die Annahme des Antrages um so mehr, als derselbe ein Ausnahmengesetz gegen die Konsumvereine darstellt, da der gleiche Rabatt für andere Genossenschaften sowie der Tabakfabriker steuerfrei bleiben soll.

Sie verurteilt ferner denselben aus dem Grunde, weil die Durchführung des Antrages wiederum eine Versteuerung der Lebensmittel und Wirtschaftsbücherei für diejenigen Volksschichten bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben. (Kaffee, Tabak, Bier, Zündholzpfeifen usw.) Zuletzt protestiert die Versammlung noch mit aller Entschiedenheit gegen die Tendenz des Antrages, der nicht zum Ziel hat, die Konsumvereine einer gerechten Steuer zu unterwerfen, denn das ist heute schon der Fall, sondern dieselben um einer Anzahl Händler willen in ihrem Streben, der großen Volksmasse billige Lebensmittel zu verschaffen, hindern will.

Die Versammlung richtet die dringende Bitte an die vorkommenden Abgeordneten des preussischen Landtages, dem Antrage ihre Zustimmung versagen zu wollen.

Der Vorsitzende des Zentrums-Konsumvereins „Wohlfahrt“, Herr Zentrumsabgeordneter Wislizenus, konstatierte noch ausdrücklich, daß die Resolution einstimmig angenommen sei.

Obwohl sie geladen waren, hatten sich der Reichs- und Landtagsabgeordnete Johann Gieseler und der Landtagsabgeordnete Veil gedrückt mit einem Entschuldigungsschreiben. Herr Jumboch aber — auch ein Landtagsabgeordneter der Zentrumspartei — kühlte sich bewegen, den gemachten Vorkommnissen zuzustimmen.

Die britische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1910.

Nach dem Berichte des englischen Arbeitsamtes bestanden in Großbritannien im Jahre 1910 im ganzen 2233 Genossenschaften verschiedener Art, über die nähere Berichte zu erlangen waren. Ihre Mitgliederzahl belief sich auf 2 507 229, das sind 9,7 Prozent derjenigen Bevölkerung des vereinigten Königreichs, die über 20 Jahre alt ist. Gesamtlage Genossenschaften verfügbaren über 1 008 815 791 Mk. Kapital, bestehend aus Anteilen, aufgenommenen Anleihen und Reservefonds. Von diesen Genossenschaften waren 1430 Konsumgenossenschaften mit 2 400 396 Mitgliedern. Das Kapital dieser Konsumgenossenschaften belief sich auf 768 511 654 Mk. Es ist dabei zu beachten, daß die Anteile bei den Konsumgenossenschaften sehr gering sind, während von den 693 887 310 Mk. Anteilen 623 623 511 Mk. auf die Konsumvereine entfallen. Man sieht aus diesen Zahlen das Ueberwiegen der Konsumgenossenschaftsbewegung in Großbritannien. Alle übrigen Genossenschaften treten ihr gegenüber in den Hintergrund. Insbesondere die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, die in Deutschland so stark entwickelt ist, weist in England fürs erste noch recht kümmerliche Resultate auf.

Die Statistik des britischen Genossenschaftsbundes, die dem Bradford Genossenschaftstage vorgelegt wurde, umfaßt 1557 Genossenschaften gegenüber 1581 im Jahre 1909. Von diesen Genossenschaften gehören 1287 mit 2 520 916 Mitgliedern, das sind 81,3 Prozent der durch die Statistik erfaßten Genossenschaften und 94,7 Prozent der Mitglieder, dem Genossenschaftsbund an.

Von 1557 berichtenden Genossenschaften wird mitgeteilt, daß sie 2 661 700 Mitglieder hatten gegenüber 2 585 293 Mitgliedern im Jahre 1909. Der Zuwachs beträgt demnach 76 407 Mitglieder. Das Anteilskapital ist von 696 876 665 Mk. auf 716 470 890 Mk. vom Jahre 1909 bis 1910 gewachsen. Der Umlauf stieg von 2 221 810 183 Mk. im Jahre 1909 auf 2 276 288 601 Mk. Das Wachstum betrug demnach 54 478 600 Mk. Der Reinertrag vermehrte sich von 245 028 000 Mk. im Jahre 1909 auf 245 306 246 Mk. im Jahre 1910, hiezu also um 279 397 Mk. Von den durch die Statistik der englischen Genossenschaftsbundes erfaßten Genossenschaften sind zwei Großkaufgesellschaften, 1428 Konsumgenossenschaften, 117 Produktionsgenossenschaften, vier Unterstützungs- und Versorgungs- und sechs andere Genossenschaften. Die beiden Großkaufgesellschaften, die englische und die schottische, zählten im Jahre 1910: 1434 Mitglieder, sie hatten ein Anteilskapital von 44 219 510 Mk., die aufgenommenen Anleihen betragen 118 885 064 Mk., die Umläufe 609 840 380 Mk., der Reingewinn 17 186 669 Mk. Die Umläufe erfordern im Jahre 1910 eine Vermehrung von 23 927 508 Mk. Ueber die genossenschaftliche Eigenproduktion wird mitgeteilt, daß 1290 Genossenschaften, und zwar reine Produktionsgenossenschaften, die beiden Großkaufgesellschaften und die Konsumvereine, insgesamt für 417 568 928 Mk. Waren hergestellt haben. Der Wert dieser Waren ist nach dem in Großbritannien üblichen Preisen gerechnet. Insgesamt werden in den Produktionsabteilungen der Genossenschaften 48 738 Personen beschäftigt; darunter 27 011 Männer, 13 788 Frauen und 7341 minderjährige Arbeiter beiderlei Geschlechts, die unter 18 Jahre alt sind. An Löhnen wurde bezahlt 53 721 747 Mk. Die 1557 Genossenschaften, über die in der Statistik des englischen Genossenschaftsbundes berichtet wird, hatten ein Anteilkapital von 716 470 890 Mk., 228 114 380 Mk. Anleihen, 94 987 844 Mk. Reservefonds und 251 395 605 Mk. Warenvorräte. Der Wert des ihnen gehörigen Landes, der Gebäude und Maschinen betrug 338 638 368 Mk., in Wohnhäusern waren 169 074 416 Mk. angelegt, die sonstige angelegten Gelder beliefen sich auf 335 511 514 Mk. Insgesamt waren in den Genossenschaften beschäftigt 122 801 Personen, an welche 145 518 279 Mk. für Löhne und Gehälter bezahlt wurden. Der Reinertrag belief sich auf 245 306 246 Mk. 30 076 230 Mk. dient zur Verzinsung der Anteile. 1 534 059 Mk. wurden an die Arbeiter als Gewinnanteil ausgezahlt. Für Erziehungszwecke wurden 1 806 885 Mk. für sonstige gemeinnützige Zwecke 1 152 008 Mk. verwendet. 219 830 Mk. wurden für Beiträge zu den Zwecken des Genossenschaftsbundes gezahlt.

Das sind Zahlen, an die unsere deutschen Konsumvereine noch bei weitem nicht heranreichen; sie sind aber für uns durchaus nicht unerschöpflich, insbesondere, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das ihre tun, die Konsumgenossenschaften zu fördern, wie es der Dresdner Genossenschaftsverband verlangt hat, werden wir bald auch in Deutschland eine Konsumgenossenschaftsbewegung aufweisen können, die eine ähnliche Macht repräsentiert.

Internationale Rundschau.

Dänische Bergarbeiterverhältnisse. Der „Mijnwerker“ schreibt über die Dänische Bergarbeitervereine (Ghent) für 1910 entnehmen wir: Die Förderung der Dänischen Kohle betrug in 289 Arbeitstagen 287 809 Tonnen gegen das Vorjahr. Die Verkaufsfähigkeit im Berichtsjahre im Durchschnitt 1247 Mann gegen 1206 Mann in 1909. Die Durchschnittsjahresleistung pro Kopf der Belegschaft hob sich im Berichtsjahre von 230 Tonnen in 1909 auf 233 Tonnen. Der mittlere Tageslohn laut im Berichtsjahre jedoch von 4,17 Mk. auf 4,14 Mk., so daß der mittlere Jahreslohn pro Arbeiter 906,48 Mk. betrug, so daß derselbe um 30 Proz. niedriger ist als im angrenzenden Ruhrrevier, wo der mittlere Durchschnittslohn im Jahre 1909 pro Arbeiter 1344 Mk. betrug. Trotzdem daß aus den Arbeitern der Dänischen Kohle eine größere Leistung durch forcierte Arbeit herausgepreßt wurde, wurden ihnen die Gehälter höher bezahlt als im Ruhrrevier. Man bedenke, daß die erhöhte Belegschaftsziffer kein wahres Bild über die unterirdisch beschäftigte Mannkraft gibt, welche doch nur für die eigentliche Kohlengewinnung in Frage kommt, da in der Belegschaftsziffer auch die vermehrte ober-

irdische Belegschaft inbegriffen ist, die beim Grubenbahnhofsombau eingesetzt wurde, so daß der Durchschnittslohn unter dem Lohn von 1909 herabfiel. Trotz erhöhter Leistung, trotz verbesserter Lebensmittel, Mele usw. weniger Lohn!

Die „christlichen Gewerkschaften Österreichs“, Bruderorganisationen der deutschen Zentrumsgewerkschaften, entwickelten sich noch schneller als diese. Seit 1894 arbeiten die antiskandinavischen Christlichen Arbeitervereine unter der Leitung ihrer Gewerkschaften. In diesem Jahre wurde der erste christliche Arbeiterverein in Wien gegründet. Ueber den weiteren Verlauf der Organisationsarbeit wird der „Christlichen Volkszeitung“ berichtet: „Im Jahre 1895 wurde dann der Verlehrsverband der christlichen Eisenbahner gegründet als erster Zentralverband. Die meisten Zentralverbände entstanden dann allerdings erst in den Jahren 1903 bis 1908. Im November 1907 fand die erste Gewerkschaftskongress statt. Damals gab es schon 13 Zentralverbände und 29 deutsche Sozialorganisationen mit zusammen 33 490 Mitgliedern. Der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften Österreichs fand im Jahre 1900 statt. Wie damals berichtet, wurde auf demselben die Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs gegründet; damals gab es bereits 16 Zentralverbände und 27 deutsche Sozialorganisationen mit 40 823 Mitgliedern. Und am 1. Januar 1911 waren der Zentralorganisation angeschlossen: 20 Zentralverbände und 16 Zentralorganisationen mit 46 558 Mitgliedern, wozu zu rechnen sind 8483 Mitglieder der außerhalb der Zentralorganisation stehenden Sozialorganisationen, 6188 Frauenvereine und 26 280 hiesige Mitglieder. Also zählte man am 1. Januar 1911 in Österreich 82 824 organisierte christliche Gewerkschaftenmitglieder. Die der Zentralkommission angeschlossenen Organisationen hatten im Jahre 1910: 536 745 Kronen Einnahmen, ein Gesamtvermögen von 201 408 Kronen. — Der Erfolg ist kläglich zu nennen, wenn man die agitatorischen und die Nachmittage der österreichischen Christlichen Sozialisten bedenkt.

Ungarische Gewerkschaftsbewegung.

Die Zentralstelle der ungarischen Gewerkschaften berichtet: Dem Gewerkschaftsrat (General-Kommission) gehören im Jahre 1910 26 Zentralverbände mit 806 — darunter 87 neugegründeten — Arbeitsstellen und 27 Lokalvereine an. Die Zahl der männlichen Mitglieder betrug 80 901, die der weiblichen 5577. Im vorhergehenden Jahre waren nur 5171 weibliche Arbeiter organisiert. Von den 88 478 organisierten Arbeitern wohnen in Budapest 48 002, in der Provinz 40 476 Arbeiter. — Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften machten 1 792 027 Kronen, die Gesamtausgaben 1 645 508 Kr. aus. Diese verteilen sich wie folgt (in Kronen):

Arbeitslosenunterstützung	313 530,13
Reiseunterstützung	34 384,93
Hilfsleistungen Unterstützung	28 875,34
Rechtschutz	21 118,13
Untericht und Archivar	86 873,00
Krankent- und Sterbeunterstützung	217 375,52
Witwen- und Invalidenunterstützung	140 628,21
Verwaltungskosten	494 369,17
Miete	110 284,25
Agitation, Druckkosten	173 418,18
Zusammen	1 645 508,78

Die ungarischen Gewerkschaften gewähren keine Streikunterstützung; diese wird von den illegalen freien Organisationen verabreicht. Darüber enthält dieser Bericht jedoch keine Daten.

Die Gesamtentwicklung der ungarischen Gewerkschaften in den letzten Jahren als auch ihre Aussenbeziehungen wird in folgender Tabelle veranschaulicht:

	Mitgliederzahl	Einnahmen	Ausgaben
		(in Kronen)	(in Kronen)
1900	41 188	273 650	201 180
1904	53 169	846 820	709 320
1906	71 173	1 191 057	878 357
1908	129 182	1 680 059	1 330 208
1907	130 120	1 944 283	1 619 460
1908	102 054	1 782 100	1 092 224
1909	85 208	1 508 687	1 421 416
1910	86 478	1 792 027	1 645 508

Der Rückschlag in der Gewerkschaftsbewegung wird auf die Krise und auf die behördlichen Verfolgungen zurückgeführt. Bedenkt man jedoch, daß diese beiden Faktoren schon beinahe seit zwei Jahren ausgeglichen sind, dagegen die ungünstigen Erscheinungen sich nach wie vor zeigen, so muß man dem Sekretär des Gewerkschaftsrates, J. Szalai, beistimmen, der nach zur Zeit der Verfolgungen und der schweren Wirtschaftskrise die veralteten Organisationsverhältnisse der ungarischen Arbeiterbewegung als einen der wichtigsten Faktoren des Niederganges bezeichnete.

Knappschaftliches.

Rechnungs- und Vermögensübersicht des Allgemeinen Knappschaftsvereins für 1910.

Das Gesamtkapitalvermögen des Allgemeinen Knappschaftsvereins betrug am 31. Dezember 1910: 175 441 142 Mark gegen 152 448 376 Mark am 31. Dezember 1909. Der Vermögenszuwachs betrug mithin 22 992 766 Mk. Von dem Vermögen des Knappschaftsvereins entfallen auf die Krankenkasse 7 948 869 Mk., auf die Pensionskasse 114 771 700 Mk., auf die Invalidenversicherungskasse 52 566 566 Mk. Die durchschnittliche Zahl der aktiven Mitglieder ist laut Verwaltungsbericht von 348 369 auf 351 180 also um 2709 oder 0,80 Prozent gestiegen. Infolge der Zunahme des Mitgliederbestandes haben sich die Massenabschlüsse des Jahres 1910 in der Krankenkasse und in der Pensionskasse gegenüber denjenigen des Jahres 1909 gebessert, während sich der Massenabschluß in der Invalidenversicherungskasse trotz des Wachstums der Mitgliederzahl noch weiter verschlechtert hat. Die Einnahmen aller drei Kassen zusammen belaufen sich auf 56 144 675 Mk. (im Vorjahre 54 779 824 Mk.), die Ausgaben auf 30 348 017 (28 416 777) Mk., der Ueberfluß beträgt mithin 10 799 659 (16 363 047) Mark. Der Ueberfluß vermehrte sich gegenüber dem Vorjahre in der Krankenkasse um 474 298 Mk., in der Pensions- und Versicherungskasse um 194 385 Mk., verminderte sich in der Invaliden- kasse um 232 072 Mk.

Um sich einen Ueberblick über den Umlauf der Vermögensgegenstände zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß u. a. 185 000 Briefe, 24 000 Pakete, 17 000 Postkarten, 87 000 Stadtbriefe usw. eingegangen sind. Die Zahl der von der Verwaltung ausgehenden Postsendungen stieg auf 452 000 oder auf durchschnittlich 1507 pro Arbeits- tag gegen 1495 im Vorjahre. Die Zahl der Akten hat sich vermehrt von 30 095 auf 58 960 Generalakten und von 148 000 auf 726 000 Spezialakten von 1906 bis 1910.

446 Ärzte waren für die Knappschaft tätig, davon waren 337 Arztärzte. Von den versicherten Krankenkassenmitgliedern bezogen im Jahre 1910: 67,6 Prozent einen Arbeitsdienst von mehr als 5 Mark. Die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen einschließlich der Wurmkrankheiten betrug 223 685, davon infolge Betriebsunfalls 92 390. Von der Krankenkasse wurden für 896 Mitglieder Wadepuren angeordnet, in 271 Fällen zu wiederholtem Male. Die Zahl der Pflanztagelager von 21 555 auf 27 100. Die Dauer der Kur betrug durchschnittlich 30,3 Tage. Die Kosten der Kuren 129 000 Mark oder durchschnittlich 143 Mark.

Die Zahl der Krankengeldbezugstage betrug im Ganzen 4 133 057. Von den Mitgliedern, die sich einer Wadepur unterzogen, wurden 29,5 Prozent als geheilt, 72,7 Prozent als gebessert, der Rest als ungeneigt entlassen. Die Honorare für die Arztärzte betrugen durchschnittlich 4184 Mk., für die Spezialärzte 5419 Mk. Für die Gesundheitspflege erkrankter Mitglieder wurden 16 466 000 Mk. aufgewendet, wovon fast 10 Millionen auf Krankengeld, 3 249 000 Mk. auf Krankenkassenpflegerkosten und 1 860 000 Mk. auf Verzehroratorien entfielen. Die Kosten für den Krankheitsfall betrugen 74,61 Mk. und 3,88 Mk. pro Arbeitstag.

Die Pensionskasse hatte 288 860 Mitglieder. Der Bestand an Invaliden ist von 32 012 auf 33 287 gestiegen. Die Befassung der Pensionskasse ist von 30 000 Mk. in die Höhe gegangen. Die Zahl der Witwen betrug am Schlusse des Jahres 21 340. Es wurden gezahlt 14 825 000 Mk. laufende Unterstützung, 405 000 Mk. Kosten für die Gesundheitspflege der Invaliden, 51 000 Mk. Sterbegeld. Die Invalidenversicherungskasse hatte 15 687 Rentner mit einem Rentenanpruch von 3 177 000 Mk. Die Zahl der Fälle, in denen von der Invalidenversicherungskasse ein Freibriefverfahren eingeleitet wurde, betrug 1311, davon entfielen 596 Fälle auf Lungenerkrankungen. Die Pfeilzeitgezahl betrug insgesamt 71 433.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.
Hochste Mele. Vielfach herrschen hier noch Zustände, welche Anlaß zu Klagen geben und leicht behebbar werden könnten. Wenn die Kumpels vor ihre Arbeit wollen, müssen sie geradzuh durch den Schlamm waten. Es ist fast unmöglich, mit trockenen Füßen die Strecken und Querschläge auf der ersten, zweiten und dritten Sohle zu passieren. Die Beamten wundern sich, daß hier so viel krank gefeiert wird. Ist es doch leicht erklärlich, daß Krankheiten entstehen, wenn die Kumpels die ganze Schicht mit nassen Füßen arbeiten müssen. Es scheint, als wenn hier zu wenig Schichtlöhner vorhanden sind, so daß sie die Arbeiten nicht alle bewerkstelligen können. Auch sind in letzter Zeit fünf Unfallsfälle vorgekommen, wovon einer tödlich und vier schwerer Natur waren. Am Verberfall steht ein Wortschüssel und fast jeden Morgen ein oder zwei Wagen Bierdemit, welche einen nicht lieblichen Geruch verbreiten. Auch könnte beim Schichtwechsel besser für Aussicht gesorgt werden, damit die Pferde nicht so abgetrieben werden oder allein zum Pferdehals kommen und die Hauer mit ihren Geschößtften diesen Weg ohne Gefahr passieren können. Auch herrscht hier ein großer Mangel an Schienen, so daß man oft eine halbe Schicht verpassen muß, um sich solche zusammenzuführen. Die Seilschleifbahnverbindung könnte besser eingehalten werden. Bei der letzten Arbeitszahlung ging es sehr langsam von staten, so daß die Leute ca. 4 Stunde auf ihr Geld warten mußten. Hoffen wir, daß der Herr Betriebsführer recht bald für Besserung sorgt.

Jede Eintracht-Ziehbahn. In Nr. 26 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. Juli d. J. befindet sich auf Seite 5 unter der Überschrift „Jede Eintracht-Ziehbahn“ eine Notiz, welche wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspräsidenten Gesetzes wie folgt zu veröffentlichen ersuchen: „Es ist unerlässlich, daß auf jeder Eintracht-Ziehbahn Arbeiter wegen Vortretens einer elektrisch betriebenen Seilschleifbahn während des Betriebes in Unrecht verhaftet werden sind. Eine elektrisch betriebene Seilschleifbahn ist überhaupt nicht vorhanden, wohl ist eine elektrische Lokomotivförderung in Betrieb, doch sind auch hier Befragungen von Arbeitern wegen verbotswidrigen Vortretens nicht vorgekommen. Die Strecken im Revier des Steinfolienbergwerks Eintracht-Ziehbahn. J. V. G. Gem.-mann. G. Frohwein.“

Jede Qual III und IV. Hier wird über das Verhalten verschiedener Beamten den Arbeitern gegenüber Klage geführt. Steiger K. sagte kürzlich zu einer Kameradschaft im Wellein einer ganzen Anzahl anderer Arbeiter: „Was habt Ihr denn gemacht bis jetzt, Ihr Faulenzer? Das Faulpaß, schämen müßt Ihr Euch, ich werde Euch eine halbe Schicht streichen, drei Mark sollt Ihr bloß haben. Wenn Ihr auf der Nachtschicht nicht Euer Quantum liefert, bestrafe ich Euch oder Ihr könnt nach Hause gehen.“ Wir meinen, eine derartige Mißhandlung, noch dazu in Gegenwart gänzlich Unbefestigter, schließt überes Ziel hinaus, selbst wenn sie gerechtfertigt ist. Aber sie war nicht gerechtfertigt, die Arbeiter hatten ihre Pflicht getan und können für die Fehler der Beamten und die schlechteren Verhältnisse nicht verantwortlich gemacht werden. Und dem Steiger K. wären etwas schickliche Ungehörigkeiten zu empfehlen. Tusch jorliches Auftreten allein kann sich kein Beamter Achtung verschaffen, im Gegenteil werden die Gegenstände dadurch nur verschärft, was im Interesse beider Teile der Arbeiter und Beamten, zu bedauern ist.

Hochste Purl Kravols I. Dieser Schacht ist erst im Ableufen be- griffen und schon in ein Arbeiter getötet und mehrere verletzt worden. Die Stöße werden nach dem Abschießen jedesmal nicht genügend ge- zeitigt, so daß Steine liegen bleiben und nachher herunterfallen und die Arbeiter verletzen; auch von der Mauerabnahme fallen Steine her- unter. So wurde noch am 8. Juli ein Arbeiter dadurch verletzt, während ein anderer nach im Aufbaumange liegend; auch hier schon ein Steiger verletzt worden. Am 10. Juli mußte die Morgenschicht eine halbe Stunde länger arbeiten und zwar ohne ersichtlichen Grund, so daß die Arbeiter, als sie herauskamen, ihren Anschlag nicht mehr erhielten und den weiten Weg zur Besse am Abend Morgens extra laufen mußten. Am 11. Juli mußte ein Drittel zwei Stunden länger arbeiten und zwar so lange, bis alle Vorkämpfer tief waren und abgeschossen werden konnten. Das andere Drittel wartete indessen an Tage. Die Ueberstunden wurden nicht vergütet. Die Löhne stehen zu der schweren, gesundheitschädlichen, nassen, sehr gefährlichen Arbeit und dem großen Verschleiß an Kleidern, Stiefeln, Gummizug usw. in keinem Verhältnis. Bis zu 6,65 Mk. pro Schicht verdienen aus Arbeiter, welche nicht so falsche, aufreibende Arbeit verrichten.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Grube Gllückauf (Sonderhausen). Was eine gute Organisation für Wert hat, können die Arbeiter von Glückauf jetzt täglich sehen. Waren früher sehr viele Mißstände vorhanden, so ist jetzt, nachdem ein Teil der Arbeiter sich dem Verbands angegeschlossen hat, die Werk- stellung bemüht, die Mißstände einigermaßen abzuschaffen. Früher z. B. wußte kein Mensch etwas von einem Arbeiterausfluß. Jetzt hat die Werkleitung einen wachen lassen. Daß nun nichtorganisierte Leute gewußt worden sind, lag nicht an der Werkleitung, sondern an den Arbeitern selber. Diejenigen haben sich benommen wie Kinder, die den ersten selbständigen Schritt tun, zaghaft und ängstlich. Nur ja keinen in Vorschlag bringen, der den Beamten mißlieblich werden könnte. Und so ist es gekommen, daß zum Teil Leute gewählt wurden, die eigentlich gar keine Arbeiter, sondern Beamte sind. Nun, der erste Schritt ist getan, werden wir es das nächste Mal besser. Als dahin haben wir noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten, um den Kameraden beizubringen, daß sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben. Eins möchten wir die Direktion noch fragen: Wie kommt es, daß in der Fabrik kein Vertrauensmann gewählt worden ist? Ist da nicht daran gedacht worden oder wird da noch etwas gemacht? Wir hoffen das letztere. Auch hat die Direktion sich ein- gesehen, daß die Löhne zu niedrig waren und hat die Schichtlöhne der Förderleute um 30 Pf. aufgebessert, so daß jetzt 3,80 bis 3,90 Mk. verdient wird. Wir müssen ja sagen, daß auch das noch kein ge- nügender Lohn für Arbeiter unter Tage ist, müssen uns aber vorläufig damit zufrieden geben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir aber die Direktion darauf aufmerksam machen, sich die Lohngatteln der Fabrik- arbeiter einmal anzusehen. Die sehen nämlich aus, als ob hinter jedem Arbeiter ein Aufseher stünde, der die Arbeiter kontrollierte, wieviel jeder Arbeiter die Werkstunde leistet, um danach zu bezahlen. Ta finden wir, daß die Schichten folgendermaßen bezahlt werden: 2,5 Schicht mit 3,04 Mk., 0,05 Schicht mit 4,08 Mk., 12,05 Schicht mit 3,24 Mk., 0,25 Schicht mit 4,73 Mk. usw. Wir können doch nicht gut glauben, daß die Arbeiter eine halbe Stunde fleißig, die andere halbe Stunde faul sind. Wir müssen da unbedingt verlangen, daß auch den Arbeitern in der Fabrik ein gleichwertiger und anständiger Lohn gezahlt wird. In den beiden Grubenbetrieben, des Brüggemann- schachtes und des Petersenschachtes, wird noch über einige Steiger ge- klagt, daß sie Leute auf alle mögliche Art und Weise schikanieren. Wir wollen heute keine Namen nennen, wollen aber den Herren ans Herz legen, dies in Zukunft zu unterlassen. Denn dadurch wird doch ganz gewiß das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Beamten nicht gefördert. Dann ist auf dem Brüggemannschacht noch ein Fuhr- hauer, welcher die Arbeiter immer noch zu sehr nach Gunsten verteilt. Wir hoffen, daß auch das geändert wird. Euch aber, ihr Nichtorganisierten, rufen wir immer wieder zu: Nehmt euch ein, besprecht an euren Kameraden, welche sich dem Verbands angeschlossen haben und auch für eure Rechte mit eintreten. Sagt euch nicht, euer kameradschaftliches Gefühl, daß ihr miterleidet, wo andere gefaßt haben? Wollt ihr miterleiden, müßt ihr auch mitfaßen und auch Mann für Mann dem Verbands anschließen. Verträumt eure freie Zeit nicht hinter Bierstühlen und Schnapsputzen. Laßt euch unsere Zeitung geben und lest dieselbe aufmerksam durch, denn werdet ihr finden, wo eure Freunde sitzen, nämlich im Verband der Bergarbeiter. Eignet euch Wissen und Bildung an, diese beiden Eigenschaften machen euch aus dem Sklaven den freien Mann.

Saargebiet und Reichslande.

Schacht August Thünnen. Vor kurzem haben die Arbeiter auf diesen Schacht getreift und zwar infolge ihrer Einigkeit mit Erfolg. Die Gummianzüge haben die Arbeiter bisher noch nicht erhalten, aber sie sollen bald kommen. Also abwarten! Solange das Gefrier- verfahren beim Abteufen angewandt werden mußte, erhielten die Arbeiter alles, was sie bei der Arbeit brauchten, von der Firma Thünnen geliefert. Jetzt, wo das nicht mehr notwendig ist und nicht mehr mit Tünnings, sondern mit Mägen ausgebaut wird, liefert Saar und Hof das Material. Zunächst reicht nun schon die Förder- maschine für die neuen Verhältnisse nicht mehr aus. Der Maschinen-

soll aber die Steine herausfordern, was nur auf Kosten der Sicherheit des Betriebes möglich ist. Stimmal ist sogar der Hindernis bedarf abgegolten. Schon wiederholt vorher ist die Maschine besetzt geworden, aber nicht so schnell wie diesmal. Diesmal müßte gefeiert werden. Nur der Geistesgegenwart des Maschinenführers ist es zu verdanken, daß der Mangel nicht in die Tiefe faßte und dort Verderben anrichtete. Sollte man die alte Maschine schon längst in den Schrott geworfen, wohin sie gehört, könnten der Verwaltung diese trüben Erfahrungen gespart werden. Während des Streiks haben die Arbeiter in einer Versammlung die Mängel dieser Maschine eingehend besprochen und der Gesellschaft Saar und Mosel zur Kenntnis gebracht, aber ohne Erfolg. Öffentlich beachtet man jetzt die Proteste der Arbeiter, bevor ein Unglück geschieht. Beschäftigt das nicht und passiert ein Unglück, müßte in diesem Fall die Gesellschaft auch strafrechtlich dafür verantwortlich gemacht werden. Jeden Monat sollen laut Kontrakt 60 Meter fig und fertig abgeteuft werden. Das mag vielleicht mit den modernsten Einrichtungen, wie sie auf großen Becken angewandt werden, möglich sein, hier geht es aber nicht, trotz allem Dampflokalitäten. Dadurch wird nur die Sicherheit des Betriebes gefährdet und sollte die Behörde doch einmal hier ebenfalls Umschau halten. Im Schacht hängt eine elektrische Lampe, deren Kabelbruch, soweit er von Saar und Mosel geliefert ist, nicht genügend isoliert ist. Es besteht große Gefahr, daß Arbeiter, welche damit in Verbindung kommen, verletzt oder getötet werden. Auch wird das Schußglas, wenn es zerbricht, nicht gleich erneuert, obgleich das Schloßgehäuse schon lange angeholet ist und Schlagwetter entstehen können. Stimmal gab es im Schacht sogar einen Funkenregen, als der von Saar und Mosel gelieferte Kabelbruch durchbrannte. So etwas dürfte in einem geordneten Betriebe doch gar nicht vorkommen. Dann müßten die Arbeiter mit den großen Karbidlampen arbeiten, die zum Feststellen von Schlagwetter gar nicht zu gebrauchen sind. Es besteht Gefahr, daß etwa auftretende Schlagwetter durch diese Lampen angezündet werden können. Auf alle Fälle ist hier mehr Voracht am Platze. Ingedacht ist aber auf alle Fälle die Frage: Warum kann die Saar- und Moselgesellschaft nicht das gleiche Material liefern, wie die Firma Zehner? Mit gutem Material läßt sich auch gut arbeiten, durch schlechtes Material wird nur die Sicherheit der Arbeiter und des Betriebes gefährdet. Das dürfte den jetzt maßgebenden Herren doch auch einleuchten.

Saar- und Moselgruben. In punkto Arbeiter- sowie Tierschutz steht es hier bei dieser Bergwerksgesellschaft sehr mau aus. Auf Schacht August Thymen, welcher von der Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Gamborn) abgeteuft wird, stellt die Saar- und Moselgesellschaft die Liebertagsarbeiter. Diese armen Kerls müssen nun 12 Stunden arbeiten, ohne eine Pause einzubringen, was doch auf jedem Werke üblich und gesetzlich eingeführt ist. Auf Beschwerde beim Inspektor sagt dieser einfach: „Ihr habt doch Viehhäupten“. Diese Viehhäupten, welche nur vorkommen, wenn unten im Schacht gehohlet wird, werden aber durch das Antreiben seitens des Steigers lang damit ausgeführt, daß die Arbeiter Ringe und Verzugsbreiter beifahren müssen. Mitbin ist es doch keine Pause. Das schönste dabei ist aber, daß sogar ein Junges von 14 Jahren bei dieser Arbeit mit beschäftigt ist. Ein Kind von 14 Jahren ohne Pause 12 Stunden in Arbeit! So, wie es hier aber den Arbeitern geht, so geht es auch den Tieren. Hier ist ein Pferd im Schacht beschäftigt, welches die Steine nach der Halbe bringen muß. Dieses Tier ist am Schacht Tag und Nacht in Tätigkeit, mit Ausnahme wenn gehohlet wird. Das Bohren dauert zwei bis drei Stunden, dann geht die Förderung wieder los und auch die Tätigkeit des Pferdes sowie der Liebertagsarbeiter. Iherstall heißt es, nur die Pferde (schonen, aber hier geht es dem Pferd ebenso, wie den Mannschaften über Tage. Nur immer drauf! Auch untertage werden von den Arbeitern Klagen geäußert. Auf Schacht VI wird sogar an schlagwettergefährlichen Betriebspunkten geschossen. Es wurden förmlich im Revier II drei Schüsse auf einmal abgeaten. Als sich der Quaal verzogen hatte und die Arbeiter vor die Arbeit gingen, zeigte sich, daß alles voll Schlagwetter hand. Wie leicht hätte da ein großes Unglück passieren können? Wir sind der Meinung, daß an solchen gefährlichen Betriebspunkten das Schießen unter allen Umständen eingestellt werden müßte. Trinkwasser und Traghähnen fehlen ebenfalls. Auf Schacht V konnte auf der 888-Meterhöhe im Schacht Hugo nicht gefahren werden, weil es Karabollage gegeben hatte. Nun müssen die Arbeiter alle zum Schacht V, wodurch eine große Unordnung entsteht. Der Schachtsumpf liegt voll Wasser und muß jede Etage des Korbes zweimal umgeseht werden, einmal für den Ein- und einmal für die Ausfahrten. Den Beamten geht das zu langsam, weshalb sie die Leute auf zwei Seiten ein- und aussteigen lassen, was aber mit großen Gefahren verbunden ist. Es bastet nur eines Feuertritts und ein Arbeiter kann in den Schacht stürzen. Größere Voracht ist daher dringend geboten.

Wie soll das werden?

Als Kameradentreiben wird uns geschrieben: Unter dieser Ueberschrift bringt unser Verbandsorgan Nr. 28 vom 15. Juli einen Artikel, der wichtig genug ist, daß sich die einzelnen Kameraden dazu äußern. Ganzelc es sich doch um die große Frage, ob, besser gesagt, um die Lösung des Problems, wie der Verband am besten vorwärts gebracht werden kann.

Wer den Kaufmarsch der verschiedenen Verbände innerhalb der freien Gewerkschaften in den letzten Jahren beobachtet hat, der kann verstehen, warum wir als Bergarbeiter mit der Entwicklung unseres Verbandes unzufrieden sein müssen. Und doch liegt zum Verzagen kein Grund vor. Es ist in den letzten Jahren im Verbande doch nicht rückwärts, sondern vorwärts gegangen. Also kann es sich nur um die Beurteilung der Frage handeln, warum wir nicht besser voran marschieren. Dieser Gesichtspunkt hat gewiß auch den Schreiber des angelegenen Artikels bei seiner Arbeit geleitet. Die „Kölnische Ztg.“ mag sich darum beruhigen, vom „Zammern“ haben wir in dem Artikel nichts gemerkt und wenn sich das Organ vor Erläuterungen kaum zu lassen weiß, weil der Artikelhreiber verblüffende Angaben über den starken Mitgliederwechsel in den Bergarbeiterverbänden macht, so beweist das nur, daß die „Kölnische Zeitung“ von den Rechnungslegungen (Jahresberichten) der Verbände keine blasse Ahnung hat. Denn sonst müßte das Organ wissen, daß schriftlich wie mündlich der Verband seine Anschauungen und Bedenken über den starken Mitgliederwechsel und seine Ursachen recht oft dargelegt hat. Doch sehen wir uns die Entwicklung des Bergarbeiterverbandes in den letzten Jahren näher an. Es betrug:

Mitgliederzahl (am Jahresbeginn)	die reinen Beitrags-einnahmen
1905	1 189 585,88 Mfl.
1906	1 587 836,46
1907	1 690 406,10
1908	1 792 068,75
1909	1 817 551,30
1910	2 122 877,66

Das Jahr 1905 war ein außerordentliches. In dasselbe fällt der Streik der Ruhrbergleute, der die Mitgliederbewegung und damit auch die gesamten Beitrags-Zehnermaßnahmen fast beeinflusste. Auch wurde in diesem Jahr erst die Beitragserhöhung von wöchentlich 20 Pf. auf wöchentlich 40 Pf. vorgenommen. Diese Beitragserhöhung wirkte gleichfalls fast auf den Mitgliederbestand ein. Erst im Jahre 1906 fehlten allmählich normale Verluste an. Wir können also nicht umhin, dieses Jahr als das Auswahrsjahr der letzten Entwicklung des Verbandes aufzufassen.

Vom Ende 1906 ab bis Ende 1910 stieg nun die Mitgliederzahl um 13 130, d. i. um 1,8 Prozent, die Beitrags-Zehnermaßnahmen stiegen aber um 545 041,20 Mfl., d. i. um 34,3 Prozent! Die letztere Erhöhung macht sich bei Beurteilung der Mitgliederentwicklung um etwas, da im Jahre 1910 von einem Teil der Mitglieder fast 40 Pf., 50 Pf. Wochenbeitrag gezahlt wurde. In welcher hat sich die Beitrags-Zehnermaßnahme um rund ein Drittel gegen das Jahr 1906 erhöht! Wer die Steigerung der Mitgliederzahl beziffern will, muß in erster Linie die Beitrags-Zehnermaßnahmen ins Auge fassen. Hierbei gelangen wir, wie wir schon zu einem anderen und besseren Ergebnis, als wenn wir uns nach den Angaben über die bloßen Mitgliederzahlen richten. Wir wissen sehr wohl, daß der Verband in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr einen Teil der Reitannten, die früher unsere Mitgliedsbücher als Wallast dienten, ganz ausgeschaltete. Andererseits ist auch die Beitrags-Zehnermaßnahme gegen früher Jahre besser geworden, es sind Neuzugangskameraden gekommen, die in der Mitgliederbewegung wegen der Reitannten nicht von der Statistik erfasst wurden, so daß der eigentliche Zuwachs bedeutend höher ist, als wie es sich in den angegebenen Mitgliederzahlen seit 1906 ausdrückt. Wenn wir annehmen, daß sich die Mitgliederzahl seit 1906 um 20 Prozent erhöht hat — wir gehen eher zu niedrig, als zu hoch — so bleibt immer noch die Tatsache bestehen, daß der Verband durch

regelmäßige und ordentliche Beitragszahlungen der Mitglieder nicht nur in die Breite, sondern auch, wie man sagt, bezüglich der Tiefe gewachsen hat. Der Fortschritt zeigt sich allenthalben. Für den Bestimmungspunkt, es da in unseren Reihen keinen Raum geben.

Wir uns kann es sich, wie oben angebeutelt, nur um die Frage handeln: Warum kamen wir nicht schneller vorwärts und was ist zu tun, um den Verband besser zu haben? Auf einiges, was die erste Frage beantwortet, ist schon in dem Artikel „Was soll das werden?“ hingewiesen worden. Die gewaltige Fluktuation, der Mangel an Solidarisitätsgefühl, der Gang, vieler Kameraden zum Gahern und Börgeln und die Beitragfrage sind, wie der Verfasser hervorhebt, mit Recht Momente, die in die Entwicklungsgeschichte einer Organisation hineinfallen und diese Entwicklung ungünstig beeinflussen. Keiner wird leugnen können, daß die Beitragserhöhung im Jahre 1906 dem Verbands- und Mitgliedsbeitrag hat und nicht minder auch der vom Verbands- und Mitgliedsbeitrag hat, der trotz alledem dem Verbands einen hübschen Betrag einbracht hat. Jede Beitragserhöhung hat Mitglieder gelöst. Mit dieser Eventualität rechnen ja alle Verbände. Die erhöhte Leistungsfähigkeit, die aber die Schwanfenden wieder zurück, wenn sie die Erfolge sehen, die die Organisation dann aufzuweisen hat. Das zeigt sich in anderen Organisationen viel mehr als bei uns. Wir stehen erst in den Kinderschuhen jener Kämpfe, die uns dauernde Erfolge sichern sollen und vieles werden wir noch tun müssen, um unseren wirtschaftlichen Gegnern größere und dauernde Erfolge abzutragen zu können. Diese Erfolge der Organisation sind dann das beste Arbeitsmittel für das Wachstum der Organisation. Diese Erfolge zu erzielen, wie das in vielen anderen Berufen der Fall ist, daran hindert uns noch die mächtige Unternehmeropposition und die heillosen Werte der Bergarbeiterperspektive. Was Artikelhreiber über unsere Schwäche den Unternehmern gegenüber zu sagen hat, ist also nur zu unerschrocken. Was wir bisher erzielt und erlangt haben, ist der Stärke angemessen gewesen, die wir im Kampf in die Waagschale werfen konnten. Sorgen wir für Mitgliedererwerb, um so sicherer ist uns die Zukunft, um so größer werden die gewerkschaftlichen Erfolge nach jeder Richtung hin sein und eine Reihe von Ursachen, die heute noch die Organisation in ihrer Entwicklung hemmen, werden wir überwinden und wir werden sie von selbst verschwinden sehen.

Auf eine Anzahl weiterer Momente, die der Entwicklung des Verbandes hindern im Wege stehen oder die den Verband fördern können, sei noch hingewiesen. Da haben wir zunächst das Milieu der Bergarbeiterbevölkerung vor uns, ihre Anschauungen und ihre Veranlagung. Zwei Drittel der Bergarbeiter in Deutschland bekennen sich zur katholischen Religion, kein anderer Beruf weist den hohen Prozentsatz von Katholiken auf, wie die Bergarbeiter. Nicht daß der Katholizismus die Bergarbeiter vor dem Eintreten in die freien Gewerkschaften schützt. Das glauben die christlichen wie katholischen Arbeiterführer auch in den gegnerischen Organisationen nicht mehr. Noch kürzlich gab das Organ der katholischen Arbeitervereine in Süddeutschland zu, daß mehr katholische und religiöse veranlagte Arbeiter in den freien Gewerkschaften ihre Aufnahme gesucht und gefunden haben, als in den christlichen Gewerkschaften! Aber auch christliche Gewerkschaften haben anerkannt, wie schwierig es ist, in sogenannten katholischen Bezirken die Arbeiter zu organisieren. Dem Organisationsgedanken, besonders wie wir ihn propagieren, stellen sich harte Vorurteile gegenüber und es ist daselbst ein Gang zum Fanatismus vorhanden, wie wir ihn in evangelischen Streifen nicht vorfinden. Diese Vorurteile und der Fanatismus sind die Früchte einer Erziehung, die dem Gewerkschaftsgedanken feindlich gegenüber steht. Es ist nicht nötig, das näher auseinanderzusetzen. Wir konstatieren lediglich die Tatsache, daß der religiöse Moment in der Bergarbeiterbewegung wie nirgendwo anders eine Rolle spielt. Daß ohne das Übergewicht der katholischen Bevölkerung der christliche Gewerkschaft überhaupt nicht zu der heutigen Stärke kommen konnte, ist wohl allen klar.

Dann spielt eine Rolle mit die Fremdenbewegung. Im Ruhrbezirk allein sind 80 000 Ausländer. Wenn wir uns fragen wollten, ob man bei der Agitation in diesen Reuten genügend Rücksicht auf ihre Eigenart, auf ihre Nationalität genommen hat, dann wird die Antwort nicht in ganz wünschenswerter Weise ausfallen. Freilich sind die Schwierigkeiten nicht zu verkennen, die hier einer gründlichen Agitation im Wege stehen. Aber es muß mehr gesehen, um an die ausländischen Kameraden heranzukommen. Dann zählen wir rund 180 000 Arbeiter, die dem Ofen unseres Reiches entstammen. Sie kamen aus Gegenden, zu uns, wo von einer Organisation der Arbeiter nichts zu spüren war und wo sich alle bösen Folgen des Fehlens einer Arbeiterorganisation zeigen. Viele Kaufleute von ihnen stehen treu zu unserer Fahne, sie selbst wissen, wie die im Ruhrbezirk geborenen Arbeiter, wie schwer es ist, mit dem Organisationsgedanken bei den zugewanderten durchzubringen. Zu einem großen Teil sind die zugewanderten im Ruhrbezirk als Liebertagsarbeiter beschäftigt, für die ganz andere Agitationsmethoden am Platze sind, wie sie angewendet werden bei den Arbeitern unter Tage. Zwischen Arbeitern über und unter Tage besteht eine Scheidung, die im Interesse der Organisation je eher, desto besser ganz verwischt werden möchte. In den Zahlstellen des Verbandes sollte den Liebertagsarbeitern mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sie sind bei planmäßiger Agitation noch launende, von Mitgliedern zu gewinnen. Wie es überhaupt notwendig ist, die Eingewanderten und Tagesarbeiter mit in die Führung der Zahlstellen zu dirigieren. Das müssen Kameraden sein, von denen man weiß, daß sie bei ihren Landsleuten und Arbeitsgenossen in großer Achtung stehen. Wo Eingewanderte mit Einheimischen Hand in Hand arbeiten, da müssen ja Mittel und Wege gefunden werden, die Organisation vorwärts zu bringen. Vor allen Dingen müssen so fort nach Zugung der fremden Kameraden diese auf die Organisation aufmerksam gemacht werden. Das muß dem Verband, wie den zugewanderten.

Wenn sich der Verband weiter die Frage vorlegt, was er getan hat, um in die uns bisher noch verschlossenen Gebiete einzudringen, dürfte die Antwort nicht ganz befriedigend ausfallen. Gewiß ist vieles geschahen, aber dennoch nicht genug. Das ist kein Vorwurf, da für die Agitation und Organisation nie genug getan werden kann. In Obersachsen, im Rheinland, in Lothringen, Helfen sind nahezu 200 000 Bergarbeiter, die keiner Organisation angehören. Immer dringender wird die Frage, was geschahen muß, um auch diese Leute für uns zu gewinnen. Die gegnerischen Organisationen machen die größten Anstrengungen, um Boden zu fassen. Der Verband darf da nicht zurückbleiben, auch wenn die Opfer noch bedeutend größere werden, als sie schon gebracht worden sind. Möglich ist, in den schwierigen Gebieten die freigestellten Beamten, wo mehrere nebeneinander wirken, zusammenzugleichen, um so die Arbeiten übersichtlicher und intensiver gestalten zu können.

Dann muß die Jugend besser herangezogen werden. Wir dürfen da dem christlichen Gewerbeverein nicht den Vortritt lassen. Er wird ja unter Benützung aller Kräfte, die den Christen zur Verfügung stehen, jetzt an die Jugend herantreten. Der Verband muß ihm jagen: Hände weg! Die Bedingungen, unter welcher die Jugend dem Verbands beitreten kann, müssen noch erleichtert werden, wie das auf der letzten Generalversammlung des christlichen Gewerbevereins vorgelesen ist. Wir dürfen eventuell nicht einmal bis zur nächsten Generalversammlung warten, wenn es gilt, die Jugend vor dem Eintritt in die Streikbrecherorganisation zu schützen. Vor allen Dingen müssen die Eltern und Brüder der jugendlichen Arbeiter besonders aufmerksam gemacht werden, auf die letzteren zugunsten der Organisation einzuwirken. Jede Zögerung kann uns nur schaden. Die älteren Kameraden müssen schon an der Arbeitsstelle an die Jugend heran. Das macht gewiß Arbeit. Aber nicht nur deswegen sondern auch aus anderen Gründen heraus sollten die in den Zahlstellen im Vordergrund stehenden Kameraden alle Heranzetzung ihrer Kräfte möglich zu werden. Sie sollen ihre Kräfte nicht in der leider noch vorherrschenden Vereinämeerei aufzuwenden und aufreiben. Wer gewerkschaftlich und politisch seinen Mann stehen will, hat in den beiden Richtungen geradezu Arbeit genug. Wer überall dabei sein will, der schafft nichts, ganzes, nichts, halbes. Eine gründliche Agitationsarbeit ist so schwierig, daß auch auf die Verteilung der Arbeit geachtet werden muß. Das Beträumen von Mannern, bezgl. Straßenmänerziehen muß mehr ausgedehnt werden und vor allen Dingen darf die Agitation von Mund zu Mund, die Haus-agitation, nicht erlöschen. In den Zahlstellen, wo die Hausagitation nicht planmäßig und nicht defizienter im Jahre vorgenommen wird, da hat man es unterlassen, das wirksamste Mittel zur Ausbreitung des Verbandes anzuwenden.

Hindernisse für die Organisationen bilden auch noch vielfach die Frauen. Oft sind diese nur die Opfer geistlicher oder berufsmännlicher Verheerung oder es ist Unkenntnis über die Bedeutung der Organisation. Da ist auch viel Aufklärungsarbeit nötig, die aber nur dann ein Mann wirksam vollführen kann, wenn er selbst so dasteht, daß er die Achtung der Frau besitzt. Die Organisation sollte niemals den Grund zu schieflicher Würdigung abgeben. Nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Familienvater hat der Mann die Pflicht, der Organisation anzugehören. Das ist, was überzeugend der Frau beigebracht werden muß. Erkennt die Frau diese Pflicht des Mannes an, dann geht die Arbeit für die Organisation doppelt leicht von statten. Die Fragen und Forderungen, die die Bergarbeiter angehen, gehen auch deren Frauen an. Also an Stoff zur Aufklärung der Frauen mangelt es nicht.

Hindern im Wege stehen der Ausbreitung der Organisation wirtschaftliche Krisen, die schwere, überwindende Arbeit, das Uebersehen in ungesunden und viele andere Dinge, auf die wir hier nicht eingehen wollen. Fördern kann dann die Organisation die gründlichste Aufklärungsarbeit in Versammlungen und durch Schriften. Wer sich über das Wesen der Organisation klar ist, über ihre Aufgaben und Ziele, wer die Erkenntnis über die Notwendigkeit der Organisation in sich eingefogen hat, der verläßt seinen Verband nicht. Er ist es, der mit die Kerntruppe bildet, an der alle Stürme, alle Leiden vorübergehen, ohne daß er wankt. Diese Kerntruppe des Verbandes in die Höhe zu bringen, ist mit eine Lebensaufgabe für unsere Organisation. Gute Vorträge in den Versammlungen, Heranziehung tüchtiger Kräfte zur Agitation, wobei nicht nur auf Sachliche gesehen zu werden braucht, wozumöglich auch mehr Kurse für besonders Lernbegierige, Herstellung und Verbreitung von Schriften belehrenden Inhalts und schließlich immerfort die Mahnung, das Verbandsorgan zu lesen. Alles das dient zur Förderung unseres Verbandes.

Wir wissen, es sind keine neuen Vorschläge, die wir machen. Längst ist auf dieses und jenes hingewiesen worden. Aber es kann nur nützen, wenn immer wieder auf die Mittel hingewiesen wird, die erfahrungsgemäß den Verband vorwärts zu bringen vermögen. Dabei brauchen nicht die Schwierigkeiten, die der Agitation und Organisation im Wege stehen, vergessen werden. Die Schwierigkeiten mehr und mehr erkennen lernen, ist nötig, um an ihre Überwindung heranzugehen. Uns darf kein Hindernis zu groß sein, wir müssen es nehmen. Wir müssen vorwärts, den Feinden zum Trutz und dem Bergarbeiterstand zum Nutzen! Wir kommen vorwärts, wenn alle, die zu uns stehen, ihre Pflicht als organisierte Arbeiter erfüllen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht durchführbar.

Am 11. Juni hat der Bezirksleiter des Zentrumsgewerbevereins, Fiege, Dortmund, in Ofken bei Datteln eine Rede gehalten, worin er behauptete, die größten Feinde des freien Arbeitsvertrages seien nicht die Vergherrn, sondern der Bergarbeiterverband und die Unorganisierten. Ebenso merkwürdige Theorien entwickelte er über den Sozialismus und die Folgen einer Verkürzung der Arbeitszeit. Er sagte:

„Der Sozialismus erstrebt die Verkürzung der Arbeitszeit. Das ist aber nicht durchführbar. Wenn die Arbeitszeit z. B. um ein Drittel verkürzt wird, so wird auch die Produktion in gleichem Maße verringert. Folglich wird die ganze Welt an Produktionsmangel leiden; dann werden die Arbeiter im Winter erfrieren, weil sie nicht genug Kohlen zum Heizen bekommen. Auch der Eisenbahnbetrieb wird stocken, infolge dessen werden in den verschiedenen Gegenden nicht Lebensmittel genug vorhanden sein und die Arbeiter müssen im Zukunftsstaat hungern und entbehren.“

Merkwürdig, wie sich im Kopfe eines solchen M.-Glabbacher Dreimonatsprofessors die Welt dreht. Noch mehr muß man sich wundern, daß die christlichen Arbeiter sich diesen ungläubigen Köhnl nicht nur anhörten, sondern auch noch Beifall klatschten. Es ist eben nichts zu dummi, es findet sein Publikum. Führer und Geführte sind sich ebenbürtig.

Das zeigte sich ja auch bei allen früheren Gelegenheiten. Während des Streiks der Bauarbeiter im schwarzen Kreise Buntinghauser im Juni, traten in einer Versammlung der Streikenden die christlichen Sekretäre Petri und Fiege aus Dortmund als Referenten auf.

In dem Bericht über diese Versammlung heißt es in der zentralistischen „Tremonia“:

„Petri und Fiege betonten, daß der Kampf nicht hätte kommen müssen... An höheren Löhnen sei noch kein Gewerbe zugrunde gegangen. Der Wohlstand der ganzen Bürgerschaft würde sich heben bei größerer Entlastung der Arbeiter.“

Diese Erklärung gewinnt an Interesse, wenn wir einige kleine Er- innerungen wachrufen. Als die Ruhrbergleute Ende des vergangenen Jahres in eine Lohnbewegung eintraten und ihre Lohnforderungen stellten, und diese in ähnlicher Weise begründeten, da fiel die ganze christliche Sippchaft und auch die „Tremonia“ über die Forderungen der drei Bergarbeiterverbände, die gemeinsam in die Lohnbewegung eingetreten waren, her. Geordert waren 15 Prozent Lohnhöhebung, ungefähr die Summe, um die der Lohn der Ruhrbergleute in zwei Jahren gesunken war. Selbstverständlich wären die Bergarbeiter fast geweinen, wenn schon ein erheblicher Teil der genannten Forderungen bewilligt worden wäre. Daß es nicht geschah, ist mit auf das Schuldbüchlein der Christen zu schreiben, die den Grubenbesitzern gegen die Bergarbeiterverbände zu Hilfe eilten und die Lohnbewegung zer- splitterten.

Der Generalsekretär des Zentrumsgewerbevereins, Herr Fiege, der früher internationalen Generalsekretärs propagierte, führte am 11. Dezember 1910 — laut Bericht der „Köln. Volksz.“ — aus,

„daß in der Erwartung einer Ablehnung der Forderungen man sich bei den drei Verbänden wohl auch gar nicht einmal der Mähe unterzogen habe, über die materielle Tragweite einer 15prozentigen Lohn- erhöhung nachzudenken!“

So höhnte der einseitige Vorkämpfer der Siebenerkommission, der Brand- und Generalsekretär über die Lohnbewegung der Ruhrbergleute. Das hatte selbstverständlich die unteren Sekretäre des Gewerbevereins nicht schämen lassen, sie tuteien Effer nach. Unter diesen Nachlässern bestand sich auch Herr Fiege. Neber eine Versammlung in Süd- fliche n (Ruhrland), in der Fiege als Referent während der Lohn- bewegung der Ruhrbergarbeiter auftrat, wußte die zentralistische „Buntinghauser Zeitung“ zu berichten:

„Der Bezirksleiter (Fiege) wies noch die Unmöglichkeit der 15pro- zentigen Lohnhöhebung bei der jetzigen Konjunktur, wie sie von Seiten des sozialdemokratischen alten Verbandes verlangt wird, nach (!). Er beleuchtete den schweren Kampf, den unsere Kohlen- industrie noch um wichtige Abgabegebiete ausfechten müsse, den sehr unglücklichen Umstand, daß die großen Werksanlagen eben infolge dieser noch nicht ausgelasteten Konkurrenz bei weitem nicht voll aus- genutzt werden können, sich also auch noch nicht so rentieren, wie es später der Fall sein wird (!). Dann wird der Zeitpunkt gegeben sein, sich mit den Industriellen über Lohnhöhebungen zu- verständigen (!!). Die Lage der Ruhrkohlenindustrie sei also durch die Unsicherheit über die Erneue und des Kohlenhandels heute ganz und gar ungeeignet zu einer Lohnbewegung (!!).“

Ein Vergleich zwischen den Darlegungen Fiegens in Südrhein- und dem von der „Tremonia“ gegebenen Bericht über die Bauarbeiter- versammlung, in der gleichfalls Fiege auftrat, zeigt also deutlich, mit welcher Konsequenz die Zentrumsgewerbevereins-Sekretäre zu ar- beiten belieben. Eine Lohnhöhebung von 15 Prozent ist unmöglich, der Bergbau führt einen schweren Kampf (wie die ruhigsten Gewin- neigerungen zeigen!) A. Red.). Wileb dem Fiege wirklich nicht in der Bauarbeiterversammlung die Zunge steif stehen, als er den Bau- arbeiter-plausibel machte, daß eine Lohnhöhebung nicht einmal Bau- unternehmer zugrunde richte? Man müßte meinen, die Zentrumsgewerbevereins-Sekretäre müßten sich schämen, fortgesetzt den Mantel nach dem Winde zu hängen und sich mehr noch schämen, berechnete Lohnbewegungen der Arbeiter mit Begründungen zu bekämpfen, die sie selbst nicht ernst nehmen.

Ausführung der Rede Oberhausen I und III.

Am 27. Juni fand auf jeder Seite eine Sitzung des Arbeiter- auschusses statt, wo eine Anzahl Wünsche und Beschwerden der Ar- beiter verhandelt wurden. Der Bergerebeamte für das Bergere- Oberhausen hatte in seinem Jahresbericht für 1910 ausgeführt:

Weiterhin beteiligten sich die Arbeiterauschüsse als Vertreter der Belegschaft an der Verwaltung der Unterhaltungsstellen, wobei

beretigt das Bestehen der dem alten Bergarbeiterverbande angehörenden Mitglieder hervor, die Unterstützungen nur den Verbändenmitgliedern bzw. deren Angehörigen zukommen zu lassen.“

Die Ausschussmitglieder fragten, da der Bergarbeiterbeamte keinen Namen genannt habe, bei der Verwaltung an, ob diese Verschuldung sich gegen die Ausschussmitglieder der Zeche Oerkehaufen richte. Der Vorsitzende erklärte zu dieser Anfrage, darüber nicht verhandeln zu können. Die Mitglieder sollten sich an den Bergarbeiterbeamten selbst um Auskunft wenden. Ein Arbeitervertreter erklärte hierzu, die Verschuldung des Bergarbeiterbeamten könne doch auch für den Vorsitzenden der Unterstützungsstelle nicht gleichgültig sein, da derselbe sich doch auch dadurch getroffen fühlen müsse, wie die Mitglieder des Arbeiterausschusses. Der Vorsitzende erklärte, das sei zutreffend, doch könne er in der Sache nichts weiter tun. — Wir sind der Meinung, daß es Pflicht des Bergarbeiterbeamten war, als er eine so schwere Verschuldung erbot, auch die Namen der Personen, die in Frage kommen können, zu nennen. Das hat er nicht getan, sich im Gegenteil bisher ausgeklügelt. Ein solches Verhalten richtet sich selbst. Die Beschwerden der Belegschaft betreffend die Selbstbesoldung nach der 7. Stelle und die Wurmkrankheit konnten als erledigt betrachtet werden, da von der Betriebsleitung schon Abhilfe geschaffen worden war.

Weiter wurde Beschwerde geführt über Holzmangel, Mangel an Ladestücken usw. Abhilfe wurde auch in dieser Beziehung zugesagt. Außerdem lagen noch Wünsche vor bezüglich der Unterstützungsstelle. Die Belegschaft erklärte sich bereit, sich die überschüssigen Pflennige abhalten und in die Unterstützungsstelle fließen zu lassen, wenn die Zeche den gleichen Betrag zahlte. Der Vorsitzende erklärte, darüber nicht entscheiden zu können, er müsse erst mit der Hauptverwaltung darüber reden. Vor einigen Jahren habe die Belegschaft der Zeche Oerkehaufen den gleichen Wunsch gehabt, doch sei die Verwaltung nicht darauf eingegangen. Er glaube darum kaum, daß die Verwaltung jetzt darauf eingehen werde. Weiter wurde gewünscht, daß die Zeche 50 Proz. der Arzneikosten tragen solle, da diese höher seien, wie die Kosten des Berges. Der Vorsitzende erklärte, daß ein neues Statut der Unterstützungsstelle ausgearbeitet würde, er könne jedoch nicht sagen, wie sich die Hauptverwaltung zu dem Wunsche der Belegschaft bezüglich der Arzneikosten stellen werde. Es müsse abgewartet werden, bis das Statut fertig sei. Weiter wünschte die Belegschaft, daß anstatt achtzehn Wagen Brandholz geliefert werden sollten. Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß ab 1. Juli zwei Wagen Kohlen nur noch 5 Mark kosten sollten statt wie bisher 6,50 Mk.

„Fortschritte“ des Zentrumsbergvereins.

Die „Fortschritte“ des Zentrumsbergvereins darf man nicht nach den großen Wörtern seiner unergieblichen Generale bemessen. Wenn man Zahlen sehen läßt, sehen diese „Fortschritte“ wie folgt aus: Im Wahlkreis Dortmund & Bielefeld hatte, Einnahme der Bergarbeiterverband

I. Quartal 1910	07 622,85 Mk.	28 240,89 Mk.
I. Quartal 1911	00 020,55 Mk.	21 268,78 Mk.

Für den Bergarbeiterverband kommen aber noch 18 818 Mk. Extra-Beiträge hinzu, so daß die Gesamteinnahme für die beiden Quartale und den Rest für den Bergarbeiterverband 210 967,70 Mk. und für den Gewerksverein 44 518 Mk. ausmacht.

Nennenswerte Mitgliederzahlen hat im Wahlkreis Dortmund-Görbe der Gewerksverein nur noch in den Zentrumsbergwerken, z. B. Knapptruf usw. Aber auch dort sind die „christlichen“ Generale nicht in der Lage, den Bergarbeiterverband überflügeln zu können. In der Stadt Dortmund sieht das Verhältnis in den Einnahmen wie folgt aus:

Bergarbeiterverband		Gewerksverein
I. Quartal 1910	10 054,55 Mk.	1 118,75 Mk.
I. Quartal 1911	11 832,95 Mk.	1 022,50 Mk.

Aber auch hier kommen für den Verband noch 1894,35 Mk. Extra-Beiträge hinzu, so daß die Gesamteinnahme für die beiden Verbände in der Stadt Dortmund für obige zwei Quartale für den Bergarbeiterverband 23 571,85 Mk. und für den Gewerksverein 2 136,25 Mk. betrug. Das finanzielle Stärkeverhältnis stellt also hier wie 11 zu 1.

Auch in seiner Hochburg im Kreise Essen hapert es mit den „Fortschritten“. Dort hatten Einnahme der

Bergarbeiterverband		Gewerksverein
I. Quartal 1910	41 418,40 Mk.	50 567,93 Mk.
I. Quartal 1911	45 628,46 Mk.	45 549,54 Mk.

Der Bergarbeiterverband hat danach eine Mehreinnahme gegen das gleiche Quartal des Vorjahres von 4 205,05 Mk., der Gewerksverein aber einen Verlust von 5 018,09 Mk.; der Bergarbeiterverband hat also einen Zuwachs von etwa 800, der Gewerksverein aber einen Verlust von ungefähr 1000 Mitgliedern zu verzeichnen. Trotzdem wird noch M.-Gläubiger Methode weiter von „Fortschritten“ gestunken.

Knappschäftsältestenwahl.

Am 20. August 1911, vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 4 bis 7 Uhr findet im Sprengel Nr. 385a in Buer die Wahl eines Knappschäftsältesten und eines Ersatzmannes statt. Der Sprengel umfaßt von dem Ende Buer die nachbenannten Straßen: Doppelfrasche gerade, Nummern von 2 bis 18, ungerade Nummern von 1 bis 21, Essenerstraße ungerade Nummern von 25 an, die Häuser Nr. 17, 19, 31, 33, 40, 41, 42, 194 ohne Straßennennung, Hohltauerstraße gerade Nummern von 2 bis 18, ungerade Nummern von 1 bis 15, Königstraße gerade und ungerade Nummern von der Volkstraße bis zur Hohltauerstraße, Sedanstraße gerade Nummern von 2 bis 20, ungerade Nummern von 1 bis 23, Steinmühlstraße gerade Nummern. — Wahllokal: Wirtschaft Dücker, Buer, Doppelfrasche.

Wahlberechtigt sind gemäß § 80 Abs. 1 der Satzung die in den Sprengeln wohnenden beitragszahlenden, männlichen, volljährigen (21 Jahre alt), im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Mitglieder, sowohl der Kranken- als auch der Rentnistenkasse. Der Nachweis der Wahlberechtigung ist von den Mitgliedern durch Eintragung in die Wählerliste und einen von dem Betriebsführer oder dessen Vertreter auszustellenden Ausweiskarte zu erbringen. Die Meldung zur Eintragung in die Wählerliste und die Empfangnahme des Ausweiskartens muß von den Mitgliedern persönlich geschehen. Mitglieder, die hieran verhindert sind, können durch eine von dem Knappschäftsältesten zu beghlaubigende Vollmacht eine andere, in der Vollmacht zu bezeichnende Person damit beauftragen. Die Meldungen zur Eintragung in die Wählerliste können vom 8. Juli 1911 an bis spätestens drei Wochen vor der Wahl, d. h. bis einschließlich 4. August d. J. bei der Zechenverwaltung angebracht werden. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Den Ausweiskarte in dem ein Stimmgeld angeheftet ist, erhalten die Mitglieder von dem Betriebsführer ihrer Zeche oder dessen Vertreter. Die Stimmgelder müssen die Sprengelnummer, die Knappschäftsnummer, den Vor- und Nachnamen und den Wohnort des Gewählten enthalten. Stimmgelder, die mehr als zwei Namen enthalten, sind unzulässig. Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

Wahlberechtigt sind auch die Mitglieder, die lediglich der Kranken- oder Rentnistenkasse angehören, desgleichen die krankfeiernden und die Mitglieder, die wegen Vollendung eines Dienstalters von 2000 Beitragswochen von der weiteren Zahlung von Rentnistenbeiträgen befreit sind. Nicht wahlberechtigt sind die gegen Zahlung von Anerkennungsgebühren beurlaubten Mitglieder und die Invaliden, desgleichen diejenigen, die gemäß § 11 der Satzung die Versicherung in der Krankenkasse fortsetzen. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Wähler, die während der Meldfrist die Arbeitsstelle wechseln, sich auf ihrer neuen Arbeitsstelle in die Wählerliste eintragen lassen müssen. Die bisherigen Zechenverwaltungen sind zur Vermehrung unnötiger Scheinarbeit erpicht, die Eintragung nicht vorzunehmen, da mit dem Wechsel der Arbeitsstelle die Eintragung doch wieder gelöscht werden mußte. Schlichter weisen wir noch darauf hin, daß nach der Wahlordnung die Wählerlisten nach der Prüfung drei Tage lang auf der Zeche zur Einsicht der Wähler offen zu legen sind. Die Tage, an welchen die Einsichtnahme erfolgen kann, werden besonders bekannt gegeben.

Gegen die Blumentage.

Die Blumentage Arten allgemach immer mehr zu einem Karneval aus. Jedes kleine Nest will nachgerade seinen Blumentag haben. Raum kann man sich des Sonntags noch aus seinen Pfählen herauswagen ohne befürchten zu müssen auf diesem oder jenem Raff von den „Blumendamen“ belästigt zu werden. Jeder denkende Mensch muß eine solche Wohlthatigkeitsleistung ablehnen; sie wirkt abstoßend und zeigt die ganze Verhöhnungspolitik ihrer Mächer gegenüber der sozialen Frage. Durch eine derartige öffentliche Hetzelei kann das

soziale Elend nicht einmal gemildert werden. Das Gewerkschafts-karriell der freien Gewerkschaften in Essen hat zu dieser Frage in einer Resolution Stellung genommen, worin es u. a. heißt:

1. Die angebotenen Blumen werden im Wege rückständiger We-trickformen hergestellt (Heimarbeit, Frauendarbeit, Kinderarbeit, Weischenmeisterhieb), deren Weiterbesitz durch die Übernahme der Blumen garantiert wird. Um den hohen Ertrag der Blumentage zu ermöglichen und selbst noch zu verdienen, sind die Fabrikanten ge-nötigt, die schlimmsten Hungerlöhne zu zahlen. Die Arbeiter selbst sind nur mit Hilfe ihrer Frauen und selbst der kleinsten Kinder, sowie ausgebeuteter Arbeitskräfte in der Lage, wöchentlich etwa 5 bis 6 Mark zu verdienen. Die Geldbeträge der Blumentage werden somit nur auf Grund maßloser Ausbeutung großer Proletariatschichten verkauft.

2. Die Kriegervereine, denen die so gesammelten Gelder zur Verteilung übergeben werden, bekämpfen die Bestrebungen der freien Gewerkschaften mit allen möglichen Mitteln, schleichen Mitglieder, die den freien Gewerkschaften angehören, von der Mitgliedschaft aus und unterstützen die volksfeindliche Politik der herrschenden Klassen, die eine schwere wirtschaftliche Schädigung des Arbeiterstandes bedeutet. — Der „Baterländische Frauenverein“ besteht ausschließlich aus An-gehörigen der besitzenden Klassen. Eine Gewähr dafür, daß die ge-sammelten Gelder ohne politische oder soziale Voreingenommenheit verteilt werden, besteht nicht.

3. Das Gewerkschaftskarriell erkennt an, daß viele Veteranen sich in bedrängter Lage befinden und der Unterstützung bedürfen, es ist jedoch der Meinung, daß der Staat verpflichtet ist, in ausreichendem Maße für diese Veteranen zu sorgen und die Mittel dafür durch eine Besteuerung der besitzenden Klasse auszubringen. Durch derartige Sammlungen werden die Veteranen jedoch nur geschädigt, indem eine gesetzliche Regelung der Veteranenunterstützung weiter hinausgezogen wird und sie sich an Stelle einer dauernden und ausreichenden Unter-stützung mit lärglich zusammengebeitelten Almosen begnügen müssen.

4. Durch die Blumentage werden weite Volkskreise durch Sinn-losigkeit und eine marktfeindliche, an Jahrmärkttrübel erinnernde Melange künstlich in eine Gebelaurne umgewandelt, die in einem traffen Gegensatz steht zu dem Elend der Heimarbeit, der Veteranen und der Kranken, denen angeblich durch sie geholfen werden soll. Die Blumentage erschweren eine ernste Auffassung unserer sozialen Zustände, sie verklären das soziale Mißverhältnis sowohl der arbeitenden wie be-sitzenden Klassen, als auch der Helferinnen. Für die jugendlichen Helferinnen bedeutet das Anbieten der Blumen inmitten der Gefahren des Großstadtbetriebes erhebliche Gefahren und eine Verwirrung sitt-licher Begriffe. Die Eltern fordern das Kartell auf, ihre Töchter nicht zu den genannten Veranstaltungen herzugeben.

Aus all diesen Gründen steht sich das Gewerkschaftskarriell ver-anlaßt, den Blumentagen ablehnend gegenüberzutreten.

Festkommerz des Zentrumsbergvereins in Köln.

Auf dem Festkommerz, der anlässlich der Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter in Köln zu Ehren der Delegierten gegeben wurde, sang man unter anderem auch einige ge-meinschaftliche Lieder. „Kommunales mit italienischem Salat“ nennt sich eines von ihnen, das dem höheren Witzsinne gemischt war. Von dem „geistreichen“ Inhalt des Liedes mag folgendes Verschen zeugen:

Sonntags geht das Petronellchen
Bromenadenmüßig laufen;
Damen, Bäckisch, Magd, Mamsellenchen,
Al in feindlichen Reihen rauschen.
Gibt an Musik feini
Koch engs, plastro Weini,
Guta grand wie Rarrtrabo,
Wäga Strämpfi prornoiabdo.

Gelungener aber auch bezeichnender sind folgende Strophen aus dem Lied „Doh litt doch ne Dräd dran geläge“:

Neue Stäre allerhand wäde projektet,
Dröm em Reichsbaag, nit o knapp, wech sich kisputeet:
Wann de Vörtag kritisch wech, un de Luftschit klädet;
Dann wech ne neue Blad geschmied, dä brängt so en de Wäg;
Wenn alles drüber schängt,
De Wobpartei se denf:
Doh litt doch ne Dräd dran geläge,
Dat es uns egal, un dat hies uns egal,
Doh litt doch ne Dräd dran geläge,
Dat es un hies uns egal.

Bun der Tour dä Ubelbäat litt des Obens spät,
Zemlich löstlich heim, de Dör näst in op de Mäh;
En dem Quuzgang wor et ganz düster wie em Sad,
Un weil hä meint, et wör fing Frau, tritt hä se sich gepad.
Et büß dä Ubelbäat
Itz öntlich aff de Mäh;
Refrain.

Wenn uns Feit dann es am Engl, un mer gönnt noch Haus
Wänder disse Dwend dann em Glas vung finge Truus,
Et passier em dann en Mißgeschid, wie düm Ubelbäat,
Nitt dat ihr saht, ihr hät et disse Dwend se geloch.
Dröm halt sich jeder stief,
Wenn och die Frau ens tief:
Refrain.

Es ist gewiß ein unfeimliches Eingeständnis, wenn der Zen-trumsbergverein dem Woch in Steuerfragen — dem im Reichsstag auch das Zentrum angehört — vorwirft, daß ihm ein Dred daran gelegen sei, wenn das Volk über die konfessionell-gemeinnützliche Steuer-verteilung sich aufregt. Diese Ignoranz wird ja auch gestützt durch das Verhalten des Zentrumsbergvereins in Steuerrollfragen; den Zentrumsbergwerkstoffen ist wie den Zuckern gleichfalls ein Dred daran gelegen, ob die Arbeiterklasse wegen der drückenden Steuern murrst oder nicht. Sie werden auch weiter die Rolle der junkerlichen Stiefelpuffer spielen und weiter singen: „Uns ist ein Dred daran gelegen!“ Auch der übrige Inhalt der poetischen Quäste kennzeichnet die in den Zentrumsbergwerkstoffen herrschenden Anschauungen.

Bergregal Herzog Arenbergs.

Die Arenberge sind wohl das vornehmste und zugleich ein immens reiches Ubelgeschlecht Deutschlands. Engelbert, Herzog von Arenberg, gehört mit zu den wenigen Vergyherren, die nicht nur vom privaten, sondern auch vom staatlichen Vergalt auf Grund der ihnen vom Staate überlassenen Bergregale alljährlich Riesensummen „verdienen“. Schon im Jahre 1851 bezichtigte Preußen auf einen großen Teil der vom Vergalt erhobenen Abgaben, 1865 trat es förmlich vom jogenannten Direktionsbetriebe, d. h. von einer Ueberwindung der Berg-regalbesitzer durch den Fiskus zurück und übergab die Gruben der Selbstverwaltung der Besitzer. Es handelte sich dabei nicht um eine vorwärtliche Steuerbelastung und deren Befreiung. Der Staat hatte in vielen Gegenden des Deutschen Reiches schon im Mittelalter das Eigentum an den Erdbägen, die Abgaben waren nichts weiter als Anteile des Staates, als Eigentümer von Grund und Boden. Die 1865 auf 2 Prozent der Bruttoeinnahme herabgesetzte Abgabe wurde durch die Nobelle von 1892 außer Gehung gesetzt, aber nicht aufgehoben. Für die Inhaber von Privatregalen, die ehemaligen Reichs-unmittelbaren, blieb damit das Recht auf einen Teil der Vergaltserträge bestehen. Als Bergbauverleider zahlten sie keine Abgaben, aber als Regalherren erhoben sie solche von Privaten und auch vom Fiskus.

Der Herzog von Arenberg besitzt ein sehr ausgedehntes Bergregal im Kreise Reddinghausen. Er benutzt dieses nicht einmal selbst aus, sondern läßt sich pro gefördertem Tonne Kohlen so und so viel Ab-gaben zahlen. Er rührt also keinen Finger darum, steckt nur die Moneten ein — und zählt dabei nicht einmal Steuern.

Die „Arenbergsche“ Zeitung, der doch sicher keine Fürsten-feindlichkeit nachgesagt werden kann, schrieb über die Regalrechte am 6. Juni 1910:
Geradezu skandalös sind auch die Regalabgaben, welche früher reichsunmittelbare Fürsten und Herren in den Bergwerksgebieten sich vorbehielten. Die Arenberge, Groh und die obersteinsten Ra-ganen (Thiele-Windler usw.) erhalten Millionen dafür, daß ihre Vorfahren es verstanden haben, die staatlichen Bergwerksregalien in private Einnahmen umzuwandeln; selbstverständlich gehören von Rechts wegen alle Bergwerksabgaben der betreffenden (Kron-)Für-steinlärnen bezw. dem Gesamtstaat Pruehen. Es ist ein unerhörter Mißbrauch, der sich jahrgelantlang fortzieht, wenn diese Regal-inhaber zwar in den Ausgaben, von den vollen Erbituten, Her-zog und Gerichtskosten, befreit wurden, die Einnahmen aber in ihre eigenen Taschen stecken.“

Welche Summen auf diese Art in die Taschen der Arenberge wandern, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Im Jahre 1886 er-hielt Arenberg allein von der Reddinghauser Grube, die ihm regal-pflichtig ist, von einem Grubeneinkommen 370 Mk., 1908 waren es schon 1 800 608 Mk., die von 18 Vergaltwerken aufgebracht werden mußten. Zu dieser schönen Summe zahlte der preussische Staat allein 96 748 Mark!

Der Familie Thiele-Windler bringt ihr Herrschaftsbesitz Wohlthum-Katowitz ähnliche Summen ein. Es wird Zeit, daß ein Reichsberg-gesetz auch hier grübelnd aufkommt.

„Geheimrat“ Hermann Vogelsang, Bielefeld.

Mit diesem hochtrabenden Titel hatte sich der Zentrumsberg-vereins-Generalsekretär Vogelsang als Kuragaft in die Kur- und Fremdenliste vom 1. August 1908 des Bades Neuenahr eingetragen. Wer sich solche Titel zulegt, läßt sich doch gewiß zu Hohenheim ge-boren. Wir niederen Staugeborenen wollen auch dazu beitragen, Vogelsang die „Unsterblichkeit“ zu sichern und teilen der Welt mit, unter welse hohem Titel er in Wila „Elsa“ in Bad Neuenahr abgesehen war. Allerdings zeigte er sich dafür nicht besonders dank-bar, sondern schimpfte im „Bergknappen“ in einer Weise, wie man es von einem „Geheimrat“ gar nicht erwarten sollte.

Wlger Geheimrat Vogelsang waren in Wila „Elsa“ noch weiter als „Kuragaft“ abgesehen: Franz Hehrens, Heinrich Kirup, Hermann Imbusch und der Kassierer des Zentrumsbergvereins Ja-hu-e-u-r-u-s. Fast der ganze „christliche“ Generallstab befand sich also im Bad, um sich von „schwerer, geistiger Abspannung“ zu erholen und neue Kräfte und Stimmittel zu sammeln gegen den „Unsturz“.

Im sich von den Folgen einer schweren Gallensteinoperation zu erholen, machte der Redakteur des Bochumer „Vollblatt“, Heinrich Wehler, in diesem Frühjahr auch eine Kur in Bad Neuenahr. Das „Vollblatt“ teilte am 27. Juni mit, daß sich Wehler wieder so weit erholt habe, daß er seine Tätigkeit in der Redaktion wieder aufnehmen könne. Daran knüpft der „Bergknappe“ vom 16. Juli folgende Bemerkung:

„Unsere Leser werden sich noch erinnern, welse Aufregung damals in Genossenschaftskreisen entstand, als unser Kassierer, ebenfalls wegen Gallensteinlebens, Neuenahr aufsuchen mußte. Offenlich sorgt Herr Wehler dafür, daß in Zukunft die Genossen und auch das von ihm geleitete „Vollblatt“ sich nicht mehr künstlich ent-zweigen, wenn mal ein Angehöriger der christlichen Gewerkschafts-Bewegung wegen eines schweren Leidens in Neuenahr oder sonstwo Stellung suchen muß.“

Der „Bergknappe“ leidet an einem unheilbaren Gang zur Un-wahrscheinlichkeit und darum nehmen wir es ihm nicht übel, daß er auch hier die Unwahrscheinlichkeit schreibt. Wir gaben lediglich damals unseren Respekt vor dem „hohen Range“ Vogelsangs und unserem Ersäunen darüber Ausdruck, daß fast der ganze „christliche“ Generallstab auf einmal erkrankt war und zur Kur in Bad Neuenahr weilte. Das „Vollblatt“ hat diese Mitteilung unseres Wissens überhaupt nicht gebracht. Ob auch die übrigen Herren außer Fahnenbruch an Gallen-steinen litten, teilt der „Bergknappe“ leider nicht mit.

Christliche Verteilungen.

In Nr. 20 des „Bergknappen“ vom 22. Juli wird der Mithach wiederum ein Fall mitgeteilt, wonach die „Genossen“ sich unter allerlei Schemeln in den Besitz der „christlichen“ Mitgliedsbücher zu setzen wüßten. In Brambauer soll der Zeitungsbote des „alten“ Ver-bandes versucht haben, einen „christlichen“ Kumpel zum „alten“ Ver-band überzufahren, indem er einfach in Abwesenheit des Mannes, von der Frau das Buch abberlangt hat.

Dadurch soll wieder bewiesen werden, wie schlecht die „Genossen“ sind. Wie verhält sich nun die Sache? Es ist wahr, daß in Bram-bauer ein Zeitungsbote ein Buch von einer gegnerischen Organisation, ohne Einwilligung des Besitzers, an sich genommen hat. Es ist auch wahr, daß der Bote sich weigert, das zu Unrecht an sich genommene Buch wieder herauszugeben. Das Mitglied war daher gezwungen, um sich die Mitgliedschaft in seiner bisherigen Organisation zu erhalten, von letzterer ein Duplikat ausfertigen zu lassen.

Aber zwischen dem Vorgang an und für sich und der Darstellung im „Bergknappen“ ist doch ein gewaltiger Unterschied. Und dieser Unterschied beweist so recht, mit welchen Mitteln der „Bergknappe“ Terrorismusgeschichten erfindet. Der Bote, der sich in den Besitz eines fremden Buches gesetzt hat, ist der Vater des „Bergknappen“, Johann Sackel, Brambauer, und das Mitglied, dem das Buch abgeschwindelt wurde, heißt Teipel, Mitglied des „alten“ Verbandes. Also gerade das Gegenteil von dem, was der „Bergknappe“ seinen Lesern erzählt. Erst erschwindelt man sich Mitgliedsbücher; zahlen diese so zerronnenen Mitglieder keine Beiträge, dann geht man hin und veröffentlicht den Vorgang, indem man seine eigene Handlungsweise den so verhassten Notzen andichtet. Wer denkt hier nicht an den Verleibler, der um seine eigene Sicherheit fortwährend „Schlachtet den Dödel“ schreibt.

Der Kamerad Heffe, als einziger Zeitungsbote des „alten“ Verbandes in Brambauer, sah sich veranlaßt, dem „Bergknappen“ folgende Verächtigung zu senden:

„An den verantwortlichen Redakteur des „Bergknappen“, Herr H. Kirup, Essen-Ruhr.“

Auf Grund des § 11 des Berggesetzes fordere ich Sie hiermit auf, die auf Seite 7 in Nr. 20 des „Bergknappen“ vom 22. Juli, unter der Stichmarke „Die Genossen als Büchermarber bei Gewerksvereinsmitgliedern“ gebrachte Notiz wie folgt zu berichtigen:

Es ist un-wahr, daß der Bote des „alten“ Verbandes bei der Frau eines Gewerksvereinsmitgliedes versucht hat, ohne Wissen des Mannes ein Mitgliedsbuch mitzunehmen.

Wahr ist, daß der Bote des „Bergknappen“, Joh. Sackel, bei dem Mitgliede des „alten“ Verbandes T., das Buch ohne dessen Einwilligung an sich genommen hat und sich bis heute weigert, das Buch herauszugeben.

Zu der Verächtigung bin ich legitimiert, da ich der einzige Bote des „alten“ Verbandes in Brambauer bin.

Brambauer, den 21. Juli 1911. Wils. Heffe.“

Lohnbewegungen und Streiks.

Streik auf Zeche Brenkisch Glub bei Minden.

Am 8. Juli hat die Belegschaft dieser fiskalischen Grube die Kündigung eingereicht und ist jetzt, da eine Einigung infolge des ab-lehnenden Verhaltens der Verwaltung leider nicht zustande kam, in den A u s t a n d getreten. Es handelt sich um einen Abwehrstreik. Die Arbeiter fordern die Befreiung einer Anzahl Uebelstände und die Zurücknahme einer zu Unrecht erfolgten Gehungserhöhung von 30 Prozent.

Bisher war es unserer Organisationsleitung immer noch gelungen, den Frieden aufrecht zu erhalten in der Hoffnung, daß die Wünsche befeitigt und der Vertrag einhellig Einhalt getan würde. Diese Hoff-nung erfüllte sich leider nicht. Am 5. und 6. Juli bestellte, wie wir schon in voriger Nummer berichteten, der Direktor die Ortsältesten des Werks zu sich und setzte das Gehinge von 2,15 Mk. auf 1,80 Mk. pro Wagen herab, obwohl der Schichtlohn für Gauer nur bis zu 4,30 Mk. für Schlemper teilweise noch unter 3 Mk. beträgt.

Das schlug dem Haf den Boden aus. Unmöglich konnten sich die Arbeiter bei diesem viel zu niedrigen Löhnen auch noch eine 30pro-zentige Lohnreduzierung gefallen lassen. Und weil an dem ab-lehnenden Verhalten der Verwaltung jede Einigung scheiterte, blieb ihnen nichts anderes übrig, als den aufgegebenen Kampf auf-zunehmen. Die Belegschaft hat geschlossen die Arbeit niedergelegt, nur vier ältere Leute sind stehen geblieben, weil sie infolge ihres Alters sich von der Zeche zu sehr abhängig fühlen. Zugang ist streng ferngehalten!

Streik im Reich-Weiskentels-Altenburger Revier.

Schon zwölf Wochen stehen die Braunkohlengräber dieses Reviers im Streik. Beim Ausschub hätte wohl niemand, am allerwenigsten die Unternehmer, geklagt, daß der Streik so lange dauern würde. Die Unternehmer rechnen mit wenigen Wochen. So lange aus-zuhalten, hätten die Unternehmer den Arbeitern gar nicht zugetraut. Die Länge des Streiks wird durch die prinzipielle Forderung der Ar-beiter erklärlich. Es ist der erste Kampf der Bergarbeiter, der zum Ziel hatte: Abschluß eines Tarifvertrages. Hiergegen haben die Unternehmer gekämpft, als löste es sie das eble Haupt. Auf nichts liegen sie sich ein. Die Gründe, die von den Unternehmern gegen den Abschluß von Tarifverträgen im Bergbau angeführt wurden,

Bergarbeiter! Kameraden!

Aktionär und Ruxenbesitzer-Verfammlungen ist lebhaft angeregt worden, die Selbstkosten durch **Herabdrückung der Lohnkosten** zu zwingen! Die Kampfpreise müßten durch „Verminderung der Selbstkosten“ möglichst ausgeglichen werden. Darunter sind auch **Gedinge- und Lohnkürzungen** zu verstehen.

Bergarbeiter, Kameraden! Seid ihr gewillt, euch euer ohnehin zu geringes Einkommen noch schmälern zu lassen? Denkt an eure schwere Arbeit, an eure bedürftigen Familien! Wollt ihr gleichmütig zusehen wie die Werkbesitzer sich mächtiger vereinigen und **auch den Brotkorb noch höher hängen?! Viele Millionen Lohnabsätze sind bereits erfolgt! Bergarbeiter! Kameraden! Ihr dürft nicht warten bis der Zechendruck so stark geworden ist, daß es wieder zu Empörungsausbrüchen wie 1889 und 1905 kommt. Ihr müßt endlich gelernt haben, daß der Arbeiter ohne eine gewaltig starke Organisation schließlich zum völlig rechtlosen Lohnsklaven herabgedrückt wird. Wir rufen euch deshalb zu: Erwacht aus eurem tödlichen Gleichmut! Erkennt die drohende Zukunft! Erinnert euch eurer Pflichten gegen euch selbst, eure Familie und eure Kameradschaft! Rafft euch auf, ehe der Ring der Zechenherren alle Arbeiterrechte erdrückt!**

Verbandsmitglieder! Wir fordern euch auf, unverzüglich eine gründliche, umfassende **Werbetätigkeit** in allen Revieren zu entfalten. Überall sind noch tausende Arbeitbrüder unorganisiert, sie wissen noch nicht, wie gefährlich die Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen der Arbeiter für diese ist. Die sommerliche Zeit muß unbedingt ausgenutzt werden zur **Hausagitation**; einige rührige Zahlstellen haben damit in letzter Zeit gute Erfolge erzielt. **Verbandskameraden**, ihr wißt, daß jedes neue Gewerkschaftsmitglied mehr die Stellung der Arbeiterklasse verstärkt. Die Bergarbeiterschaft hat diese Stärkung besonders notwendig. Ihr steht die stärkste Unternehmerorganisation gegenüber, deshalb bedarf gerade die Bergarbeiterschaft einer besonders mächtigen Organisation. Darum auf, Kameraden! In die erfolgversprechende Mitgliederwerbung von Haus zu Haus! Keiner darf sich davon ausschließen. Je mehr mithelfen, um so größer der Erfolg. Vorwärts müssen wir, Kameraden, **schneller vorwärts!** Die Not der Arbeiterklasse erfordert es. **Vorwärts, Kameraden!**

Verbandsnachrichten.

An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen!

Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge (ob zu 50, 40, 80 Pf., auch Streikmarken) im alten Buch geleistet waren. Auch muß angegeben werden, wie viel und welche Unterstützungen das Mitglied bezogen hat. Außerdem ist es notwendig, daß der zuständige Bezirksleiter die Sache untersucht und die Richtigkeit der Angaben durch seine Unterschrift bestätigt. Bei jeder Bestellung müssen 20 Pf. in Briefmarken mit eingeschickt werden. Die Bücher sind gegenwärtig nicht ausgeführt, kein Duplikat mehr auszustellen, weshalb wir ersuchen, dieses zu beachten.

Berichtigung. Sütgendortmund hat für den Monat Mai mit 1551,85 Mk. abgerechnet und nicht, wie veröffentlicht, mit 851,85 Mark.

Achtung! Wer die Adresse des Kameraden Fritz Beckmann, früher in Hape, weiß, den ersuchen wir freundlichst, dieselbe sofort an den Unterzeichneten zu senden. Es handelt sich um wichtige Verbandsinteressen. May Gärtner, Hannover, Nilolaistr. 7, 2. St. 24.

Bezirk Bochum. Den Ortsverwaltungen und Mitgliedern zur Kenntnis, daß Unterzeichneter ab 1. August die Leitung des Bezirks übernimmt. Alle Anfragen und Mitteilungen bezüglich der Organisation wolle man richten an W. Meier, Bochum, Steinstraße 28.

Scherkesch. Zweck gründlicher Revision und Neuordnung der Mitgliederlisten werden wir sämtliche Bücher einziehen. Wir bitten, dem Vertrauensmann die Bücher auszuhandigen. Nächste Woche erhält jeder sein Buch wieder zurück.

Der Bezirksleiter und die Ortsverwaltung. Wimmelsburg. Vor einiger Zeit sind die früheren Mitglieder Friedrich John (Nr. 398 799) und Hermann Wentzien (Nr. 898 041) aus Wimmelsburg aus dem Verbandsbuch ausgesetzt. Da beide Kameraden jetzt gegen den Verband arbeiten und unsere Bewegung schädigen, so gelten sie beide als ausgeschlossen; sie dürfen deshalb vorläufig nicht wieder aufgenommen werden. Wentzien hat Wimmelsburg verlassen und wird jedenfalls in anderen Zahlstellen sein verbandsschädigendes Treiben fortsetzen. Deshalb Obacht!

Adressenveränderungen.

Absterbe. Der Vertrauensmann Kamerad Bahner wohnt jetzt Pfaffenstraße 9; dortselbst wird auch Krankengeld ausbezahlt. Eric II. Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Gottlieb Wamann; derselbe wohnt Angelnstraße 19. Hesse. Der Vertrauensmann wohnt jetzt Kreuzstraße 20.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Aken, Achersleben, Sandersleben, Ammenborn, Merseburg, Bernburg, Calbe, Grünitz, Ledersdorf und Wölsau. Am Sonntag, den 13. August, werden die Bücher eingezogen.
- Reine. Vom 1. bis 10. August werden sämtliche Bücher eingezogen.

Krankunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

- Außerb. bei Nauchen. Die Auszahlung findet jeden Samstag abends von 6 bis 7 Uhr, beim Kassierer Jakob Horn, Hauptstraße 215, statt.
- Goldhausen bei Göttingen. Die Auszahlung erfolgt jeden ersten Sonntag nach dem 10. eines jeden Monats beim Kameraden August Kupfer.

Krankspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Krankspendemarken à 10 Pf. gefleht:

- Brombauer. Im Monat August.
- Kupferbreh. Die Krankmarke für das III. Quartal muß gefleht werden.
- Silfshede. Im Monat August.
- Schonsted. Im Monat August.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

- Gröb-Rosentz.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Haberstraße.
- Rombach.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Caféstraße.
- Wöhligen.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Dörmann.
- Schmiebach.** Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.
- Schmiebach.** Jeden letzten im Monat, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Reiniger Hof“.
- Unterweibach.** Jeden letzten Sonntabend im Monat, nachmittags 4½ Uhr, im Gasthof „Zum Hühner“.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

- Kuerbach.** Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Heilig in Kuerbach.
- Remmingshofen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wienold.
- Reberbach.** Abends 7 Uhr, im Restaurant „Am Markt“.
- Worbach.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilmouth.
- Prese.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum schwarzen Hahn“.
- Naumbach.** Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wulfen Biele.
- Schödelwitz.** Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schödelwitz Konsumvereins.
- Siedingen.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wiegmann, Friedrichstraße.
- Wortag.** Bericht über die Generalversammlung. Referent zur Stelle.
- Westsienfeld.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Witzlauer.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

- Mit-Büßig.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Brauner).
- Sielesberg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn & Weller, „Deutscher Kaiser“.
- Wegelsdorf.** Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Bote.
- Wetzel.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Volk Wilmeyer.
- Niesweiler.** Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Braun.
- Werge-Werde.** Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn & Mathias, Friedrichstraße.
- Berge.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Witzl. Döpp.
- Bergeshausen.** Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Hagemberg in Müllersfeld.
- Bergshofen.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn G. Viebig.
- Vortrag:** Was lehrt uns der Streik. Referent zur Stelle.

- Wiesang.** Vormittags 11 Uhr, beim Vertrauensmann.
- Witteracker.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn C. Hinge.
- Wobelschwings.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Brandt in Wehertische.
- Wretzenhain.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Wretzenhain.
- Wulle.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Weidenbrock in Buer, Hagenstraße.
- Garnau.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Leber, Wühlstraße 64.
- Dahlhausen-Hörkersdorf.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Mauer.
- Deufen.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Blas.
- Dübchen II.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Godder, Landwehrstr. 82.
- Gachtow.** Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Bote.

- Gichtow (Wald).** Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Quat, Rahnstraße.
- Ende.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Geymann, Auf den Wäldern.
- Güting II.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulze.
- Gellen (Huse).** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Beckmann, Steelerstraße.
- Goldhausen.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.
- Großschellen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Alfred Johann.
- Großschellen V (West-Bismarck).** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Simon, Ecke König Wilhelm- und Hülfsmannstraße.

- Hamm-Weidenberg.** Vormittags 11 Uhr, wo? sagt der Bote.
- Herne I.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Kampmeier, Schamrocksstraße.
- Herde-Weiden.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann in Dorflein.
- Hiddingshausen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schuler in Hiddingshausen II.
- Hiltp.-Berche.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Stedmann.
- Höngen.** Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Daniel Bekker.
- Höngen II.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Schwachenberg.
- Höngen III.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gattenhof in Wöhlingshausen.
- Holtzen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kubber.
- Holtshausen-Wilhelm.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Bruns in Heiden.
- Holzwickede.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Uriele, Chausseestraße.

- Höngen.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Josef Hogen.
- Höh.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Gerdes.
- Kloster-Weidenfeld.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Stöber.
- Krah.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Braunhain.
- Kaez.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte (fr. Meuling), Hellwegstr. 46.
- Kuden (Huse).** Nachmittags 5 Uhr, beim Kameraden Jul. Schindler, Kreuzstr. 1.
- Kundenheide.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Carl Selter.
- Marxshain.** Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Zur Barchente“.
- Marxshain II.** Nachm. 4½ Uhr, im Lokale des Herrn D. Röhlig, „Zur Barchente“.
- Meiße.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kops (fr. Wälth).
- Niederborsfeld.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. Wöhligen in Balthausen.
- Niederborsburg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wil. Sibow.
- Niederborsigen.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Sack.
- Neubordevigau.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neubordevigau.
- Nöhlan.** Abends 8 Uhr, im Gasthof „Friedrichshagen“.

- Nöhligen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Berg.
- Naugel-Schwerin.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Warting.
- Naß.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Tieg in Naß.
- Schneeberg.** (Zeitungseite fehlt.) „Zum Gasthof“.
- Schneeberg-Schleichen.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Meuschle.
- Schonsted I.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meiser (fr. Köp) in Krahe.
- Schwerterheide.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emde, Hberstraße.
- Sommerberg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Eisenberg.
- Sieele.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Speß.
- Stiertrabe I.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wulsh, Holtenerstraße 6.
- Stoppenberg.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hfenberg.
- Vortrag.** Referent zur Stelle.

- Wornholz-Durchholz.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn E. Krell, Durchholz.
- Wornholz.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Seidensticker (Zeinhain).
- Wörlsch.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Engemann.
- Wude.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Sommer.
- Wiese-Steinbröde.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bröckmann.
- Winsen a. h. Aller.** Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Bremer, Einboinfen.
- Zwidau.** Abends 7 Uhr, im „Brauerhütchen“.

Sonntag, den 30. Juli 1911:

- Wedeorf.** Jeden Sonntag nach dem 23. des Monats. (Zeit- und Lokalangabe fehlt.)
- Wilsleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Kameraden Fesfel.
- Wesse.** Nachmittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Sator (fr. Pfaar), Hertenerstraße.
- Vortrag.** Referent zur Stelle.
- Zeutenberg II u. III.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Paradies“ in Zeutenberg II.
- Zweig II.** — 1. Neuwahl des Vertrauensmannes für Zeugenberg II. 2. Vortrag. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Josef Hoff.
- Zweig III.** Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Straube, Zur Hohen Höhe.
- Werne b. Langendreyer.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte, Selbig 126.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

sind Schlingende. Doch darüber später. Fest steht aber, daß der Kampf gegen den Abschluß eines Tarifvertrages nicht nur vom Braunkohlen-Industrie-Verein, sondern von den Schachtmachern aller Schichtierungen geführt wird. Wir weisen in der vorigen Nummer schon auf die Schachtmacher aus dem Zechenschichtverband für das Ruhrgebiet hin. Wie weiter der Braunkohlen-Industrie-Verein mittelst, hat auch die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände die Berechtigung und Notwendigkeit der Stellungnahme der Braunkohlen-Unternehmer anerkannt und beschlossen, dem Braunkohlen-Industrie-Verein den vollen sachungsmäßigen Schutz der Hauptstelle und damit der hier vereinigten anderen Betriebs- und Industrien zuzubilligen. Hier sehen wir also die gesamten, in der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände beteiligten Schachtmacher gegen die Bergarbeiter im Kampfe. Daß unter diesen Umständen an das Durchführen eines Tarifvertrages nicht zu denken war, sahen die Arbeiter ein. Dafür umfaßt das Kampfgeld einen zu kleinen Teil der Braunkohlenbergarbeiter. Alle Verträge, es zu zentralen Verhandlungen, die die Voraussetzung für den Abschluß eines Tarifvertrages in diesem Revier bilden, zu bringen, waren gescheitert. Gescheitert, weil die Schachtmacher aller Gattungen den Braunkohlenunternehmern zu ihrem Verfallten den Rücken stärken. Der Tarifvertrag wurde, um durch Deputationen aus den Reihen der streikenden Arbeiter mit den Ortsverwaltungen verhandeln zu können, zurückgezogen. Aber auch hier zeigten sich die Unternehmer bodenständig. Sie erklärten, mit den Arbeitern, weil sie unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist abgehört seien, nicht verhandeln zu können! Man höre: Bisher wurde erklärt: „Mit Kontraktbrüchigen Arbeitern verhandeln wir nicht!“ Jetzt erklärt man: „Wir verhandeln nicht, weil die Arbeiter die Bestimmungen des Kontraktes erfüllt haben.“ Die Unternehmer bewegen sich fortgesetzt in Widersprüchen. So gehts, wenn man, wie die Unternehmer, einen Standpunkt zu verteidigen hat, der sich mit vernünftigen Gründen nicht verteidigen läßt. Die Gründe, warum die Unternehmer sich den Deputationen der streikenden gegenüber so rückwärtslos verhalten, ergeben wir aus der Unternehmerpresse. So schreibt das „Leipziger Tageblatt“:

„Die Grubenverwaltungen des mitteldeutschen Braunkohlenreviers lehnten das Ersuchen der streikenden Vergleiche um erneute Verhandlungen ab. Man glaubt, die Bewegung stehe vor dem Zusammenbruch.“

Der Glaube war irrig. Das werden die Unternehmer und ihre Vertreter auch eingesehen haben. Allerdings hat die den Unternehmern zur Verfügung stehende Presse alles getan, um die Bewegung zum Zusammenbrechen zu bringen. Nur hierfür zwei Beispiele. Das „Wuppertaler Tageblatt“ schrieb unter Ludenau:

„In der am Freitag in dem Herzoglichen Lokale in Ludenau stattgehabenen Streikversammlung wurden die Ausständigen von dem Referenten, Genossen Böfller, aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Böfller soll seine Sachen geschickt und das hiesige Streikrevier bereits verlassen haben.“

In der ganzen Sache ist kein wahres Wort. Böfller hat nicht in Ludenau, sondern zu der in Frage kommenden Zeit in Meuselwitz gesprochen. In Ludenau hat der Kollege Unbeutsch aus Magdeburg gesprochen. Aber auch dieser hat die Streikenden nicht aufgefordert, sofort wieder die Arbeit aufzunehmen. Nur eins ist richtig. Der Kollege Unbeutsch ist, als die Versammlung beendet war, zur Bahn gegangen um nach Magdeburg zurückzufahren. Da es aber auf die Streikenden keinen Eindruck macht, wenn ein gerade mal zufällig in Meuselwitz weilender fremder Kollege als Redner herangezogen wird und nach der Versammlung wieder „verschwindet“, so nimmt man sich eine unter den Streikenden bekannte Person und läßt diese mit geschürtem Bündel „verschwinden“. Das wirkt dann. In diesem Falle hat es ja seine Wirkung verfehlt. Aber in dieser Tätigkeit der Lügenpresse liegt Methode. In einer anderen Notiz wird gesagt:

„Organisiert sind von den 6000 noch nicht 600 und der Bergarbeiterverband hat nur wenig Mittel zur Verfügung gestellt.“

Hiergegen polemisieren, hieße Gulen nach Ihnen tragen. Was der Bergarbeiterverband für die Bergarbeiter getan hat, wissen diese selbst. Nicht ein Mann ist durch dieses Geschreibsel abtrünnig geworden. Die Bewegung ist nicht zusammengebrochen, wie die Unternehmer wohl wünschten. Die Streikenden stehen noch genau so entschlossen wie am ersten Streiktage. Zugung ist nach wie vor strengstens fernzuhalten!

Briefkasten.

Nach Hörde. A hat mit nein geantwortet. — W. St., Medingshofen. Verlage nach dem Ausleger U. D. der Dich geschlagen und Zudupliver in die Kleider gestreut hat. Das wirkt viel erzieherischer, als wenn wir uns mit dem Menschen in der Zeitung beschäftigen. — G. A., F. D., Th. M., Herne. Der Vorgang beweist nicht viel. Es kann immerhin ein Versehen seitens der Zechenverwaltung oder der Arbeitsniederweisung vorliegen. Sollten sich diese Fälle jedoch häufen, wäre die Sache eine andere. Wir wollen daher vorläufig abwarten. — E. E., Gortk. Escher. Eine generelle Bestimmung, wie schnell der Fördermaterial bei der Menschenförderung fahren darf, besteht nicht, das richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit bei der Menschenförderung beträgt bei Dampfmotoren 6 bis 8 Meter, bei elektrischen Maschinen 10 bis 12 Meter pro Sekunde.

Bergarbeiter-Versammlungen

- Sonntag, den 30. Juli 1911:**
- Sichtesau.** Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Sanden.
- Vortrag:** Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Bergarbeiter. Referent: Joh. Götter, Eschenberg.
- Schmidtberg.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Kadenmacher in Schmidtberg.
- Vortrag:** Die Reichsversicherungsordnung und die Haltung der verschiedenen Parteien im Reichstag hierzu. Nachzüglicher Referent zur Stelle.
- Kameraden**, erscheint zahlreich in diesen Versammlungen!

Zur gest. Beachtung!

Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Zettelle etc., welche mit dem Zeitungsverband erledigt werden sollen, müssen spätestens bis **Montag vormittags** bei uns eintreffen. Dieselben können folge Bestellungen erst am Dienstag vormittags hier an, wenn sie es wirklich zu spät, die besprochenen Sachen nach mit der Zeitung zu bringen. Wer das Gewerkschaftsamt besuchen will, besuche auch regelmäßig. **H. Hansmann & Co., Bochum.**

Broschüren.

Die Mitglieder der Zahlstelle versammeln sich um 1½ Uhr beim Bist Remingshofen. Punkt 2 Uhr Abmarsch zum Gewerkschaftshaus in Sanden.

Brambauer.

Zum Gewerkschaftsfest in Sanden wird am Freitag um 12½ Uhr und der Abmarsch erfolgt um 1 Uhr pünktlich.

Ein Sortiment

von Liedern
passend zu Messen und bei Zahlstellenversammlungen, nach bekannten Melodien

100 Stück 50 Pf.

bestellt bei den Vertrauensleuten zu beziehen.

H. Hansmann & Co., Bochum.

Der gelbe Sumpf

Ein Blick hinter die Kulissen der Gelben Arbeiter-Vereine durch Einsichtnahme in einige **Lebius-Briefe**

Preis 10 Pfennig

Zu beziehen durch

H. Hansmann & Co. in Bochum.

Achtung Knappschaftsälteste

Kommission Dortmund.

Sonntag, den 6. August 1910, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund, Ecke Leibniz- u. Lessingstraße:

Kommissions-Versammlung.

Zugabe: 1. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. 2. Bericht über die Fortschritte. Um allseitiges und häufiges Erscheinen ersucht Der Vorsitzende.

Zahlstellen-Seste.

Disteln-Hochlar. Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kraummel, Kaiserstraße. **Gemeinsames Zahlstellenfest**, bestehend in Konzert, humoristischen, Feiern und geschlossener Ball. Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind freundlich eingeladen. Eintritt 60 Pf.

West-Herde. Sonntag, den 30. Juli, im Lokale des Herrn Krahmer, Theater, Schauspielhaus und Ball. — Referent im Mitgliedsbuch 30 Pf., für Nichtmitglieder im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.